

10|14

KAS AUSLANDSINFORMATIONEN

AUFSTREBENDE MITTELSCHICHTEN IN SCHWELLENLÄNDERN



■ **Mittelschichten in Lateinamerika: Zwischen medialem Hype und differenzierter Analyse**

Stefan Jost

■ **Brasiliens neue Mittelschicht: Gekommen, um zu bleiben?**

*Christian Matthäus /
Kathrin Zeller*

■ **Schwarze Fachkräfte und der ANC bei der Wahl 2014: Lockerung der Parteibindung?**

Amuzweni Ngoma

■ **Regierungswechsel im größten muslimischen Land: Joko Widodo wird siebter Staatspräsident Indonesiens**

Jan Woischnik

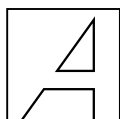
■ **Großbritannien weiter vereint, aber was nun? Das Schottland-Referendum und seine Folgen**

Hans-Hartwig Blomeier



Konrad
Adenauer
Stiftung

KAS
AUSLANDSINFORMATIONEN
10 | 14



Konrad
Adenauer
Stiftung

ISSN 0177-7521

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

30. Jahrgang

Klingelhöferstraße 23

D-10785 Berlin

Telefon (030) 2 69 96-33 83

Telefax (030) 2 69 96-53 383

Internet: <http://www.kas.de>

<http://www.kas.de/auslandsinformationen>

E-Mail: nadine.mensel@kas.de

Bankverbindung:

Commerzbank Bonn

IBAN: DE43 3804 0007 0103 3331 00

BIC: COBADEFFXXX

Herausgeber:

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktion:

Frank Priess

Dr. Wolfgang Maier

Thomas Birringer

Dr. Stefan Friedrich

Dr. Beatrice Gorawantschy

Olaf Jacob

Andrea Ellen Ostheimer

Jens Paulus

Verantwortliche Redakteurin:

Dr. Nadine Mensel

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Bezugsbedingungen:

Die KAS-Auslandsinformationen erscheinen zwölfmal im Jahr. Der Bezugspreis für zwölf Hefte beträgt 50,- € zzgl. Porto. Einzelheft 5,- €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird.

*Bestellungen: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
(obige Anschrift)*

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den KAS-Auslandsinformationen.

Übersetzung: RedKeyTranslations, Hannover

Satz: racken, Berlin



*CO₂-neutral mit Farben auf Pflanzenölbasis nach DIN ISO 12647-2
gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier, das mit dem
europäischen Umweltzeichen (EU Ecolabel: FR/011/003) ausge-
zeichnet ist.*

Inhalt

4 | EDITORIAL

Aufstrebende Mittelschichten in Schwellenländern

**8 | MITTELSCHICHTEN IN LATEINAMERIKA: ZWISCHEN
MEDIALEM HYPE UND DIFFERENZIERTER ANALYSE**
Stefan Jost

**34 | BRASILIENS NEUE MITTELSCHICHT:
GEKOMMEN, UM ZU BLEIBEN?**
Christian Matthäus / Kathrin Zeller

**58 | SCHWARZE FACHKRÄFTE UND DER ANC BEI DER
WAHL 2014: LOCKERUNG DER PARTEIBINDUNG?**
Amuzweni Ngoma

Andere Themen

**79 | REGIERUNGSWECHSEL IM GRÖSSTEN MUSLI-
MISCHEN LAND: JOKO WIDODO WIRD SIEBTER
STAATSPRÄSIDENT INDONESIA**
Jan Woischnik

**105 | GROSSBRITANNIEN WEITER VEREINT, ABER WAS
NUN? DAS SCHOTTLAND-REFERENDUM UND SEINE
FOLGEN**
Hans-Hartwig Blomeier



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

der Aufstieg von Schwellenländern wie Brasilien, China oder Südafrika wird vorrangig aus dem Blickwinkel der Machtverhältnisse in den internationalen Beziehungen betrachtet. Im akademischen wie politischen Diskurs scheint die Frage zu dominieren, was es für die etablierten – allen voran die westlichen – Industrienationen, aber auch die Weltpolitik bedeutet, wenn andere Staaten aufschließen und in die erste Reihe drängen. Doch bei aller Berechtigung dieses Fokusses sollte das Interesse an den innergesellschaftlichen Vorgängen in jenen Ländern genauso groß sein.

In zahlreichen afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Gesellschaften lässt sich derzeit eine Welle des Mittelschichtenwachstums beobachten, wenn wir als Anhaltspunkt das Einkommen mit einer Spanne von zehn bis 100 US-Dollar pro Tag heranziehen. Verantwortlich ist ein wirtschaftlicher Aufholprozess der vergangenen zwei Jahrzehnte. Die aufstrebenden Ökonomien mit einem Anteil an der Weltbevölkerung von 85 Prozent waren im Jahr 2013 für etwa die Hälfte des Weltinlandsprodukts verantwortlich. Diese anhaltende Dynamik hat es Millionen von Haushalten ermöglicht, am Wohlstand teilzuhaben. Bis 2020 werden schätzungsweise 3,2 Milliarden Menschen zur globalen Mittelschicht zählen.

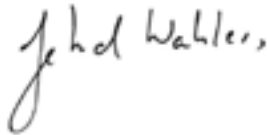
Der Blick hinter diese Zahlen offenbart indes Schattenseiten: zunehmende gesellschaftliche Ungleichheit, Verwundbarkeit, Enttäuschung über Regierungsleistungen, geringe oder keine politische Mitsprache. Zudem sind die Erwartungen hoch, mit denen sich die Angehörigen der Mittelschicht konfrontiert sehen. In ökonomischer Hinsicht lastet auf ihnen die Rolle einer an Kaufkraft gewinnenden Gruppe, die das Steueraufkommen mehren und den Binnenkonsum ankurbeln soll. Zugleich gelten sie als Schlüsselakteure, die politischen und gesellschaftlichen Wandel befördern

können. Wie sich diese Erwartungshaltung genauer darstellt, zeigen in dieser Ausgabe Berichte aus Lateinamerika und Südafrika. In seinem Beitrag zur Situation der Mittelschichten in Südamerika plädiert Stefan Jost für eine differenzierte und länderspezifische Auseinandersetzung, in deren Zentrum vor allem die Akteursqualität jener Bevölkerungsgruppe stehen sollte. Erst dann lassen sich gesellschafts- und entwicklungspolitische Konsequenzen ableiten: „Das Wachstum der Mittelschichten kann ein Ansatz sein zur Stärkung lateinamerikanischer Zivilgesellschaften. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die aktuellen Parteiensysteme in der Lage sind, diese Entwicklungen aufzufangen, abzubilden und in konkrete und koalitions- und mehrheitsfähige Politiken umzuformulieren.“

In Brasilien, das im Oktober im Zeichen der Präsidentschaftswahlen steht, hält sich die aufstrebende Mittelschicht politisch noch zurück, wie Christian Matthäus und Kathrin Zeller feststellen. Die Sorge der Menschen, die neuen Errungenschaften zu sichern, wiegt schwerer, als dass sie ihre Unzufriedenheit über die mangelnde öffentliche Infrastruktur bereits in eine politische Programmatik übersetzt hätten. Aber in den letzten Monaten ist im Zuge der Fußballweltmeisterschaft und des Wahlkampfes Bewegung in Brasiliens Mittelschicht geraten. Wie Parteien die Mittelschicht als Zielgruppe begreifen und ob sie deren Interessen tatsächlich artikulieren können, beschäftigt Amuzweni Ngoma am Beispiel des African National Congress. Die Partei konnte sich lange Zeit einer breiten Zustimmung der schwarzen Mittelschicht gewiss sein. Allerdings haben die Parlamentswahlen im Mai gezeigt, dass die so sicher geglaubte Unterstützung bröckelt. Die Autorin wertet dies als Chance für eine größere politische Vielfalt in Südafrika.

Das Wachstum der Mittelschichten ist ein globaler Trend. Die damit verbundenen Chancen bringen aber genauso sozio-ökonomische sowie komplexe politische Anforderungen mit sich. Bleiben die Regierungsleistungen dauerhaft hinter den Erwartungen der Menschen zurück und können diese ihren neuen bescheidenen Wohlstand nicht an die nächste Generation weitergeben, ist mit einem steigenden Unruhepotenzial in einzelnen Gesellschaften zu rechnen. Dann sollten demokratische Kräfte in der Zivilgesellschaft bereitstehen, die die Bedürfnisse der Mittelschicht zur

Sprache bringen und im politischen Wettbewerb überzeugen. In dieser Hinsicht ist die Konrad-Adenauer-Stiftung ein weltweit gefragter Ansprechpartner. Eine nachhaltige Entwicklung ist nur dann möglich, wenn es eine gefestigte Mitte der Gesellschaft gibt, die wirtschaftlich auf eigenen Füßen steht und selbstbewusst politische Verantwortung übernimmt.

A handwritten signature in black ink, reading "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive style with a large, looped initial 'G'.

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de

PERSPEKTIVEN DEUTSCHER AUSSENPOLITIK

Die öffentliche Diskussion zu Fragen der internationalen Politik passt nicht zu den Herausforderungen, denen sich Deutschland gegenüber sieht. Entwicklungen im Nahen Osten, in Afrika, aber auch in Asien und den Amerikas können uns nicht gleichgültig sein. In welchen Bereichen sollte sich deutsche Außenpolitik stärker engagieren, welche Themen müssen stärker in die deutsche Öffentlichkeit hineingetragen werden?

DIE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENT- SCHAFT (III):

Klimapolitik –
Emissionshandel,
Technologiewen-
de, Anpassung

DIE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENT- SCHAFT (II):

Wirtschaftliche
Akzente für
Entwicklung und
Wohlstand

DIE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENT- SCHAFT (I):

G7 als Chance –
Rückkehr zum
Kern einer werte-
basierten Global
Governance

DIE INTER- VENTIONS- BRIGADE DER VEREIN- TEN NATIO- NEN IN DER DR KONGO

GLOBALE MEGA- TRENDS (III):

Rohstoffe –
Alternativen
erschließen und
neue Paradigmen
schaffen

ANFORDE- RUNGEN AN DIE POST-2015 AGENDA

Diskutieren Sie mit uns:
politikdialog@kas.de

Alle Ausgaben online:
kas.de/perspektiven



Konrad
Adenauer
Stiftung



Prof. Dr. Stefan Jost ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko und apl. Prof. für Politikwissenschaften an der Universität Trier.

MITTELSCHICHTEN IN LATEINAMERIKA

ZWISCHEN MEDIALEM HYPE UND DIFFERENZIERTER ANALYSE

Stefan Jost

EIN PHÄNOMEN GEHT UM...

Es geht ein Phänomen um in der Welt: Das globale Wachstum der Mittelschichten. Auch wenn es bereits in den Jahren zuvor zahlreiche Studien zum Wachstum der Mittelschichten in Lateinamerika, aber auch in anderen Regionen und Kontinenten gab,¹ ist der Auslöser einer seit dem vergangenen Jahr anhaltenden, allerdings weitgehend undifferenziert verbreiteten Medieneuphorie² der Ende 2012 vorgestellte Bericht der Weltbank, *La movilidad económica y el crecimiento de la clase media en América Latina*.³

- 1 | Siehe z.B. Andrés Solimano, *The middle class and the development process: International Evidence*, CEPAL, Serie 65, Santiago de Chile, 08/2008, http://www.cepal.org/de/publicaciones/xml/4/33444/LCL2892_P.pdf [02.09.2014]; Homi Kharas, „The emerging middle class in developing countries“, OECD Development Centre, Working Paper 285, 01/2010, [http://www.oecd.org/officialdocuments/publicdisplaydocumentpdf/?cote=DEV/DOC\(2010\)2&docLanguage=En](http://www.oecd.org/officialdocuments/publicdisplaydocumentpdf/?cote=DEV/DOC(2010)2&docLanguage=En) [02.09.2014].
- 2 | Differenzierte Ansätze werden in der schlagzeilenfokussierten Medienlandschaft eher selten vermittelt, auch wenn es neben Schlagzeilen wie „Mittelschichten im Aufbruch“, „Eine Mittelschicht entsteht – Stille Revolution in Lateinamerika“ auch kritischere Überschriften gibt wie „Mittelschicht auf Pump in Kolumbien“ oder „Chiles unsichere Mittelschicht“.
- 3 | Francisco H. G. Ferreira et al., *La movilidad económica y el crecimiento de la clase media en América Latina*, Banco Mundial, Washington D.C., 2013, http://siteresources.worldbank.org/LACISPANISHEXT/Resources/Informe_Clase_Media.pdf [02.09.2014].

Die Kernbotschaft darin lautet, dass zwischen 2003 und 2009 die zur Mittelschicht gehörende Bevölkerung in Lateinamerika von 103 Millionen auf 152 Millionen angewachsen ist, d.h. nunmehr rund ein Drittel der lateinamerikanischen Bevölkerung umfasst. In der Folge sei der Anteil der armen Bevölkerung von 44 Prozent auf 30 Prozent zurückgegangen. Dies sei ein starker Kontrast zu einer bis vor etwa zehn Jahre bestehenden Situation, in der die arme Bevölkerungsschicht rund das 2,5-Fache der Mittelschicht betragen habe.⁴ Dies zeige, so Weltbankpräsident Jim Yong Kim, dass „man mittels Politiken, die ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichem Wachstum und der Erweiterung von Chancen für die am meisten gefährdeten Bevölkerungsschichten herstellen, Millionen von Menschen Prosperität ermöglichen kann“.⁵ Das Anwachsen der Mittelschichten ist nun keine auf Lateinamerika begrenzte Entwicklung. Auch für andere Regionen und Kontinente liegen entsprechende Berichte vor, nicht selten auch von Banken oder Unternehmungsberatungsgesellschaften.⁶ Selbst der US-amerikanische National Intelligence Council legte nach vierjähriger Untersuchung im Dezember 2012 einen Bericht vor, der sich mit dem globalen Erstarren der Mittelschicht vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern und deren Auswirkungen auf die Strukturen einer multipolaren Welt befasst.⁷

4 | Vgl. ebd., 1.

5 | Weltbank, „New World Bank Report Finds 50 Percent Increase in Middle Class in Latin America and the Caribbean over Last Decade“, Pressemitteilung, 13.11.2012, <http://worldbank.org/en/news/press-release/2012/11/13/new-world-bank-report-finds-fifty-percent-increase-middle-class-latin-america-over-last-decade> [02.09.2014].

6 | So z.B. mit jährlichen Analysen die Asian Development Bank (ADB), „The Rise of Asia's Middle Class“, in: *Key Indicators for Asia and the Pacific 2010*, Bd. 41, Manila, 08/2010, <http://adb.org/sites/default/files/pub/2010/Key-Indicators-2010.pdf> [02.09.2014]; Michael Andrew und Peng Yali, *The Rise of the Middle Class in Asian Emerging Markets*, KPMG, 04/2012, <http://kpmg.com/CN/en/IssuesAndInsights/ArticlesPublications/Documents/Middle-Class-Asia-Emerging-Markets-201206-2.pdf> [02.09.2014]. Zu Afrika siehe unter anderem die Analyse der Beratungsgesellschaft Deloitte, „The Rise and Rise of the African Middle Class“, *Deloitte on Africa Collection*, Nr. 1, 2012, [http://deloitte.com/assets/Dcom-India/Local%20Assets/Documents/Africa/Deloitte_on_Africa-\(1\)_rise_and_rise.pdf](http://deloitte.com/assets/Dcom-India/Local%20Assets/Documents/Africa/Deloitte_on_Africa-(1)_rise_and_rise.pdf) [02.09.2014].

7 | Vgl. National Intelligence Council, *Global Trends 2030: Alternative Worlds*, 12/2012, <http://globaltrends2030.files.wordpress.com/2012/11/global-trends-2030-november2012.pdf> [02.09.2014].

Eine politische oder gar gesellschaftliche Debatte über die Nachhaltigkeit der erfolgreichen Armutsbekämpfung ist in Lateinamerika nicht sehr stark ausgeprägt.

In Lateinamerika beruft sich zwar die eine oder andere Regierung auf Erfolge bei der Armutsbekämpfung und bezieht sich dabei neben eigenen Statistiken vor allem auf Zah-

len internationaler Organisationen.⁸ Es überwiegt jedoch der Eindruck, dass es mit diesen Erfolgsmeldungen sein Bewenden hat. Eine politische oder gar gesellschaftliche Debatte über die Nachhaltigkeit dieser Entwicklung ist nicht sehr stark ausgeprägt. Ein solcher Diskurs müsste strukturelle Rahmenbedingungen verändernde Politiken aufgreifen, die über assistenzialistische Ansätze hinausgehen, sowie die hierfür erforderlichen Interdependenzen zwischen verschiedenen Politikfeldern oder gar die gesellschaftlichen, sozio-ökonomischen, politischen und institutionellen Konsequenzen zunächst quantitativ erstarkender Mittelschichten beleuchten. Auch die politischen Parteien sind in diesem Kontext als themensetzende Akteure weitestgehend abwesend.

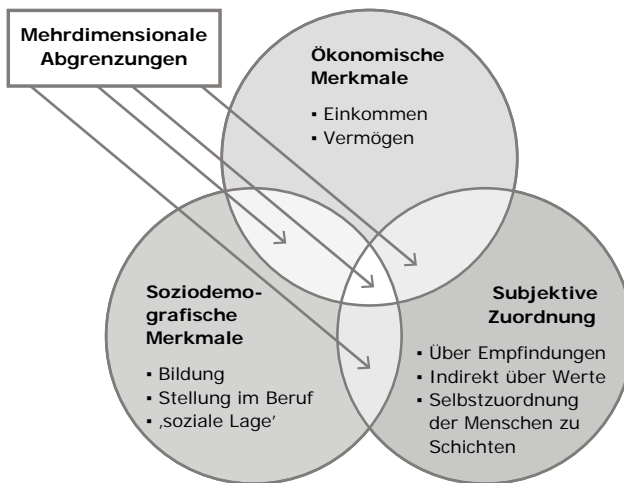
Es bleibt ein diffus-positives Gefühl: Wachstum ist gesichert, es geht aufwärts, langsam geht es allen besser, Armutsüberwindung ist nur noch eine Frage der Zeit, großer Veränderungen bedarf es nicht. Damit wird eine vorgeblich unaufhaltsam positive Entwicklung unterstellt, deren Voraussetzungen, Nachhaltigkeit und potenzielle Konsequenzen jedoch weitgehend ausgeblendet werden. Soweit ersichtlich ist auch in Deutschland als einem bedeutenden Geberland der internationalen Gemeinschaft noch keine breite öffentliche oder politische Debatte darüber in Gang gekommen, was diese Entwicklung für die Ansätze und Zielsetzungen der Entwicklungszusammenarbeit

8 | Für Lateinamerika liegen, ebenfalls vielfach vor der Weltbank-Studie veröffentlichte, sowohl auf den Kontinent als auch auf ausgewählte Länder bezogene Untersuchungen vor. So z.B. Francesca Castellani und Gwenn Parent, „Being ‚middle-class‘ in Latin America“, OECD Development Centre, Working Paper 305, 10/2011, <http://www.oecd.org/dev/48938096.pdf> [02.09.2014]; OECD, *Latin American Economic Outlook 2011. How Middle-Class Is Latin America?*, OECD Development Centre, 2010, http://www.oecd-ilibrary.org/development/latin-american-economic-outlook-2011_leo-2011-en [02.09.2014]; Länderstudien wie zu Mexiko von Luis de la Calle und Luis Rubio, *Mexico: A middle class society. Poor no more, developed not yet*, Woodrow Wilson Center for Scholars, Washington D.C., 01/2012, <http://wilsoncenter.org/sites/default/files/Mexico%20A%20Middle%20Class%20Society.pdf> [02.09.2014].

bedeuten. Die Perzeption und Berichterstattung über dieses Wachstum der Mittelschichten leiden an einer weitgehenden Eindimensionalität: es wird vorrangig aus Sicht eines stärker konsumfähigen Bevölkerungssegments betrachtet und in Wachstumsprognosen für verschiedene Konsumbereiche umgerechnet. Andere Konsequenzebenen sozialer, gesellschaftspolitischer bis hin zu internationaler Natur werden jedoch, sofern thematisiert, kaum beantwortet oder bereits im Ansatz ausgeblendet.

Abb. 1

Mehrdimensionale Abgrenzungen der Mittelschichten



Quelle: Christian Arndt, *Zwischen Stabilität und Fragilität: Was wissen wir über die Mittelschicht in Deutschland?*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 2012, 21, http://kas.de/wf/doc/kas_33016-544-1-30.pdf [02.09.2014].

Um ein böses Erwachen aus dieser trügerischen Sicherheit mit erheblichen sozialen und politischen Konsequenzen zu vermeiden, sollten der Bericht der Weltbank und andere Studien als Anlass dienen, die quantitative wachstumsfokussierte Bestandsaufnahme dieses Wachstums der Mittelschichten und seine Qualität als „Prozess einer sozialen Transformation“⁹ auf seine Voraussetzungen, Nachhaltigkeit und möglichen Folgewirkungen hin zu untersuchen. Zudem ist kritisch zu hinterfragen, ob die mit Blick auf die

europäische oder deutsche Perzeption dieser Entwicklung und die dabei nahezu automatisch verbundenen spezifischen positiven Konnotationen auch für außereuropäische Länder zu erwarten sind. Die nachfolgenden Anmerkungen beschränken sich dabei auf die Entwicklung in Lateinamerika mit dem Ziel, den behaupteten empirischen Befund des Mittelschichtenwachstums differenziert darzulegen und eine über die wachstumsfokussierte Betrachtungsweise hinausgehende Diskussion anzuregen.

MITTELSCHICHTEN – EINE DEFINITORISCHE ANNÄHERUNG

Auffällig ist, wie generell und leicht über „die Mittelschicht“ gesprochen wird, obwohl die Interpretationen dazu oft auseinandergehen. Der politische und kommunikative homogenisierende Wiedererkennungswert verdeckt jedoch die Vielfältigkeit der sich hinter diesem Generalbegriff verbergenden teilweise sehr voneinander abweichenden Realitäten.¹⁰ Die erste entscheidende Frage betrifft daher die einer Zuordnung zur Mittelschicht zugrunde liegenden Kriterien. Ein Ansatz zur Begrenzung der Mittelschicht in Theorie und Empirie bietet die Systematik sozio-ökonomischer Dimensionen (siehe Abbildung 1).

Die teilweise sehr voneinander abweichenden Realitäten hinter dem Begriff „Mittelschicht“ werfen die Frage auf, welche Kriterien einer Zuordnung zugrunde liegen.

Mit Blick auf die lateinamerikabezogenen Studien ist jedoch festzustellen, dass diese mehrdimensionale Abgrenzung vernachlässigt wird. Vielmehr orientiert sich die Zuordnung zu den Mittelschichten prioritär bis ausschließlich am Einkommen. Aber selbst bei diesem Kriterium herrscht keine einheitliche Betrachtungsweise.

10 | Offensichtlich war die Definition und Abgrenzung dieser oder vergleichbarer Gesellschaftsschichten schon nie ganz einfach. So definierte beispielsweise das Allgemeine Preußische Landrecht von 1794 den Bürgerstand im Sinne einer negativen Abgrenzung als „alle Einwohner des Staates [...], welche, ihrer Geburt nach, weder zum Adel, noch zum Bauernstande gerechnet werden können“.

Tabelle 1

Einkommensverteilung in Lateinamerika gemäß unterschiedlicher Definitionen von „Mittelschicht“ (2006)*

	Median in US- Dollar (2005) ***	Das 0,5- bis 1,5-Fache des Median			2 bis 20 US-Dollar tägl. Pro-Kopf-Einkommen			Das 1- bis 3-Fache der Armutsgrenze**		
		Unter	Mittel	Ober	Unter	Mittel	Ober	Unter	Mittel	Ober
Argentinien	416	15,8	47,0	37,2	10,8	55,5	33,7	37,7	41,7	20,6
Bolivien	235	26,2	36,3	37,5	18,2	63,2	18,7	55,2	32,3	12,5
Brasilien	354	16,4	47,5	36,1	4,5	68,3	27,2	30,2	44,0	25,8
Chile	463	17,2	49,4	33,4	1,8	60,6	37,6	14,0	46,9	39,1
Kolumbien	293	23,5	43,0	33,5	12,6	62,9	24,4	49,0	33,0	18,0
Costa Rica	386	17,7	49,4	32,9	6,4	63,3	30,3	29,2	45,8	25,0
Ecuador	337	19,9	44,0	36,1	5,1	68,9	26,0	34,2	44,8	21,1
Mexiko	503	15,5	50,3	34,2	0,5	59,6	39,9	32,9	47,6	19,5
Peru	293	20,2	45,6	34,3	4,0	76,6	19,4	36,0	46,7	17,3
Uruguay	453	13,8	54,2	32,0	0,5	65,7	33,8	18,8	51,7	29,5

* Bolivien und Uruguay 2005, Kolumbien, 2008

** Nationale Armutsgrenzen nach UN-CEPAL, 2009.

*** Kaufkraftparitäten-Konversion auf Basis von Daten des IWF.¹¹

Quelle: Lay und Schotte, Fn. 16, 3. Die Darstellung beruht auf Castellani und Parent, Fn. 8, 15.

MITTELSCHICHT – MITTELSCHICHTEN?

Die Weltbank weist in ihrer Studie auf eine als „Schlüssel-ergebnis“ charakterisierte Einordnung hin. Man unterscheide in Lateinamerika nicht nur zwischen drei, sondern vier Klassen.

11 | Zur Definition des Medianeinkommens: „Das Medianeinkommen (auch mittleres Einkommen) ist das Einkommen, bei dem es genauso viele Menschen mit einem höheren wie einem niedrigeren Einkommen gibt. Würde man die Bevölkerung nach der Höhe ihres Einkommens sortieren und dann zwei gleich große Gruppen bilden, würde die Person, die genau in der Mitte dieser Verteilung steht, das Medianeinkommen beziehen.“ Definition nach Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), http://diw.de/de/diw_01.c.413351.de/presse/diw_glossar/medianeinkommen.html [29.09.2014].

Tabelle 2

Einkommen und Schichtzugehörigkeit nach Weltbank

Terminologie Weltbank	Einkommen (US-Dollar / Tag)	Bevölkerungsanteil (in Prozent)
Armut	0 – 4	30,5
Moderate Armut	4 – 10	37,5
Mittelschicht	10 – 50	30,0
Reiche / Elite	> 50	2,0

Quelle: Eigene Erarbeitung nach Daten in Ferreira et al., Fn. 3, 2 f. Anm. d. Verf.: Der ermittelten Einkommensverteilung liegt nach Darstellung der Weltbank eine harmonisierte Umfrage in 15 Staaten Lateinamerikas und der Karibik zugrunde, die repräsentativ für 86 Prozent der Bevölkerung (500 Millionen Menschen) sein soll.

Die Gruppe der „moderaten Armut“ könne auch als „Fast-Arme“ oder „untere Mittelschicht“ bezeichnet werden. Bei dieser Bevölkerungsgruppe könne nicht von dem „Konzept der ökonomischen Sicherheit“ gesprochen werde, da sie „mit einer relativ hohen Wahrscheinlichkeit in Zukunft Phasen der Armut durchleben werde“, daher auch die Bezeichnung als „verwundbar“ (*vulnerable*).¹²

Selbst wenn eindimensional nur das Einkommen zugrunde liegt,¹³ veranlasst allein diese Bandbreite zur Frage, ob über die von der Weltbank vorgenommene Abgrenzung zwischen moderater Armut / untere Mittelschicht und Mittelschicht nicht auch innerhalb der von ihr definierten Mittelschicht zu differenzieren ist. Zwischen 120 und 1.500 US-Dollar pro Monat liegen substanziell äußerst verschiedene (Über)Lebens- und Gestaltungsrealitäten. Auch wenn die gewählte Einkommensobergrenze der Mittelschicht die eine oder andere im nachfolgenden Zitat erwähnte Berufsgruppe aktuell nicht mehr zwangsläufig umfasst, bleibt die kritische Bestandsaufnahme zur Klassifizierung der Mittelschicht aus den 1980er Jahren in ihrer Kernproblematik relevant: „Die Versuche, den Mittelschichten in toto bestimmte Eigenschaften bzw. gesellschaftliche und

12 | Ferreira et al., Fn. 3. Übersetzung des Verfassers.

13 | Die Bandbreite der Einkommenszuordnungen in der internationalen Literatur ist zudem noch größer und reicht für die Mittelschicht zwischen zwei und 100 US-Dollar pro Tag. Vgl. ebd., 36.

politische Zielvorstellungen zuzuschreiben, leiden an einer Reihe methodischer und konzeptioneller Mängel. Selten wird der Untersuchungsgegenstand exakt abgegrenzt, was gerade bei einem sozialen Potpourri wie den Mittelschichten geboten wäre. Ferner ist es ohne genaue Belege nicht sehr plausibel, dass eine soziale Gruppierung, die kleine Gewerbetreibende, kleine Angestellte, Manager von Großbetrieben, freie Berufe wie Rechtsanwälte, Ärzte usw. umfasst, d.h. eher eine klassifikatorische Residualkategorie als eine soziale Realität zu sein scheint, über gemeinsame gesellschaftliche und politische Interessen verfügt. Zwar wird die Heterogenität der Mittelschichten allenthalben betont, doch zieht man daraus nur selten die Konsequenz, die sozialen Bestandteile der Mittelschichten getrennt auf ihre Interessen und Verhaltensweisen hin zu untersuchen“.¹⁴



Hohe Verwundbarkeit: In vielen lateinamerikanischen Gesellschaften ist die aufstrebende Mittelschicht Risiken ausgesetzt. Damit verbunden ist ein nicht geringes Protestpotenzial, wie wiederkehrende Demonstrationen in Argentinien und Chile zeigen. | Quelle: Leandro Vellón, LaNoticia1, flickr ©📷📷.

An der Diagnose Sotelos, wonach die Mittelschichten „ein ziemliches heterogenes Konglomerat (bilden), das letztlich aus seinem Gegensatz zu den Unter- und Oberschichten der Gesellschaft heraus definiert wird“,¹⁵ dürfte sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts nichts Wesentliches geändert haben. Festzuhalten bleibt, dass die Rede von „der Mittel-

14 | Andreas Boeckh, „Mittelschichten. Lateinamerika“, in: Dieter Nohlen und Peter Waldmann (Hrsg.), *Pipers Wörterbuch zur Politik*. Bd. 6: Dritte Welt, München, 1987, 357.

15 | Ignacio Sotelo, *Soziologie Lateinamerikas. Probleme und Strukturen*, Stuttgart, 1973, 147.

schicht“ eine analytisch und prospektiv verkürzende Terminologie darstellt. Vielmehr müsste von „Mittelschichten“ gesprochen werden, deren Differenzierungen auszuloten sind. Dies sind auch mehr als nur terminologische Feinheiten oder Spitzfindigkeiten. Denn im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit geht es um die Frage nach der Homogenität oder Heterogenität von Zielgruppen und darauf abgestimmter Politikansätze, genauso wie um die Akteursqualität dieser Gesellschaftsschicht. In diesem Zusammenhang ist eine weitere Anmerkung angebracht. Die durchaus beeindruckende Zahl von 49 Millionen neu den Mittelschichten zuzurechnenden Menschen darf nicht dazu führen, eine andere wesentliche Realität lateinamerikanischer Gesellschaften auszublenzen: die anhaltend große Ungleichheit. Die nachfolgende Übersicht veranschaulicht diese Lateinamerika prägende Problematik.

Tabelle 3

Gini-Index in Lateinamerika

Land	Gini-Koeffizient	Jahr
Honduras	57,0	2009
Bolivien	53,0	2010
Kolumbien	55,9	2010
Guatemala	55,9	2006
Paraguay	52,4	2010
Chile	52,1	2009
Panama	51,9	2010
Brasilien	51,9	2012
Costa Rica	50,7	2010
Mexiko	48,3	2008
El Salvador	48,3	2009
Peru	48,1	2009
Ecuador	47,7	2010
Dominikanische Republik	47,2	2010
Uruguay	45,3	2010

Land	Gini-Koeffizient	Jahr
Venezuela	44,8	2006
Argentinien	44,5	2010
Nicaragua	40,5	2005

Quellen: Weltbank, „World Development Indicators“, 2012, 74-76; Vereinte Nationen, „Human Development Index“, 2013.
Anm. d. Verf.: 0 = gleiche Einkommensverteilung,
100 = ungleiche Einkommensverteilung. Deutschland
hatte im Jahr 2012 einen Gini-Koeffizienten von 28,3.

WACHSTUM DER MITTELSCHICHTEN: URSACHEN, GEFÄHRDUNGEN, GEFAHREN UND HERAUSFORDERUNGEN


Die Berichterstattung über die verschiedenen Studien ist in einem überwiegend positiven bis euphorischen Ton gehalten. Man gewinnt vielfach den Eindruck, dass es sich bei diesem konstatierten Wachstum der Mittelschichten um einen konsolidierten, irreversiblen und unaufhaltsam voranschreitenden Prozess handelt. Dabei sind Fragezeichen angebracht. Nachfolgend sollen einige zentrale Ursachen dieses Mittelschichtenwachstums, dessen Gefährdungen sowie die durch dieses Wachstum potenziell entstehenden neuen Konstellationen und Gefahren skizziert werden.

Ursachen

Das Mittelschichtenwachstum ist nicht monokausal zu erklären, für jedes Land ist eine spezifische Kombination verschiedener Kausalfaktoren feststellbar. Die wesentlichsten Ursachen für das Mittelschichtenwachstum liegen nach den vorliegenden Studien in vier Bereichen: einer wirtschaftlichen Prosperität, strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, einem Anstieg des durchschnittlichen Bildungsniveaus sowie staatlichen Assistenzialismusprogrammen.¹⁶

16 | Siehe hierzu teilweise Jann Lay und Simone Schotte, „Lateinamerikas neue Mittelschicht: nachhaltiger Aufstieg?“, *GIGA Focus*, Nr. 8, 2013, 4 ff., http://giga-hamburg.de/system/files/publications/gf_lateinamerika_1308.pdf [29.09.2014].



Eine wesentliche Ursache für das Mittelschichtenwachstum ist ein gestiegenes Bildungsniveau, was auch auf längere Ausbildungszeiten zurückzuführen ist. Eine gute Bildung ist der Schlüssel für Erfolg auf dem Arbeitsmarkt. | Quelle: Brian A. Goyak, U.S. Navy, flickr ©.

Ein Hauptfaktor ist das seit 2003 anhaltende Wirtschaftswachstum, das laut Weltbank mit etwa 66 Prozent zur Armutsreduzierung und rund 74 Prozent des Mittelschichtenwachstums geführt hat. Begleitet wurde dies durch eine makroökonomische Stabilität in Lateinamerika, die durch die Finanzkrisen im Berichtszeitraum weitgehend unbeeinträchtigt blieb. Dies zeigte sich vor allem in moderaten Inflationsraten, die normalerweise eher zu Lasten der Mittelschichten gehen. Hinzu kamen strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Dies betrifft einen partiellen Rückgang des informellen Sektors, den Rückgang schlecht entlohnter landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit, eine höhere Frauenerwerbsquote sowie eine staatliche Anhebung von Mindestlöhnen. Begleitet wurde dies durch einen durchschnittlichen Anstieg der Ausbildungsjahre seit 1990 von fünf auf acht Jahre. Nicht zu vernachlässigen sind weiterhin staatliche Assistenzialismusprogramme, die zumindest teilweise konditioniert wurden, beispielsweise durch die Verpflichtung zum Schulbesuch oder der Teilnahme an Impfungen. Gerade in diesen Konditionierungen liegen langfristig positive Potenziale.

Gefährdungen




Wie bereits angemerkt sollte man dieses quantitative Wachstum der Mittelschichten nicht als irreversibel und ungefährdet fortschreitend ansehen. Eine nähere Betrachtung ergibt, dass die Unwägbarkeiten und Gefahren für ein nachhaltiges Wachstum der Mittelschichten nahezu spiegelbildlich insbesondere in den zentralen Wachstumsursachen auszumachen sind. Weil das hauptsächliche hohe Wirtschaftswachstum vor allem rohstoffbasiert ist, d.h. auf die hohen Weltmarktpreise für Rohstoffe gegründet ist, wird die Anfälligkeit dieser Entwicklung aufgrund der Weltmarktabhängigkeit deutlich. Auch ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass es sich prioritär um Exportgewinne handelt. Zu einem signifikanten Ausbau nationaler Wertschöpfungsketten ist es in diesen Boom-Jahren nicht gekommen – nach wie vor die Achillesferse der lateinamerikanischen Wirtschaftsentwicklung. Des Weiteren weist eine Vielzahl der exportorientierten Länder eine auf wenige Rohstoffe reduzierte Angebotspalette ohne hinreichende Diversifizierung auf. Dadurch verschärft sich die Weltmarktabhängigkeit weiter. Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt hängen ebenso wie die Finanzierbarkeit der Assistentialismusprogramme im Wesentlichen von diesem Wachstum ab und können daher nicht durchgängig als nachhaltig bewertet werden.

Zum Ausbau nationaler Wertschöpfungsketten ist es in den Boom-Jahren nicht gekommen – nach wie vor die Achillesferse der lateinamerikanischen Wirtschaftsentwicklung.

Obwohl dies im Allgemeinen aktuell noch nicht der Fall ist, führt das gestiegene Ausbildungsniveau mittel- und langfristig zu einer rückläufigen Vergütung des gestiegenen Angebots, obwohl der so genannte Nettolohneffekt, der zu etwa einem Drittel am Mittelschichtenwachstum beteiligt ist, noch positiv ist.¹⁷

17 | In diesem Zusammenhang ist auf die in einigen Ländern bestehende Akademiker-Migration hinzuweisen, die im Gegensatz zu der normalerweise thematisierten Migrationsdebatte und der davon betroffenen Arbeitsmarktsegmente nicht auf der öffentlichen Agenda steht.



Achillesferse Wertschöpfung: Anhaltendes Wirtschaftswachstum hat in Lateinamerika zur Vergrößerung der Mittelschichten beigetragen. Doch der unzureichende Ausbau der Wertschöpfungsketten könnte hier bald Grenzen aufzeigen. | Quelle: David Sasaki, flickr ©  .

Gefahren und Herausforderungen

Mit diesem Wachstum der Mittelschichten sind Gefahren und Herausforderungen verbunden.¹⁸ Zu den Gefahren zählt zum einen der Problemkomplex, der mit dem Begriff des „ökologischen Fußabdrucks“ umschrieben wird, d.h. die Konsequenzen eines nicht nachhaltigen Wachstums. So berechtigt die damit verbundenen Sorgen auch sind, so problematisch ist dieses Argument in den internationalen Diskussionen. Da es vor allem von den Industrienationen vorgebracht wird, ist kaum zu erwarten, dass Entwicklungs- oder Schwellenländer sich davon ohne Weiteres beeinflussen lassen. Dieses Argument muss daher in der Entwicklungszusammenarbeit durch eine Reihe von Politiken und Instrumenten begleitet werden, die Wachstum und Nachhaltigkeit zu verbinden suchen.

Wachstum von Wirtschaft und Mittelschichten bietet keine Garantie für die dringend notwendige soziale Inklusion oder gar ein Szenario reformorientierter stabiler Demokratien. In der anhaltend hohen Ungleichheit in den lateinameri-

18 | Sehr instruktiv die Analyse von Mark Furness, Imme Scholz und Alejandro Guarin, „Das Wachstum der neuen Mittelschichten in Entwicklungsländern – wiederholt sich die Geschichte des Westens?“, *Analysen und Stellungnahmen*, Nr. 16, 2012, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), http://www.die-gdi.de/uploads/media/AuS_16.2012.pdf [02.09.2014].

kanischen Ländern liegt ein nicht zu unterschätzendes Potenzial gesellschaftspolitischen Sprengstoffs. Dies ist nicht prioritär ein Problem weiterer und höherer Geldzuflüsse und Programme im Kontext der Nord-Süd-Kooperation. Vielmehr wird den nationalen Politiken eine immer größere Bedeutung zukommen.¹⁹

Die im Blick zu behaltenden Entwicklungen gehen jedoch weit über lateinamerikanische nationale Kontexte hinaus. Auch das internationale System ist mit Blick auf die Staatenkooperation und die Global Governance unter dem Gesichtspunkt des Mittelschichtenwachstums zu beobachten. So wird zu Recht darauf hingewiesen, dass „das Zusammenspiel von steigenden Einkommen, unterschiedlichen politischen Systemen der Länder und kultureller Vielfalt das Wesen der internationalen Institutionen verändern“ wird und „friedliche Kooperation komplizierter werden (kann), wenn mehr Länder mit breiten, durchsetzungsstarken Mittelschichten versuchen, internationale Prozesse zu beeinflussen“.²⁰

Das globale Wachstum der Mittelschichten wird, so die bereits erwähnte Studie des NIC, auch zu einer Machtverschiebung zwischen Staaten und Kontinenten führen: „Wir betreten unbekanntes Terrain. Wir haben noch nie eine Welt erlebt, in der die Mittelschicht in den meisten Ländern den Großteil der Bevölkerung ausmachen wird. [...] Der traditionsreiche Westen ist in vielerlei Hinsicht in der Minderheit. Das ist eine gewaltige Veränderung“.²¹ Auch weist die Studie auf einen „Mega-Trend“ hin, den man in früheren Untersuchungen, die sich auf die Rolle des Staates konzentriert hätten, vernachlässigt habe. Dieser Trend

19 | Das DIE ist in seiner Analyse sehr klar: „Umverteilung innerhalb von Entwicklungsländern wird in Zukunft eine größere Rolle für globale Entwicklung zukommen als Finanzflüsse von Nord nach Süd. Damit ist klar, dass der Abbau von Ungleichheit genauso wichtig ist wie die Förderung von Wirtschaftswachstum. Schlüssel dazu sind die Förderung progressiver Besteuerung, inklusiver Gesundheits- und Bildungssysteme und langfristig formaler Arbeitsverhältnisse“. Ebd., 3.

20 | Ebd., 4.

21 | So Matthew J. Burrows, der Hauptautor der Studie, zit. nach Carey L. Biron, „Globale Mittelschichten erstarken – US-Report blickt auf Jahr 2030“, *neopresse*, 12.12.2012, <http://neopresse.com/wirtschaft/wirtschaft-globale-mittelschichten-erstarken-us-report-blickt-auf-jahr-2030> [25.09.2014].

betreffe die erheblich größeren Einflussmöglichkeiten von Einzelpersonen. Konkret warnt die Studie davor, dass „individuals and small groups will have greater access to lethal and disruptive technologies [...], enabling them to perpetrate large-scale violence – a capability formerly the monopoly of states.“²²

MITTELSCHICHTEN UND IHRE ROLLE IN STAAT UND GESELLSCHAFT

Mit diesem Wachstum der Mittelschichten sind jedoch nicht nur Fragen nach den davon am ehesten profitierenden Konsumsektoren, damit einhergehenden Investitionsentscheidungen oder nach Gefährdungen und Gefahren verbunden. Für die politische und gesellschaftliche Entwicklung in den betroffenen Ländern und damit auch für die Entwicklungszusammenarbeit sind weitere Aspekte relevant: Was charakterisiert diese einkommensmäßig definierte, ansonsten aber eher diffuse, amorphe „Mitte“ zwischen dem „Unten“ und „Oben“ der lateinamerikanischen Gesellschaften? Wie setzt sie sich zusammen? Was wollen die ihr zugeordneten

Sind diese Mittelschichten in der Lage, in sich entwickelnden demokratischen Systemen eine konstruktive und modernisierende Akteursrolle in Staat und Gesellschaft zu übernehmen?

Bevölkerungsgruppen? Wie lauten die mittel- und langfristigen Zielsetzungen, Erwartungen und Hoffnungen für sich und ihre Familien? Wie sehen sie ihre Rolle in Staat und Gesellschaft? Sind diese Mittelschichten

in der Lage, in sich entwickelnden demokratischen Systemen eine artikulierte, konstruktive und modernisierende Akteursrolle in Staat und Gesellschaft zu übernehmen? Können sie in Staaten wie beispielsweise Bolivien, Ecuador oder Venezuela einen Wechsel zu einem demokratischen System hervorrufen oder zumindest entsprechende Ansätze stärken? Oder handelt es sich nach wie vor um „Mittelklassen ohne Konturen“?²³

22 | Fn. 7, 8 und 67-70. Diese Einschätzung teilt das Institute for Security Studies der Europäischen Union, *Citizens in an Interconnected and Polycentric World*, Paris, 2012, 131, http://www.iss.europa.eu/uploads/media/ESPAS_report_01.pdf [25.09.2014].

23 | Mit dieser Charakterisierung belegte 1966 die lateinamerikanische Wirtschaftskommission CEPAL die angewachsene Mittelklasse, zit. nach Nikolaus Werz, „Das Konzept der ‚clase media‘ und die Mittelschichten in Lateinamerika“, in: Bert Becker, Jürgen Rüländ und Nikolaus Werz (Hrsg.), *Mythos Mittelschichten. Zur Wiederkehr eines Paradigmas der Demokratieforschung*, Bonn, 1999, 102.

Solche Fragen, die vor Jahren in politikwissenschaftlichen Studien auch in Deutschland untersucht wurden,²⁴ spielen in der fachwissenschaftlichen Debatte kaum eine Rolle. Hingegen dominiert in der allgemeinen öffentlichen Perzeption dieser Entwicklung das eindimensionale Interesse an einem quantitativen Wachstumsfokus. Dies ist insofern problematisch, als Mittelschichten in einem europäischen Verständnis historisch per se positiv konnotiert sind. Indes ist fraglich, ob man dies ohne Weiteres auf den lateinamerikanischen Kontinent und seine Mittelschichten übertragen kann. Für die Entwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts scheint die Beurteilung klar: „Festzuhalten bleibt, dass die Mittelschichten den ihr von den modernisierungstheoretischen und strukturfunktionalistischen Ansätzen zugewiesenen Part nur ansatzweise erfüllen konnten. Dies lag unter anderem daran, dass sie staatsabhängig waren und in vorhandene Machtallianzen kooptiert und integriert wurden. Ihre Definition ergab sich eher aus ihren präsumptiven politischen Aufgaben, ihrer kulturellen Bedeutung und weniger aus ihrer realen sozialen Ausprägung. Insofern läßt sich die Funktion lateinamerikanischer Mittelschichten nicht mit derjenigen vergleichen, die das Bürgertum in der europäischen Geschichte eingenommen hat“.²⁵

Es ist fraglich, ob man die positive Konnotation des europäischen Verständnisses auf die lateinamerikanischen Mittelschichten übertragen kann.

Mit Blick auf das dringende Erfordernis, die Akteursqualität der Mittelschichten und deren Potenzial bzw. Entwicklungswahrscheinlichkeiten zu analysieren, ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass sich die Mittelschichten im Vergleich zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weiter ausdifferenziert haben. Einen interessanten Ansatz bietet eine peruanische Studie, an der sich die nachfolgenden Darlegungen orientieren.²⁶ Arellano unterscheidet drei Typen: die aufstrebende, die absteigende sowie die (neue) divergierende Mittelschicht.

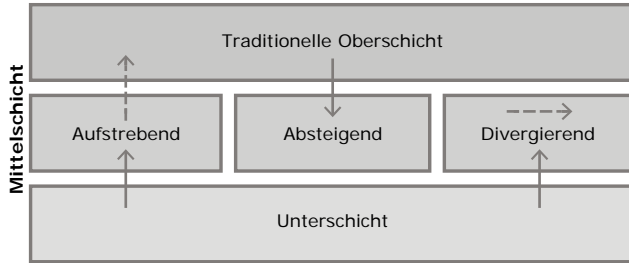
24 | Siehe z.B. den Sammelband von Becker et al., ebd.

25 | Werz, Fn. 23, 116.

26 | Rolando Arellano, „Cómo clasificar a la clase media en América Latina“, *América economía*, 08.07.2013, <http://americaeconomia.com/analisis-opinion/como-clasificar-la-clase-media-en-america-latina> [02.09.2014].

Abb. 2

Differenzierungsmodell für Mittelschichten nach Arellano



Quelle: Darstellung nach Arellano, Fn. 26.

Die beiden ersten Gruppen beziehen sich auf die Personen, die traditionell zur Mittelschicht gelangt sind. Sie sind entweder aus unteren Schichten auf- oder aus der Oberschicht abgestiegen. Demgegenüber handelt es sich bei der dritten Gruppe um eine neue Form, die nicht den Charakterisierungen folgt, die man normalerweise den Mittelschichten zuweist.

Die *aufstrebende Mittelschicht* stellt die Gruppe dar, die vorwiegend in Ländern mit einer anhaltenden und nachhaltigen Entwicklung leben, die sich an Kriterien der Modernität wie beispielsweise einer höheren Industrialisierung, einer Politik der Öffnung im Globalisierungskontext und Schutz des Privateigentums orientiert haben. Dies betrifft vor allem Chile, aber auch teilweise, wenngleich weniger homogen, Brasilien und Mexiko. Diese Mittelschicht ist in den 1960er bis 1980er Jahren entstanden, an westlichen Vorbildern orientiert, eine urbane Mittelschicht, entschiedene Verfechterin des Status quo und in politischen und sozialen Fragen mehrheitlich konservativ ausgerichtet. Ihre Angehörigen waren entweder angestellt oder indirekt abhängig von der Oberschicht, weshalb sich ihr Aufstiegsstreben auf eine Integration mittels eigener Leistung in diese Schicht richtet. Diese Mittelschicht sieht sich in ihrem Einfluss und ihrem Status durch die städtische Zuwanderung bedroht (eine neue „Migrantenklasse“, die sie nicht versteht, die sich aber ebenfalls wirtschaftlich erfolgreich betätigt).

Die *absteigende Mittelschicht* umfasst demgegenüber Angehörige einer sich vorwiegend bereits in den 1950er Jahren ausgebildeten Gruppe, die in Ländern wie Argentinien, Uruguay und Venezuela an wirtschaftlichem Einfluss verlor. Sie setzt sich überwiegend aus städtischen und an westlichen Vorbildern orientierten Angestellten zusammen, die nahe der Reichtümer leben und der Oberschicht angehören wollen, sich aber zunehmend von dieser verraten fühlen. Sie stellen fest, dass der Abstand zu den unteren Schichten geringer wird, was im Gegensatz zur aufstrebenden Mittelschicht dazu führt, dass sie sich populistischen Vorstellungen oder solchen der traditionellen Linken annähern. Viele sind zur Binnenmigration in größere Städte oder gar zur Migration ins Ausland gezwungen, was zu einem Verlust des lange gehegten Status und somit wiederum zu einer großen Frustration führt.²⁷

Die *divergierende Mittelschicht* entstand nach diesem Erklärungsmodell aus der in den 1960er Jahren einsetzenden großen städtischen Zuwanderungswelle. Die Ablehnung dieser Binnenmigranten durch Regierung wie Ober- und traditionelle Mittelschicht führte zu einem Rückzug in die Informalität und der Schaffung einer Parallelwirtschaft mit eigener Dynamik. Aufgrund der nicht gegebenen Abhängigkeit von der Oberschicht hat diese für die neue Mittelschicht keine Vorbildfunktion. Dies führte zu eigenen Modellen der „sozialen Koexistenz“ mit mannigfaltigen Ausprägungen bis hin zur Architektur ihrer Häuser. Die große Mehrheit ist in irgendeiner Form unternehmerisch tätig, sehr offen für Wechsel und Moden, die sie ohne den „Aufstiegsfilter“ zur Oberschicht adaptieren. In dieser neuen Mittelschicht sieht Arellano den wichtigsten *change agent* der Zukunft.

Dieser Versuch einer Kategorisierung der verschiedenen Mittelschichten zeigt anschaulich, dass eine länderspezifische Differenzierung erforderlich ist. Erst dann lassen sich die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Konsequenzen einschätzen. Damit verbunden ist ferner die Frage, ob und inwiefern sich die Mittelschichten oder Teile von ihr zu einem wie auch immer

Erst nach einer länderspezifischen Differenzierung lassen sich die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen für die Mittelschicht einschätzen.

27 | Arellano zitiert einen Argentinier, dem zufolge „aufhören, zur Mittelschicht zu gehören, bedeutet, aufhören zu sein“. Ebd.

einzuordnenden Akteur in den lateinamerikanischen Staaten werden können.

Der Problematik der Akteursqualität ist sich auch die Weltbank bewusst. Ihr Bericht sieht „Lateinamerika am Scheideweg: Wird es noch stärker mit dem aus dem kolonialen Vergangenheit ererbten, fragmentierten Gesellschaftsvertrag brechen und eine höhere Chancengleichheit verfolgen oder wird es sich noch entschlossener einem perversen Modell verschreiben, in dem die Mittelschicht sich von jeder Partizipation fern hält und sich selbst genug ist?“²⁸ Die in dieser Problematisierung enthaltene Befürchtung spiegelt ein „Rollenpotenzial“ wider, das Heinz mit folgenden Orientierungen charakterisiert hat. Danach wünschen sich Mittelschichten „in aller Regel keine Fundamentaldemokratisierung über die Einführung oder Rückkehr zur prozeduralen Demokratie hinaus. Sie haben Angst vor nachdrängenden ‚Unterschichten‘, Gewerkschaften und linken Parteien, die die Verteilung von Besitz und Einkommen zum politischen Thema machen könnten“ (hier stellt sich die Frage nach dem vorherrschenden Demokratieverständnis im Sinne von prozeduraler vs. substanzieller Demokratie). Des Weiteren würden Sozialprogramme von ihnen eher selten unterstützt, „die vom Staat durchzuführen und vor allem von ihnen selbst durch Steuern zu finanzieren wären“. Zudem würden sich „bei einer Konfliktlage, in der sie in ihrer Perzeption zwischen der Unterstützung einer den Status quo bewahrenden Elite und diese in Frage stellenden ‚Unterschichten‘ wählen müssen, fast immer auf die Seite der Eliten schlagen. Eine Ausnahme mögen schmale Segmente, sog. ‚Mittelschichtsradikale‘, bilden, die aber nur selten auftreten und kaum eine repräsentative Gruppe darstellen.“²⁹

Die Weltbank räumt ein, dass die Studie diese Fragen nicht beantwortet, sondern sich auf deren Formulierung beschränkt, da sie sich ergeben „aus den aktuellen Tendenzen der ökonomischen Entwicklung und der Größe der Mittelschicht – Tendenzen, die die positiven Nachrichten der jüngsten Einkommensentwicklung und der Armutszurückbildung verbinden mit der Realität einer begrenzten Mobi-

28 | Ferreira et al., Fn. 3, 13. Übersetzung des Verfassers.

29 | Wolfgang S. Heinz, „Mittelschichten: ein zentraler Akteur im Demokratisierungsprozeß?“, in: Becker et al., Fn. 23, 269 f.

lität zwischen den Generationen und der Persistenz der Chancenungleichheit“. Die Einschätzung des Weltbankberichts geht dahin, „dass sich die Mittelschichten nicht automatisch in den so erhofften katalytischen Reform-Akteur verwandeln“.³⁰ Die Demokratiequalität in den lateinamerikanischen Staaten³¹ bedarf aber gerade eines solchen Akteurs. Auch andere warnen vor einem allzu optimistischen Bild der politischen Rolle der Mittelschichten.

Es gibt hinreichend Hinweise, dass „das Wachstum von Mittelschichten nicht automatisch zu Demokratie“ oder zu sozialer Inklusion führt.

Es gibt hinreichend Hinweise, dass „wachsende Einkommensniveaus nicht unmittelbar mit der Ausbreitung demokratischer Werte verknüpft sind“ und dass „das Wachstum von Mittelschichten automatisch zu Demokratie“ oder zu sozialer Inklusion führt. Auch wisse man nicht, ob die Mittelschichten³² die treibende Kraft für Wandel sein werden oder ob sie, einmal etabliert, vor allem die eigene Stellung verteidigen werden.“

DAS „MANTRA“ REICHT NICHT – THESEN ZUR WEITERFÜHRENDEN DISKUSSION

Es ist deutlich geworden, dass es sich um ein hochkomplexes, multifacettiges und folgenreichtes Thema handelt, das allein mit dem Mantra des „Wachstums der Mittelschichten“ nicht hinreichend zu erfassen ist, sondern einer vertiefenden und differenzierenden Analyse bedarf. Thesenartig werden abschließend eine komprimierte Bestandsaufnahme sowie Folgerungen, Fragen, Anforderungen und Desiderata formuliert.

1. Es besteht keine durchgängig anerkannte und konsensfähige Definition der Mittelschicht, nicht einmal beim dominierenden Kategorisierungskriterium. Es ist keine homogene Zielgruppe, vielmehr ein sich weiter ausdifferenzierendes Gesellschaftssegment, weshalb es zutreffender ist, von „Mittelschichten“ zu sprechen und

30 | Ferreira et al., Fn. 3, 13. Übersetzung des Verfassers.

31 | Siehe unter anderem den jährlichen *Índice de desarrollo democrático de América Latina* (IDD LAT), zuletzt 2013, Buenos Aires, <http://idd-lat.org/2013> [29.09.2014]. Für eine subnationale Studie siehe den *Índice de desarrollo democrático de México*, zuletzt 2013, <http://idd-mex.org/2013> [29.09.2014].

32 | Furness, Scholz und Guarín, Fn. 18, 3. Die allerdings nicht näher konkretisierte Empfehlung der Autoren lautet daher: „Offene politische Systeme sollten gefördert werden, ungeachtet möglicher ‚unerwünschter‘ (Wahl-)Ergebnisse“. Ebd., 1.

sich deutlich stärker um eine „Binnendifferenzierung des Begriffs“³³ zu bemühen. Es ist daher niemandem, und schon gar nicht den Mittelschichten oder den Bevölkerungsgruppen, die in diese Mittelschichten aufsteigen wollen, mit einer ganz Lateinamerika undifferenziert in den Blick nehmenden Betrachtungsweise gedient. Es gibt nicht „das“ Lateinamerika, und innerhalb jedes einzelnen lateinamerikanischen Staates bestehen wiederum eine Vielzahl von „Chiles“, „Mexikos“, „Boliviens“. Erforderlich sind daher deutlich differenziertere Analysen der jeweiligen Länder und ihrer teils sehr unterschiedlichen internen traditionellen Ausgangs- und aktuellen gesellschaftspolitischen, sozioökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen.

2. Die Ansätze der Demokratieforschung der vergangenen Jahrzehnte waren primär institutionenfokussiert. Diese Ansätze müssen um länderspezifische Analysen der (potenziellen) Träger und Akteure politischer Entwicklungen verstärkt werden. Hierzu zählen die lateinamerikanischen Mittelschichten, die keine homogene Zielgruppe darstellen, sondern aus sehr heterogenen Schichtungen bestehen. Um deren spezifisches politisches Rollenpotenzial zu erfassen, sind deren Interessen, Verhaltensweisen, Art, Formen und Strukturen ihrer Partizipationsstile, Werte und Orientierungen in den Blick zu nehmen.
3. Der ökonomische, auf Wirtschaftswachstum und Konsumsteigerungspotenziale reduzierte Fokus bei der Analyse des Mittelschichtenwachstums allein reicht zur Beurteilung dieses Phänomens nicht aus. Denn er blendet relevante Fragen und Problemkomplexe ganz oder weitgehend aus. So handelt es sich bei dem konstatierten Wachstum der Mittelschichten keineswegs um einen konsolidierten oder gar irreversiblen Prozess. Vielmehr bestehen aufgrund der globalen wie jeweiligen länderspezifischen konjunkturellen Kontexte und Wachstumsursachen begründete Gefährdungen der langfristigen strukturellen Nachhaltigkeit dieser Entwicklung.

4. Wirtschaftswachstum und Einkommenszuwächse allein führen weder automatisch zu „sozialer Kohäsion“ oder einer integrativen Gesellschaft noch zur Vorbildfunktion westlicher Demokratien. Vielmehr ist die beherrschende Matrix von *sociedades estamentales* weiterhin stark verankert, in allen Schichten. Es ist zu hinterfragen, ob positive europäische Erfahrungswerte mit dem Begriff „Mittelschichten“, der starke kulturelle, politische und soziale Konnotationen aufweist, auf das Aufkommen und Anwachsen der Mittelschichten in Lateinamerika übertragen werden können. Es gibt keine Garantie eines Automatismus für die Wiederholung eines europäisch fundierten und historisch positiven Erfahrungshorizonts der Mittelschichten als eines demokratiefördernden, demokratiestabilisierenden und reformorientierten Gesellschaftssegments.
5. Mittelschichten können national wie global zum *change agent* eines politischen und sozio-ökonomischen Wandels werden – einmal etabliert, können sie aber auch weiterführende soziale Veränderungsprozesse blockieren. Einer länderspezifischen interessen-, wert- und überzeugungsorientierten Binnenanalyse der verschiedenen Mittelschichten kommt daher für eine prospektive Beurteilung der Akteursqualitäten und -orientierungen der Mittelschichten zentrale Bedeutung zu.
6. Eine auf ökonomische Indikatoren reduzierte Analyse und Bewertung kann sich im Sinne qualitativer Veränderungen der politischen Systeme sogar kontraproduktiv auswirken. Dieser Prozess muss daher begleitet werden durch eine politisch-soziale Sensibilisierung und Wertekomponente für diese Schichten und deren Akteurskonstellationen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die aktuellen Parteiensysteme in der Lage sind, diese Entwicklungen aufzufangen, abzubilden und in konkrete und koalitions- und mehrheitsfähige Politiken umzuformulieren.
7. Die prekäre Nachhaltigkeit von Armutsbekämpfung und Wachstum von Mittelschichten wird verschärft durch weitgehend fehlende strukturelle wirtschafts- und steuerpolitische sowie politische Reformen, wodurch traditionelle Machtstrukturen (*poderes fácticos*)

im Wesentlichen unangetastet bleiben. Die im Kontext der Sozialen Marktwirtschaft zu verfolgenden Politiken zur nachhaltigen Armutsbekämpfung und zum strukturellen Ausbau und zur Stärkung der Mittelschichten haben als langfristige Ansätze daher nach wie vor ihre Berechtigung. Dennoch sollte darüber nachgedacht werden, wie über die Behandlung der Sozialen Marktwirtschaft als Makro-Konzept hinaus noch stärker transversale Einzelthemen einer integralen Agenda im Sinne politischer Initialzündung verfolgt werden können. Das Papstschreiben *Evangelii Gaudium* könnte als Vorläufer einer erwarteten künftigen praxisorientierten Sozialenzyklika von Papst Franziskus zu einem nicht zu unterschätzenden Katalysator der gesellschaftspolitischen Debatte gerade in Lateinamerika werden.

8. Die Fragilität der Entwicklung und die aufgeworfenen bzw. unbeantworteten Fragen, aber auch die Desiderate im Bereich der *políticas públicas* bergen die Gefahr, dass wir uns in einigen Jahren mit einem „Wachstum ohne Entwicklung“ konfrontiert sehen, und mit politisch unabwägbareren Konsequenzen erneut „verlorene Jahrzehnte“ beklagen. Nach dem überwiegend quantitativen Wachstum der Mittelschichten bedarf es daher einer weiterführenden strukturverändernden Agenda.
9. Diese Agenda besteht aus zwei Teilen: (Schnittbereiche inklusive)
 - a. Struktur-Themen: Zu nennen sind hier das Bildungs- und Gesundheitssystem, die Sozialversicherungssysteme, das Steuer- und Bankensystem, die Bürokratie und Verwaltung, die vielfach endemische Korruption, der Ausbau eines funktionierenden Rechtsstaats und der Gesamtkomplex der Good Governance. Ein herausragendes Problem bei diesen strukturellen Ansätzen ist die Herausforderung, zu einer Verringerung der Spaltung der Gesellschaft aufgrund der einkommensabhängigen Zugänge zu den entsprechenden Privatsystemen zu gelangen.

- b. Gestaltungspolitiken mit hohem (dezentralen) Partizipationspotenzial: Dies betrifft Themenfelder wie Infrastruktur, ÖPNV, Stadt- und Verkehrsplanung, Wasser- und Abwasserproblematik, um nur einige Felder zu nennen.
10. Das Staatsverständnis in Lateinamerika war immer konjunkturellen Schwankungen unterworfen. Es ist zu überlegen, ob es – nach den Extremen der so genannten Phase des Neoliberalismus und der linkspopulistisch begründeten und teilweise zu undemokratischen Verhältnissen führenden Umkehr – nicht Zeit ist für eine neue Debatte über die Rolle und Aufgaben des Staates auf allen innerstaatlichen Politik- und Verwaltungsebenen und sein Verhältnis zur Gesellschaft.



Neuer Gesellschaftsvertrag: Über den nationalen Rahmen hinaus ist die Rolle wirtschaftspolitischer Integrationsbemühungen wie beispielsweise die Pazifische Allianz stärker zu betonen. | Quelle: Alfredo Guerrero, Estados Unidos Mexicanos, Gobierno Federal, flickr ©130.

11. Das Wachstum der Mittelschichten kann ein Ansatz sein zum Aufbau bzw. zur Stärkung lateinamerikanischer Zivilgesellschaften. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt jedoch, dass dies keine automatische Folge des Mittelschichtenwachstums ist. Wirtschafts- und Einkommenswachstum können offensichtlich in einer ganzen Reihe von Staaten sehr gut einhergehen mit einer weiterhin nur rudimentär ausgebildeten

Zivilgesellschaft. Die Beförderung zivilgesellschaftlicher Strukturen als zentraler Ansatz auch der Entwicklungszusammenarbeit sollte nicht selbstreferenziell, sondern mittelbar über bestimmte thematische Ansätze verfolgt werden. Eine Beförderung von Zivilgesellschaft durch politische Parteien ist kaum oder nur sehr begrenzt zu erwarten, sollten solche Ansätze verfolgt werden, dürften sie sich schnell dem Verdacht einer einseitig parteipolitischen Instrumentalisierung ausgesetzt sehen.

12. Den politischen Parteien kommt dennoch eine herausragende Bedeutung zu. Um es mit der realistischen Diagnose der Weltbank zu formulieren: „Während des größten Teils der Jahre 2000 ermöglichte die Verbesserung im Kontext der Politiken es vielen Ländern, einen externen begünstigenden Kontext zu nutzen und einen beeindruckenden Übergang zu einer Gesellschaft der Mittelschicht einzuleiten. Dies hat große Erwartungen geweckt, die Gefahr laufen, sich in Frustration zu verwandeln, wenn dieser Prozess gestoppt wird. Die Region kann nicht mit einem andauernden diese Entwicklung favorisierenden externen Kontext rechnen, der es erlaubt, weitere soziale und ökonomische Errungenschaften zu erreichen. Daher bedarf es einer deutlich größeren politischen Anstrengung, die Politiken zu entwerfen, um den Prozess einer aufsteigenden Mobilität zu konsolidieren und zu vertiefen sowie gegenüber den potenziellen negativen Einflüssen resistent zu machen. Letztlich wird die Verantwortung auf die Schultern der Politiker und demokratischen Institutionen der Region lasten, die sich der Herausforderung der Neugestaltung des Gesellschaftsvertrages gegenüber sehen“.³⁴
13. Es wird in diesem Kontext ganz wesentlich darauf ankommen, die Herausforderung der Neugestaltung eines Gesellschaftsvertrages politisch und gesellschaftlich koalitionsfähig zu machen, damit notwendige Veränderungen nationaler Politik weder an „Beharrungs-koalitionen“ noch an den traditionellen „Umverteilungs-koalitionen“ scheitern. Um diesen erratischen Blöcken etwas Konstruktives entgegenzusetzen, bedarf es mu-

34 | Ferreira et al., Fn. 3, 14. Übersetzung des Verfassers.

tiger und konzeptionell innovativer „Gestaltungskoalitionen“. Über den nationalen Rahmen hinaus ist dabei auch stärker in den Blick zu nehmen, welche Rolle wirtschaftspolitisch orientierte Integrationsbemühungen wie beispielsweise die Alianza Pacífico (Pazifik-Allianz) zwischen Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru für die Schaffung und Konsolidierung von Mittelschichten spielen können.

14. Die prospektive Folgenabschätzung des Mittelschichtenwachstums ist defizitär. Dies betrifft zum einen die für eine nachhaltige Armutsreduzierung und einen sich konsolidierenden Prozess des Mittelschichtenwachstums einschlägigen nationalen Politikfelder ebenso wie die Auswirkungen eines anhaltenden Mittelschichtenwachstums auf die nationalen politischen Systeme.
15. Das Erstarken von Mittelschichten wird auch Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen haben. Der das 20. Jahrhundert prägende „Westen“ wird sich vielgestaltiger Herausforderungen und Veränderungen stellen müssen. Dazu gehört, dass das europäische Konzept einer innerstaatlich wie international friedensstabilisierender Funktion von Mittelschichten ebenfalls nicht per se auf alle Wachstumsgesellschaften übertragen werden kann.

Der Medienhype um das Wachstum der Mittelschichten bedarf einer diagnostischen Erdung. Diese kann und darf jedoch nicht allein Angelegenheit universitärer Soziologen oder Volkswirtschaftsseminare sein. Die mit diesem Phänomen verbundenen Chancen, Gefährdungen und Gefahren stellen nicht nur eine sozio-ökonomische, sondern gerade auch eine hochkomplexe politische Dimension der künftigen Entwicklung zahlreicher Staaten und Regionen dar, die auf der Analyse wie handlungsorientierten Ebene im politischen Entscheidungsrahmen der betroffenen Länder, aber auch der entsprechenden Partnerstaaten im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit anzusiedeln ist. Die Herausforderung, dieser Komplexität gerecht zu werden, kann kaum größer sein.



Christian Matthäus ist Trainee der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rio de Janeiro.



Kathrin Zeller ist Projektkoordinatorin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brasilien.

BRASILIENS NEUE MITTELSCHICHT

GEKOMMEN, UM ZU BLEIBEN?

Christian Matthäus / Kathrin Zeller

Mehr als die Hälfte der knapp 200 Millionen Brasilianer wird heute zur Mittelschicht gerechnet. Für das Land, in dem vor mehr als zehn Jahren die offizielle Armutsgrenze noch bei gut 38 Prozent lag, ist dies eine außerordentliche Erfolgsmeldung. Der Aufstieg macht sich zunächst an einem höheren Konsum bemerkbar. Millionen Haushalte besitzen inzwischen höherwertige Gebrauchsgegenstände wie Kühlschränke oder Mobiltelefone. Ihre Rolle als neue Gruppe in der brasilianischen Gesellschaft und Politik findet sich jedoch erst langsam. Wie kam dieser Aufstieg zustande und wie stehen die Chancen, diesen Erfolg zu festigen und fortzusetzen?

Aus europäischer Sicht wird der Begriff Mittelschicht mit einem gewissen materiellen Status in Verbindung gebracht, der einher geht mit gesellschaftlichen Errungenschaften wie Ordnung und Sicherheit sowie einem Leben in einer friedlichen Nachbarschaft. Das Bild von einem Reihenhaus, dazu ein neuer Kleinwagen und ein gepflegter Vorgarten kommt einer solchen Assoziation recht nahe. Dagegen spiegeln folgende Eindrücke die Realität der neuen Mittelschicht Brasiliens: halbfertige Backsteinhäuser, offen liegende Abwasserrinnen am Rande oft unasphaltierter Straßen oder winzige Wohnungen für Großfamilien. Laut Bundesamt für Strategische Angelegenheiten (Secretaria de Assuntos Estratégicos, SAE) zählt zur Mittelschicht, wem zwischen 292 und 2.479 Real (umgerechnet zwischen 95 und 817 EUR) monatlich (Basisjahr 2012) zur Verfügung stehen.¹ Demzufolge müsste mehr als die Hälfte der

1 | Vgl. Secretaria de Assuntos Estratégicos, „Comissão para Definição da Classe Média no Brasil“, 51, <http://sae.gov.br/site/?p=13425> [08.09.2014].

brasilianischen Bevölkerung dieser Gruppe angehören. Personen mit einem monatlichen Einkommen von 2.480 Real und mehr gehören demnach bereits zur unteren Oberschicht.

Tabelle 1

Einkommensklassen in Brasilien

Einkommensklassen		Einkommensgrenzen (Brasilianischer Real/Monat)
Untere Einkommensklasse	Extrem arm	81
	Arm	162
	Noch arm	291
Mittlere Einkommensklasse	Untere Mittelschicht	441
	Mittlere Mittelschicht	641
	Obere Mittelschicht	1.019
Obere Einkommensklasse	Untere Oberschicht	2.480
	Obere Oberschicht	—

Quelle: Secretaria de Assuntos Estratégicos, „Perguntas e respostas sobre a definição da Classe Média“, <http://sae.gov.br/site/?p=13431> [18.09.2014].

Tabelle 2

Gini-Index in Brasilien

Jahr	1997	1999	2001	2003	2005	2007	2009	2012				
Gini-Index	60,53	59,78	60,13	58,78	57,42	55,89	54,69	51,90				
Jahr	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
BIP-Wachstum jährlich (in Prozent)	-4,30	4,42	4,31	3,16	3,96	6,10	5,17	-0,33	7,53	2,73	1,03	2,49

Quelle: Weltbank, „Brazil. World Development Indicators“, <http://data.worldbank.org/country/brazil> [01.10.2014].

Zum Vergleich: In der EU gilt derjenige als armutsgefährdet, dessen monatliches Einkommen weniger als 980 Euro beträgt.² Damit liegt die Schwelle in Brasilien deutlich darunter, obwohl die Menschen dort Ausgaben in vergleichbarer Höhe wie in Deutschland zu bestreiten haben. Die Mieten in den großen Zentren, Konsumgüter sowie Waren des täglichen Bedarfs liegen auf einem dem deutschen ähnlichen Preisniveau oder übersteigen dieses sogar deutlich. Diese relativ hohen Kosten führen zu einem geringeren Lebensstandard der brasilianischen Haushalte.

Obwohl rund 75 Prozent der brasilianischen Mittelschicht ein Eigenheim besitzen, fehlen oft Basisstrukturen wie Abwassermanagement oder eine zuverlässige Stromversorgung.

Eine Umfrage des Instituts Data Popular in 63 Favelas Brasiliens ergab, dass sich 65 Prozent der dortigen Bewohner zur Mittelschicht zählen. Im Jahr 2003 lag der Anteil noch bei etwas mehr als einem Drittel.³ Obwohl laut

SAE rund 75 Prozent der Mittelschicht ein Eigenheim besitzen, fehlen oft Basisstrukturen wie Abwassermanagement oder eine zuverlässige Stromversorgung. Rund 1,4 Prozent der Haushalte verfügen bisher nicht einmal über eine eigene Toilette.⁴ Weil ihre finanziellen Mittel noch kaum Ausgaben für private Versicherungen, Gesundheitsversorgung oder Bildungseinrichtungen erlauben, ist die brasilianische Mittelschicht auf die öffentliche Infrastruktur angewiesen. Diese befindet sich jedoch in einem prekären Zustand, was die Mittelschicht daran hindert, ihre neuen Errungenschaften zu festigen. Lebensrisiken wie Krankheit können schnell zurück in die Armut führen, während das Bildungssystem nach oben hin kaum durchlässig ist.

2 | Vgl. Statistisches Bundesamt, „Lebensbedingungen, Armutsgefährdung“, https://destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/LebensbedingungenArmutsgefaehrung/Tabellen/EUArmutsschwelleGefaehrdung_SILC.html [18.09.2014].

3 | Vgl. Lillian Quaino, „Classe média na favela sobe de 33% para 65% em 10 anos, diz pesquisa“, *G1*, 04.11.2013, <http://g1.globo.com/economia/noticia/2013/11/classe-media-na-favela-sobe-de-33-para-65-em-10-anos-diz-pesquisa.html> [08.09.2014].

4 | Vgl. Adriano Senkevics, „A ‚nova classe média‘ e o florescimento de escolas particulares“, *Ensaios de Gênero*, 27.10.2013, <http://ensaiosdegenero.wordpress.com/2013/10/27/2283> [18.09.2014].



Konfrontiert mit Stereotypen: Die Bewohner von Favelas gehören überwiegend der Mittelschicht an. Zu Unrecht werden diese Wohnviertel immer noch mit Chaos, Drogen und Gewalt assoziiert. |

Quelle: alobos Life, flickr ©📷📷📷.

DAS ENTSTEHEN DER NEUEN MITTELSCHICHT

Dass mehr Brasilianer in die Mittelschicht aufgestiegen sind, ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Zum einen verzeichnete das Land in der letzten Dekade meist jährliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von über fünf Prozent. Dadurch sind neue private wie staatliche Vermögenswerte entstanden. Die Regierung erhielt Gestaltungsspielraum für Umverteilungsprogramme, wie sie etwa Fernando Henrique Cardoso und dessen Partido da Social Democracia Brasileira (Brasilianische Sozialdemokratische Partei, PSDB) zur Jahrtausendwende auflegten. Sein Nachfolger Luiz Inácio Lula da Silva von der Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores, PT) strukturierte diese Programme ab 2002 neu und weitete sie aus.

In dieser Hinsicht erzeugte das mit Auflagen verbundene Transferprogramm Bolsa Família⁵ das größte Echo, das bereits Nachahmer in anderen Ländern Lateinamerikas und Afrikas gefunden hat. Es handelt sich dabei um monatliche Zahlungen an Familien mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 20 Euro, die Zuschüsse pro Kind bis zu einem Gesamtbetrag von rund 100 Euro erhalten. Diese

5 | Vgl. Karina Kriegesmann, „Das brasilianische Transferprogramm Bolsa Família – Ein wegbereitendes Vorbild für mehr Chancengerechtigkeit in Lateinamerikas Bildungssystemen?“, 08.12.2011, <http://kas.de/sopla/de/publications/29669> [18.09.2014].

Leistungen sind an Bedingungen wie einen regelmäßigen Schulbesuch der Kinder geknüpft. Die Zahl der begünstigten Familien hatte im Jahr 2004 bei 6,6 Millionen gelegen, zehn Jahre später waren es mehr als 14 Millionen Haushalte (und damit 25 Prozent der Bevölkerung). Die Kosten von etwas mehr als einem Prozent der Staatsausgaben sind dabei relativ niedrig, erzielen jedoch enorme Wirkung hinsichtlich der Armutsbekämpfung in den untersten Einkommensklassen. Das Programm wurde inzwischen überführt in ein größeres Sozialprogramm namens Brasil Sem Miséria („Brasilien ohne Not“).⁶

Gleichzeitig tendierte die Ungleichverteilung der Einkommen, gemessen am Gini-Index, in Brasilien über die letzten Jahre nach unten und erreichte 2012 einen Tiefstand von 0,519 Punkten.⁷ Eine Unterstützung ist das staatliche

Bolsa Família weist in die richtige Richtung. Bleiben allerdings Investitionen in Humankapital aus, kann das Programm nicht zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Programm Bolsa Família für Personen, deren Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt äußerst gering sind: ältere Menschen ohne Ausbildung oder jene, die in ökonomisch kaum integrierten Gegenden Brasiliens wie

dem Amazonasgebiet leben. Ihnen wird dadurch immerhin ein Mindeststandard und Zugang zu – wenn auch geringen – finanziellen Mitteln garantiert. Problematisch bleibt jedoch die Tendenz, mehr Menschen aufzunehmen, ohne gleichzeitig die Bedingungen zum Austritt aus dem Programm zu verbessern. Bolsa Família weist in die richtige Richtung. Bleiben allerdings Investitionen in Humankapital aus, kann das Programm nicht zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Denn der nächste Schritt, Menschen zu befähigen, auf eigenen Füßen zu stehen, wird bisher nur zaghafte verfolgt. Laut Ministerium für Soziale Entwicklung konnten bis zum Jahr 2013 nur 1,69 Millionen Familien das Programm wieder verlassen. Bisher liegen der Regierung keine Daten darüber vor, ob die Familien aufgrund höherer Einkommen den Sprung aus dem Programm schaffen

6 | Vgl. Jens Arnold und João Jalles, „Dividing the Pie in Brazil: Income Distribution, Social Policies and the New Middle Class“, OECD Economics Department Working Papers, Nr. 1105, 2014, 12, <http://dx.doi.org/10.1787/5jzb6w1rt99p-en> [18.09.2014].

7 | Vgl. Central Intelligence Agency, „Brazil“, World Factbook, <http://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/br.html> [18.09.2014].

konnten oder die Voraussetzungen für weitere Zahlungen nicht mehr erfüllten.⁸

Ebenfalls verantwortlich für die bessere Einkommensverteilung und mithin die wachsende Mittelschicht sind Arbeitsmarktreformen. Seit 2009 ermöglicht das Programm Micro Empreendedor Individual beispielsweise Mikrounternehmern eine vereinfachte Bürokratie bei der behördlichen Registrierung sowie reduzierte Sätze für die Sozialversicherung. Dank solcher Maßnahmen ist der informelle Arbeitsmarkt, der 32,2 Prozent der Erwerbstätigen (Stand Januar 2014) beschäftigt, geschrumpft. Für Brasilien ist das ein neuer Tiefstand.⁹ Die Arbeitslosenquote erreichte mit 5,4 Prozent ebenfalls ein Rekordtief. Der relativ niedrige Mindestlohn von derzeit rund 250 Euro pro Monat stieg in den vergangenen Jahren real an, wodurch gerade die Niedriglohnbezieher einen überdurchschnittlichen Anstieg ihrer Einkommen verzeichnen konnten. Mehr als die Hälfte der Einkommenszuwächse seit 2001 – sowohl bei den Ärmsten als auch in der Mittelschicht – ist nicht auf staatliche Transferleistungen zurückzuführen, sondern auf Erwerbseinkommen durch Arbeit.¹⁰

Mehr als die Hälfte der Einkommenszuwächse seit 2001 ist auf Erwerbseinkommen und nicht auf staatliche Transferleistungen zurückzuführen.

DIE BILDUNGSGRUNDLAGE DER MITTELSCHICHT

Laut Celia Kestenetzky und Christiane Uchôa von der Bundesuniversität Fluminense war 2013 noch immer jedes zehnte Familienoberhaupt der Mittelschicht Analphabet.¹¹ Insgesamt konnten laut SAE nur rund 59 Prozent der Angehörigen der Mittelschicht bis zum Jahr 2012 die Grundschule abschließen. Dennoch steigt die Wertschätzung für Bildung in der Bevölkerung. Bei einer Umfrage des Instituts Data Popular bewerteten die Befragten mehrheitlich, dass die Bildung ihrer Kinder der beste Weg zu einem besseren Leben sei und dass die Qualität der öffentlichen Schulen

8 | Vgl. Demétrio Weber, „Bolsa Família: mais de 1,6 milhão de casas abriram mão do benefício“, *O Globo*, 07.05.2013, <http://oglobo.globo.com/brasil/b-8312947> [18.09.2014].

9 | Vgl. Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada (Ipea), „Boletim do Mercado de Trabalho“.

10 | Vgl. Secretaria de Assuntos Estratégicos, „Determinantes da Produtividade do Trabalho para a Estratégia de Sustentabilidade e Promoção da Classe Média“, <http://slidesha.re/1BBgH1a> [18.09.2014].

11 | Vgl. Senkevics, Fn. 4.

ihren Erwartungen nicht genüge.¹² Die öffentlichen Schulen sind oft kaum in der Lage, den Schülern eine Ausbildung zu ermöglichen, mit der sie auf dem Arbeitsmarkt mit Bewerbern der Oberklasse konkurrieren oder die anspruchsvollen Aufnahmeprüfungen für die öffentlichen Universitäten meistern könnten. Als Alternative bleibt daher nur der Besuch von Privatschulen für diejenigen, die es sich leisten können. Die zunehmende Inanspruchnahme von Privatschulen liegt jedoch nicht ausschließlich am Streben nach einer qualitativ höherwertigen Bildung. Gründe sind ebenso höhere Sicherheitsstandards in den Einrichtungen und ein sozial unbedenkliches Umfeld. Die öffentlichen Schulen stehen im Ruf, Drogenkonsum und die Nähe zu kriminellen Banden der Favelas zu fördern.¹³ Demnach geht es bei der Entscheidung für eine Privatschule auch um Werte und das Erlernen von Regeln und Normen.



Schlüssel für ein besseres Leben: Die staatlichen Schulen in Brasilien bereiten die Schüler nur ungenügend auf die Berufswelt vor. Daher wächst der Markt für private Bildungsangebote. | Quelle: Andrés Monroy-Hernández, flickr ©📷📷.

Der Markt für private Bildungsangebote wächst stark. Bereits 14 Prozent der Kinder der Mittelschicht besuchten im Jahr 2012 eine Privatschule.¹⁴ Es handelt sich hierbei allerdings meist um Einrichtungen in den Peripherien. Mit einem monatlichen Schulgeld von 50 bis 150 Euro ist zu

12 | Vgl. Lígia Sanchez, „A escalada da classe C“, Revista Educação, 09/2011, <http://revistaeducacao.uol.com.br/textos/173/a-escalada-da-classe-c-235011-1.asp> [18.09.2014].

13 | Vgl. Senkevics, Fn. 4.

14 | Ebd.

rechnen, renommierte Privatschulen verlangen bis zu 1.000 Euro monatlich. Die Qualität des Schulsystems lässt sich anhand einiger Zahlen beurteilen. Staatliche Gelder für Bildung verteilen sich ungleich auf die verschiedenen Bildungsstufen. Die Diskrepanz wird insbesondere bei den Ausgaben für Grundschüler und Universitätsstudenten offensichtlich: Je Grundschüler gibt der Staat etwa 1.315 Euro aus, während auf einen Studenten ca. 6.380 Euro entfallen.

Staatliche Gelder für Bildung verteilen sich ungleich auf die verschiedenen Bildungsstufen. Je Grundschüler gibt der Staat etwa 1.315 Euro aus, für einen Studenten ca. 6.380 Euro.

Zusätzlich zur geringen finanziellen Ausstattung von Brasiliens Schulen und Universitäten gibt es Defizite bei der Qualität. In internationalen Rankings haben sie oft das Nachsehen. Selbst unter den aufstrebenden Volkswirtschaften (*emerging economies*) landen nur vier brasilianische Universitäten unter den ersten hundert.¹⁵ Kleinere Fortschritte bei der Entwicklung der Grundschulen wurden zuletzt beim PISA-Test vermeldet. Von insgesamt 65 teilnehmenden Ländern erreichte Brasilien beispielsweise im Fach Mathematik Platz 58.¹⁶ Auch die Einschulungszahlen haben sich positiv entwickelt. Der Anteil der eingeschulten Kinder stieg zwischen 2003 und 2012 von 65 Prozent der 15-Jährigen auf 78 Prozent. Zudem schafften 88 Prozent der Schüler den Grundschulabschluss im Jahr 2012 – ein Zuwachs um zehn Prozentpunkte gegenüber 2002. Ebenso verbesserte sich die Ausbildung der Lehrer. Während 2007 nur 68 Prozent einen Universitätsabschluss vorweisen konnten, waren es fünf Jahre später 78 Prozent.¹⁷ Diese Erfolgsmeldungen sind jedoch nicht genug, um weiter bestehende Defizite auszugleichen.

15 | In diesem Ranking erreichen brasilianische Universitäten die Plätze 11, 24, 60 und 87. Vgl. *Times Higher Education BRICS & Emerging Economies Rankings 2014*, <http://timeshighereducation.co.uk/world-university-rankings/2014/brics-and-emerging-economies> [18.09.2014].

16 | Vgl. OECD, „PISA Brazil (2012)“, <http://www.oecd.org/brazil/PISA-2012-results-brazil.pdf> [18.09.2014].

17 | Vgl. João Luiz Alves Rizzo, *Elaboração de plano de negócio de uma empresa de Educação Online*, Universidade Federal do Rio de Janeiro (UFRJ), Escola Politécnica, Rio de Janeiro, 08/2014, 18, <http://monografias.poli.ufrj.br/monografias/monopoli10012324.pdf> [27.10.2014].

Der nationale Bildungsplan sieht vor, bis zum Jahr 2020 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Bildungssektor zu investieren. Dafür sollen nach Wunsch der Regierung sämtliche Gewinne aus den kürzlich entdeckten Ölvorkommen „Pre-Sal“ vor der Küste Brasiliens zu 75 Prozent dem Bildungs- und zu 25 Prozent dem Gesundheitssektor zugute kommen. Damit reagierte die Politik unmittelbar auf die Proteste, an denen sich im Juni 2013 Millionen von Brasilianern beteiligten. Vom Erreichen dieser Zielmarken ist man jedoch weit entfernt. Mit Gewinnen aus der Ölförderung ist erst in den nächsten 15 Jahren zu rechnen, Unklarheit herrscht zudem über die genauen Vorkommen.

In den staatlichen Investitionen im Bildungsbereich sind Gehälter und Pensionen von Lehrern enthalten. Damit kommen öffentliche Ausgaben nicht notwendigerweise direkt der Bildung von Kindern der Mittelschicht zugute. Doch letztlich bedarf eine Bildungsreform nicht nur zusätzlicher

finanzieller Mittel, sondern muss sich auch an den Bedürfnissen der Schüler orientieren.

Erst wenn die Schulen einen Abschluss anbieten können, der den Absolventen die nötigen Qualifikationen verschafft, würde mit mehr Geld tatsächlich mehr erreicht.

Erst wenn die Schulen einen Abschluss anbieten können, der den Absolventen die nötige Qualifikation für den Arbeitsmarkt oder

für ein Studium verschafft, würde mit mehr Geld tatsächlich mehr erreicht. Gerade die ärmeren Schichten sind auf den Zugang zu guten öffentlichen Einrichtungen angewiesen, um der neuen Mittelschicht in ihrer Entwicklung zu folgen. Für deren Angehörige werden die Bildungschancen ihrer Kinder darüber entscheiden, ob die Errungenschaften der Elterngeneration an die nächste weitergegeben und ausgebaut werden können. Bislang vertieft sich die Kluft zwischen den unterschiedlich stark bemittelten Bevölkerungsgruppen jedoch und fördert Parallelwelten, in denen das gegenseitige Verständnis gering oder gar nicht ausgeprägt ist. Die soziale Mobilität bleibt zudem schwach, was die Chancen des Landes beeinträchtigt, auch als Volkswirtschaft an Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen.

SOZIALES NETZ MIT UNZULÄNGLICHKEITEN

Ein ähnliches Bild bietet sich in der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Brasiliens Krankenversicherungssystem ist nicht wie in Deutschland anteilig zwischen Arbeitnehmern und -gebern finanziert, sondern orientiert sich am britischen Modell. Dadurch steht allen Bürgern eine gesundheitliche Versorgung in öffentlichen Krankenhäusern zu. Da der Zugang dazu nicht reguliert wird, müssen die knappen Mittel über das Angebot beschränkt werden. Dies ist einer der Gründe für die schlechte Ausstattung vieler Krankenhäuser und den Mangel an medizinischem Personal. Monatelange Wartezeiten, selbst für lebensnotwendige Operationen, sind keine Seltenheit. Die Notaufnahmen sind oft so überlastet, dass nicht einmal schwere Fälle behandelt werden können.

Allen Bürgern steht eine gesundheitliche Versorgung in öffentlichen Krankenhäusern zu. Doch monatelange Wartezeiten, selbst für lebensnotwendige Operationen, sind keine Seltenheit.

Eine Untersuchung durch den brasilianischen Bundesrechnungshof stellte fest, dass in knapp 80 Prozent der 116 inspizierten Krankenhäuser die angegebenen Bettenkapazitäten nicht genutzt werden konnten, da Ärzte, Medikamente sowie technisches Gerät fehlten. Derzeit verfügt Brasilien nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über durchschnittlich 2,4 Betten pro Tausend Einwohner (der OECD-Durchschnitt liegt bei 4,9 Betten, 2011).¹⁸ Aufgrund dieser prekären Lage in der staatlichen Krankenversicherung sowie der wachsenden Zahl von Angehörigen der neuen Mittelschicht hat sich der Markt für Privatversicherungen vergrößert. Zahlreiche Versicherer bieten günstige Basisversicherungen mit beschränktem Leistungsangebot oder dem Zugang zu privaten Einrichtungen an, die einen niedrigeren Qualitätsstandard haben als die der Oberklasse vorbehaltenen Privatkrankenhäuser. Inzwischen hat laut SAE knapp ein Fünftel der Mittelschicht eine Krankenversicherung abgeschlossen.

Neben zusätzlichen Kosten für die Unter- und Mittelschicht durch eine Doppelfinanzierung von Gesundheitsleistungen mit öffentlichen und privaten Mitteln gibt es weitere

18 | Vgl. OECD, „Hospital beds“, *Health at a Glance 2013: OECD Indicators*, http://dx.doi.org/10.1787/health_glance-2013-34-en [18.09.2014].

Probleme. Das soziale Sicherungssystem bedeutet für Arbeitnehmer und deren Familien eine hohe Verwundbarkeit. Mangelnder Schutz gegen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit bergen die Gefahr, den erreichten Lebensstil zu verlieren und zurück in die Armut zu rutschen. Bei einer Verschlechterung der Wirtschaftslage und negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ist die volkswirtschaftliche Entwicklung gefährdet. Auch die Bolsa Família, die ausschließlich Familien mit Kindern erreicht, oder das auf sechs Monate begrenzte Arbeitslosengeld federn die Risiken nur begrenzt ab. Ohne ein kohärenteres Netz sozialer Sicherheit bleibt diese neue Mittelschicht weiter verwundbar.¹⁹

DIE MITTELSCHICHT UND DER MARKT

Brasiliens aufstrebende Mittelschicht spielt mit 108 Millionen Menschen als neue Konsumentengruppe eine Schlüsselrolle in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Laut Prognosen der Föderation für Handel, Dienstleistungen und Tourismus des Bundesstaates São Paulo (Fecomercio-SP) wird sie bis zum Jahr 2020 für 40 Prozent Zuwachs der Wirtschaftsleistung verantwortlich sein.²⁰ Ihre Ausgaben lagen im vergangenen Jahr bei 330 Milliarden Euro. Für das Jahr 2014 rangieren Reisen ins In- und Ausland sowie Konsumgüter wie Haushaltsgeräte, Möbel, Laptops, Mobiltelefone, Fernseher ganz oben auf der Liste der geplanten Ausgaben.²¹ Studien deuten jedoch darauf hin, dass die Mittelschicht bis zu 15 Prozent mehr ausgibt, als sie verdient.²² Damit scheint ihr Konsum auch kreditfinanziert zu

19 | Vgl. Shawn Donnan, Ben Bland und John Burn-Murdoch, „A slippery ladder: 2.8bn people on the brink“, *Financial Times*, 13.04.2014, <http://ft.com/intl/cms/s/2/e8f40868-c093-11e3-a74d-00144feabdc0.html> [18.09.2014].

20 | Vgl. Agência Estado, „Classe C vai sustentar um aumento de 40% do PIB até 2020“, *Veja*, 29.02.2012, <http://veja.abril.com.br/noticia/economia/classe-c-vai-sustentar-um-aumento-de-40-do-pib-ate-2020> [18.09.2014].

21 | Vgl. Serasa Experian, „Dados inéditos da Serasa Experian e Data Popular revelam faces da classe média, que movimenta 58% do crédito e injeta R\$ 1 trilhão na economia“, *Últimas Notícias*, 18.02.2014, <http://noticias.serasaexperian.com.br/dados> [18.09.2014].

22 | Vgl. Joyce Carla, „Estimulada por ‚impulso‘, classe média gasta 15% a mais do que ganha“, *R7 Notícias*, 22.03.2014, <http://noticias.r7.com/economia/estimulada-por-impulso-classe-media-gasta-15-a-mais-do-que-ganha-22032014> [18.09.2014].

sein. 2013 wurden 58 Prozent der Kredite an Angehörige der Mittelschicht vergeben. Aufgrund dessen bleibt fraglich, ob das gegenwärtig schwache Wirtschaftswachstum, das in diesem Jahr 2014 in eine leichte Rezession umschlagen könnte, über die Stimulierung des Binnenmarktes wieder an Fahrt aufnehmen kann.

Im letzten Jahr versuchte die Zentralbank, die Wirtschaft über die Senkung des Leitzinses anzukurbeln. Sie musste aber dem steigenden Inflationsdruck nachgeben, was zu einer Anhebung des Leitzinses zurück auf einen zweistelligen Bereich führte. Unterdessen setzt die Regierung von Präsidentin Dilma Rousseff auf die staatliche Konjunkturbelebung über Sonderrabatte bei Steuern, unter anderem auf Haushaltsgeräte. Die Maßnahme wurde einst als Mittel zur Bekämpfung der letzten Weltwirtschaftskrise eingeführt, seither aber nicht revidiert. Die Nachhaltigkeit dieser Politik, vor allem unter Beachtung der zunehmenden Haushaltsverschuldung der Mittelschicht, wird inzwischen von Regierungsseite offen angezweifelt. Finanzminister Guido Mantega kündigte daher einen Paradigmenwechsel weg vom derzeitigen Konsummodell hin zu Wachstum durch Investitionen an. Damit zielt er in erster Linie auf die marode Infrastruktur des Landes. Viele Großprojekte wie der Ausbau der Flughäfen, Straßen und Häfen oder der Bau neuer Zugstrecken bleiben unterdessen Vorhaben auf dem Papier oder kommen nur langsam voran. Genauso lassen tiefer greifende Reformen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf sich warten.

Präsidentin Rousseff setzt auf staatliche Konjunkturbelebung. Einst ein Mittel zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise, werden die Maßnahmen heute regierungsseits angezweifelt.

Ein nächstes Problem betrifft die Produktivität: Brasilien hat mit der seit 1943 gültigen Arbeitsgesetzgebung einen extrem regulierten Arbeitsmarkt, wodurch zum Beispiel das Entlassen von Arbeitnehmern zu einem der teuersten im weltweiten Vergleich wird. Die noch relativ positiven Arbeitsmarktzahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Perspektiven für die Volkswirtschaft für das Jahr 2014 zwischen Wachstumsprognosen von einem Prozent und Befürchtungen vor einer Rezession schwanken. Eine niedrige Arbeitslosenquote wird daher nicht allein mit der volkswirtschaftlichen Leistung erklärt, sondern teilweise mit demografischen Faktoren oder längeren Schulzeiten.

Die Produktivität sank in Brasilien im vergangenen Jahr zum dritten Mal in Folge, wie eine Studie von McKinsey ergab. Ein brasilianischer Arbeiter produziert in einer Stunde rund fünf US-Dollar, ein Amerikaner schafft hingegen das Siebenfache. Somit ließe sich davon ausgehen, dass das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes doppelt so hoch hätte sein können, wäre die Produktivität zumindest konstant geblieben.²³



Politik auf kurze Sicht: Die Versuche von Präsidentin Dilma Rousseff, hier bei einer Wahlveranstaltung in Osasco, die Wirtschaft anzukurbeln, waren nur auf kurze Sicht erfolgreich. Programme, die die Eigeninitiative der Menschen unterstützen, fehlen. | Quelle: Mayara Ferreira, flickr ©©©.


UNZUFRIEDENHEIT UND PROTESTPOTENZIAL

Im vergangenen Jahr sorgten massive landesweite Proteste für Aufregung. Millionen von Brasilianern riefen nach einem Ende der Korruption, besseren Dienstleistungen des Staates in den Bereichen Bildung und Gesundheit, dem öffentlichen Transport, oder auch dem besseren Schutz von Minderheiten. Ausgangspunkt war São Paulo, wo einige Tausend Einwohner gegen die Erhöhung der örtlichen Bus-tarife um rund sieben Eurocent protestierten. Gewaltsame Übergriffe der Polizei auf Demonstranten und Journalisten

23 | Vgl. Estadão Conteúdo, „Produtividade baixa impede que o Brasil cresça mais“, *Veja*, 10.03.2014, <http://veja.abril.com.br/noticia/economia/produtividade-baixa-impede-que-brasil-cresca-mais> [18.09.2014].

brachte die Menschen weiter in Aufruhr, die mit einem „Jetzt erst Recht!“ reagierten. Bald darauf erfassten die Proteste das ganze Land. Allerdings gingen sie weniger von der neuen Mittelschicht aus. Die Tageszeitung *Folha de S.Paulo* berichtete, dass im Juni 2013 in São Paulo 77 Prozent der Demonstranten Studenten oder Universitätsabgänger waren.²⁴ Diese gehören jedoch immer noch überwiegend der Oberklasse oder der traditionellen, nicht der neuen Mittelschicht, an. Viele Protestierende gehören damit laut offizieller Einteilung der SAE bereits zur Oberschicht, deren Lebensstandard eher mit dem der deutschen Mittelschicht vergleichbar ist. Die Annahme, die Ausweitung der Mittelschicht sei der selbstverständliche Weg zu mehr Demokratie und Forderung nach mehr politischer Partizipation, hat sich damit vorerst als Trugschluss herausgestellt.²⁵



Aufbruchstimmung? Die neue Mittelschicht Brasiliens war kaum an den landesweiten Demonstrationen 2013 beteiligt. Erst später erkannte sie ihr Protestpotenzial und versammelte sich zu friedlichen Treffen vor Einkaufszentren der Oberschicht. | Quelle: Adriano Makoto Suzuki, flickr ©.

24 | Vgl. „Em protesto de SP, maioria não tem partido, diz Datafolha“, *Folha de S.Paulo*, 18.06.2014, <http://www1.folha.uol.com.br/cotidiano/2013/06/1296886-em-protesto-de-sp-maioria-nao-tem-partido-diz-datafolha.shtml> [18.09.2014].

25 | Dies bestätigt auch eine Umfrage des SAE, wonach die Hälfte von 2.000 befragten Angehörigen der Mittelschicht der Aussage zustimmten: „Ich bevorzuge eine effiziente Diktatur gegenüber einer ineffizienten Demokratie.“ Zit. nach Lisandra Paraguasso, „Classe média prefere eficiência a democracia“, *Estadão*, 13.11.2012, <http://politica.estadao.com.br/noticias/eleicoes,classe-media-prefere-eficiencia-a-democracia-imp-,959573> [08.09.2014].

Die neue Mittelschicht selbst meldete sich erst einige Monate nach den ersten Demonstrationen zu Wort. Über Twitter und Facebook verabredeten sich tausende Jugendliche zu den *rolezinhos* genannten Treffen in den großen Einkaufszentren von São Paulo. Ursprünglich nicht als Ausdruck des Protests geplant, ging es den Jugendlichen vielmehr um Verabredungen an öffentlichen Plätzen, die im Gegensatz zu den Favelas prestigeträchtiger und modern eingerichtet sind. Die massenhaften Ansammlungen der Jugendlichen – an Kleidungsstil und Hautfarbe als Bewohner der Favelas zu erkennen – führten in den überwiegend von der Oberschicht besuchten Einkaufszentren zu Panikreaktionen. Umso überraschter war die Öffentlichkeit, als sie feststellen musste, dass es bei keinem der Treffen zu Überfällen kam.

Die Oberschicht, geprägt von ständiger Sorge um Hab und Gut sowie ihre persönliche Sicherheit, lebt in einer relativ abgeschiedenen Welt, in der kaum Kontakte zur neuen Mittelschicht bestehen.

Diese Vorkommnisse haben den Kern eines Problems der brasilianischen Gesellschaft kaum offenbart: Die Oberschicht, geprägt von ständiger Sorge um Hab und Gut sowie ihre persönliche Sicherheit, lebt in einer relativ abgeschiedenen Welt, in der Kontakte zur neuen Mittel-

schicht nur über Hausangestellte oder anderes Personal bestehen. Kaum jemand, der nicht selbst in einer Favela lebt, hat jemals ein solches Viertel betreten. Unter Angehörigen der Oberschicht ist die Unkenntnis über die Lebensweise der anderen Klasse groß. Favelas, deren Bewohner immerhin zu zwei Dritteln der Mittelschicht angehören, werden mit Chaos, Lärm, Drogen und Gewalt assoziiert. Wer dort wohnt, wird schnell abgestempelt: als Sozialschmarotzer, Krimineller oder als jemand, der nichts für eine Änderung tut. Auf die Mehrheit der Favela-Bewohner treffen derartige Stereotype nicht zu. Doch werden diese sich solange halten, wie die genannten Wohnviertel Rückzugsgebiete für diejenigen bleiben, die die öffentliche Sicherheit akut beeinträchtigen.

Letztlich lösten die *rolezinhos* einen bisher nicht gekannten Schockmoment zwischen Ober- und neuer Mittelschicht aus. Letztere verschafft sich Zutritt zu den Räumen der Oberklasse, ohne dass vorher zwischen beiden größere Berührungspunkte bestanden hätten. Renato Mereilles, Leiter des auf die neue Mittelschicht spezialisierten Forschungsinstituts Data Popular, beobachtet ein Unbehagen

in der traditionellen Oberschicht gegenüber dem Aufstieg der anderen. Auf den Verlust von Privilegien und Exklusivität – was sich an Statussymbolen wie Smartphones ausdrückt – reagierten die Wohlhabenden nicht selten mit Beschwerden.²⁶

Der Faktor Weltmeisterschaft

Das Wachstum der Mittelschicht, die zum größten Teil in den Städten wohnt, ist zunächst ein urbanes Phänomen. Dementsprechend entsteht auch dort die Nachfrage nach verbesserter Infrastruktur und qualitativ hochwertigeren öffentlichen Einrichtungen. Die Fußballweltmeisterschaft bot die Chance, bestehende Forderungen zur Umsetzung längst überfälliger Investitionen in Infrastruktur wie zum Beispiel neue Flughäfen und neue U-Bahn-Linien zu forcieren. Brasilien startete daher begeistert in die Vorbereitung des sportlichen Großereignisses. Die Euphorie hielt jedoch nicht lange an. Spätestens seit den Unruhen des letzten Jahres kam es immer wieder zu kleineren Gegenbewegungen in verschiedenen Landesteilen. Sie richteten sich weniger gegen die Austragung, als vielmehr gegen die Art und Weise der Umsetzung. Investitionen in Stadien, die zu Beginn privat finanziert werden sollten, übernahm nach zahlreichen Verzögerungen aufgrund der Dringlichkeit der Staat selbst.

Die Fußballweltmeisterschaft bot die Chance, bestehende Forderungen zur Umsetzung längst überfälliger Investitionen zu forcieren.

Für Unzufriedenheit sorgte zusätzlich der exorbitante Kostenanstieg beim Bau der Sportstätten. Schnell folgte eine Gegenüberstellung mit den Ausgaben für bitter nötige Krankenhäuser und Schulen. Obwohl der Bau eines Krankenhauses kaum Abhilfe schafft, solange der Staat keine nachhaltige Gesundheitspolitik dazu liefert, so ist diese Rechnung aus Sicht der vernachlässigten neuen Mittelschicht naheliegend. Trotzdem lässt sich beobachten, dass vor allem Studenten den Kern der Demonstranten bilden, weniger Angehörige der Mittelschicht. Es entsteht der Eindruck, dass diese sich noch weniger organisiert und mobilisiert, um ihre Ansprüche zu vertreten.

26 | Vgl. Bárbara Ladeia, „Ricos perdem exclusividade e reclamam da classe emergente“, *iG*, 16.09.2013, <http://economia.ig.com.br/2013-09-16/ricos-perdem-exclusividade-e-reclamam-da-classe-emergente.html> [18.09.2014].



Sportliches Großereignis kontra soziale Sicherung: An den Sozialprotesten 2013 beteiligten sich überwiegend Studenten. Für Unmut sorgten die Investitionen in Sportstätten für die Weltmeisterschaft, während Schulen und Krankenhäuser dringender benötigt werden. | Quelle: © Kathrin Zeller, KAS Brasilien.

Politische Teilhabe der neuen Mittelschicht

Während die neue Mittelschicht sich in materieller Hinsicht bisher unbekannte Möglichkeiten erschließt, ist sie in der Politik personell kaum präsent. Bis auf wenige Ausnahmen gehören die Abgeordneten mehrheitlich den traditionellen Eliten an. Einige wenige, wie etwa der ehemalige Fernsehclown Tiririca aus ärmeren Teilen des Landes im Nordosten, schafften es inzwischen ins Parlament. Stimmen brachten diesem einerseits seine Popularität als Clown und provokative Statements wie „Wisst ihr, was ein Abgeordneter eigentlich macht? Ich auch nicht. Wählt mich und ich finde es raus“. Andererseits gewann er durch seine Herkunft als armer Binnenmigrant aus dem Nordosten viel Sympathie unter Gleichgesinnten. Auch die aussichtsreiche Präsidentschaftskandidatin Marina Silva blickt auf eine Kindheit in Armut zurück, Lesen und Schreiben hat sie erst als Jugendliche gelernt. Nicht zu vergessen ist der ehemalige Präsident Lula da Silva, der einst mit seiner Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse um Zustimmung warb und letztlich auch als einer gewann, der als Vertreter des „einfachen Volkes“ verstanden wurde. Erfolgsfaktor war nicht nur Lulas Herkunft, sondern auch seine langjährige Erfahrung als politischer Akteur. Als ehemaliger Gewerkschaftsführer hatte er bereits großen Einfluss auf politisch wichtige

Gruppen. Zudem gilt Lula als Meister der Verhandlung, der es schaffte, Mehrheiten innerhalb der traditionellen Führungselite zu organisieren.

Die amtierende Präsidentin Rousseff stammt aus einem linksliberalen bürgerlichen Milieu, doch ihre Sprache und Wortwahl richteten sich weiterhin an die Schichten, die sie ins Amt brachten. Dazu zählt speziell die Bevölkerung des armen Nordens und Nordostens, wo sich nach wie vor ihr größter Rückhalt findet.

Es liegt nahe, den überproportional höheren Stimmenanteil auf das Sozialprogramm Bolsa Família zurückzuführen. Rousseffs Zu-

Rousseffs Zustimmungswerte sinken mit steigendem Einkommen und mit der Höhe des Bildungsabschlusses. Kaum jeder vierte Universitätsabsolvent würde sie heute wählen.

stimmungswerte sinken sowohl mit steigendem Einkommen als auch mit der Höhe des Bildungsabschlusses. 44 Prozent der Wähler mit Grundschulabschluss entscheiden sich momentan für die Präsidentin, während es bei den Universitätsabsolventen weniger als ein Viertel ist.²⁷ Politische Persönlichkeiten gerade aus dem Norden und dem Nordosten bestimmen daher bis heute die Politik in Brasília. Kleine Imperien von Familien wie die Sarneys oder Barbalhos, die das wirtschaftliche wie auch mediale Geschehen über regionale Agrar- oder Industriebetriebe sowie Zeitungen und Fernsehsender bestimmen, können die Wahlen stark beeinflussen. Wer keine Bündnisse mit den dortigen Gouverneuren und Senatoren schließen kann, sieht sich im politischen Spiel schnell auf der Zuschauertribüne.

NEUE KIRCHEN FÜR EINE NEUE MITTELSCHICHT

Anders als in der Politik gestaltet sich die Präsenz der neuen Mittelschicht in den Kirchen. Brasilien zählt die größte katholische Bevölkerung weltweit. Doch gleichzeitig bekennen sich immer weniger der 200 Millionen Einwohner zur römisch-katholischen Kirche. In den 1970er Jahren waren weit über 90 Prozent der Brasilianer Katholiken, heute sind es nur noch 64,6 Prozent. Dieser Trend scheint sich fortzusetzen. Für die katholische Kirche als Institution ist diese Entwicklung besorgniserregend, da hier ein Vakuum

27 | Vgl. Clara Velasco, „PSTU é o partido com a maior proporção de mulheres entre os candidatos“, *G1*, 07.09.2014, <http://g1.globo.com/politica/eleicoes/2014/blog/eleicao-em-numeros/post/pstu-e-o-partido-com-maior-proporcao-de-mulheres-entre-os-candidatos.html> [18.09.2014].

entstanden ist, das die evangelikalen Freikirchen zunehmend ausfüllen. Insbesondere Angehörige der neuen Mittelschicht finden in den „Neuen Kirchen“ des Evangelikalismus ein spirituelles Zuhause. Zählten die Freikirchen in den 1970ern noch knapp fünf Prozent der brasilianischen Bevölkerung zu ihrer Anhängerschaft, sind es heute mehr als ein Fünftel.²⁸

Die Gründe dafür sind vielfältig: Urbanisierung und eine damit einhergehende Auflösung des klassischen katholischen ländlichen Milieus, Skandale innerhalb der katholischen Kirche in Brasilien und der Welt, allgemeiner Priestermangel sowie eine geringe Präsenz der katholischen Kirche in den Favelas. Experten erklären zudem, dass die katholische Kirche im Gegensatz zu den Evangelikalen eher passiv bleibe. Regelmäßige Gottesdienste auf den Plätzen und in den Festhallen der Favelas, das Versprechen von Wundern und einer Neuauflage des Ablasshandels verheißen schnelle Lösungen der Alltagsprobleme. In den Vororten der Ballungszentren (wie etwa der Nordzone Rio de Janeiros und des daran angrenzenden Ballungsraums Baixada Fluminense, eine Ansammlung von sieben Städten mit drei Millionen Einwohnern) stoßen die Pfingstkirchen auf ein großes Echo. Nahezu zwei Drittel der pfingstkirchlichen Anhängerschaft verdienen nicht mehr als den Mindestlohn, die Analphabetenrate ist höher als im Bevölkerungsdurchschnitt und 42 Prozent haben keine abgeschlossene Schulausbildung.²⁹

Obwohl die Führungsfiguren der Pfingstkirchen zur Geldelite gehören, ist in ihnen die Mittelschicht zahlreich versammelt.

An diesem Punkt könnte sich eine neue politische Kraft auf tun: Die evangelikalen Kirchen sind finanziell bestens ausgestattet, was sie auch im Wahlkampf eingesetzt haben.

Obwohl ihre Führungsfiguren eher zur Geldelite des Landes gehören, versammelt sich innerhalb der Pfingstkirchen eine enorme Zahl von Vertretern der Mittelschicht – und somit politisches Kapital. Eine wichtige Interessensvertreterin und Trägerin evangelikalen Gedankenguts ist die Sozial-Christliche Partei (Partido Social Cristão, PSC).³⁰

28 | Censo Demográfico, IBGE, 2010.

29 | Vgl. Senkevics, Fn. 4.

30 | Im brasilianischen Kontext ist der Begriff „christlich“ meist mit „evangelikal“ assoziiert. Ein Verständnis von „christlich“, das sowohl katholische als auch evangelische Werte meint, wie es die Unionsparteien in Deutschland vertreten, ist ausdrücklich nicht gemeint.

Einer ihrer prominentesten Vertreter ist der aus São Paulo stammende Kongressabgeordnete Marco Feliciano. Er ist Pastor der größten Pfingstkirche Assembleia de Deus (Versammlung Gottes), die ihren Ursprung und Sitz im US-Bundesstaat Missouri hat und fast zehn Millionen Gläubige in Brasilien zählt. Die PSC erreichte 3,2 Prozent aller Stimmen bei den Parlamentswahlen 2010, wodurch sie im stark fragmentierten politischen System Brasiliens zur elftgrößten Kraft wurde. Feliciano wurde im Jahr 2013 zum Vorsitzenden des Parlamentsausschusses für Menschenrechts- und Minderheitenfragen ernannt.³¹ Auf dessen Agenda stehen gesellschaftspolitische Veränderungen, die kontrovers auch in der Mitte der Gesellschaft debattiert werden. Die teils christlich-fundamentalen Forderungen Felicianos sorgten dann auch für Wirbel, insbesondere in zwei Fällen: Die PSC ist strikt gegen Abtreibung und begründet dies biblisch. Seine radikalen Äußerungen zur Rolle der Frau, deren Pflicht zunächst wäre, Mutter zu sein, und dass gleiche Rechte für beide Geschlechter zur Auflösung der Familie führten, erzeugten einen Aufschrei nicht nur im Kreis der Frauenrechtlerinnen, sondern auch in der medialen Landschaft.³²

Eine nächste Welle der Empörung löste Feliciano aus, als unter seiner Ägide der Menschenrechtsausschuss ein Gesetz vorschlug, das es Psychologen erlauben sollte, Homosexualität als Krankheit zu behandeln. Zwar wurde das Gesetzesvorhaben nach Protesten fallengelassen, doch sind solche Auffassungen im Menschenrechtsausschuss eines Staates, der sich selbst als freiheitlich-demokratisch mit einer „starken Demokratie“³³ empfindet, bemerkenswert. Mit seiner Initiative konterkarierte Feliciano die Entscheidung des Nationalen Justizrates (Conselho Nacional de Justiça), der 2013 die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnete.

31 | Dies ist beachtlich, da seine politischen Positionen in sozialen und gesellschaftlichen Fragen von denen der Sozialistischen Arbeiterpartei der Präsidentin Rousseff stark abweichen.

Diese Ernennung zeigt den Pragmatismus der brasilianischen Politik: Weil die Regierung eine Mehrheit in anderen Sachfragen suchte und die PSC Unterstützung anbot, war die PT an der Reihe, der PSC eine medien- und öffentlichkeitswirksame Position zukommen zu lassen.

32 | Vgl. „Marco Feliciano diz que direitos das mulheres atingem a família“, *O Globo*, 20.03.2013, <http://oglobo.globo.com/pais/m-7889259> [18.09.2014].

33 | Antônio Sampaio, „Brazil’s Angry Middle Class“, *Survival*, Bd. 56, Nr. 4, 107-118.

Beachtlich bleibt ferner die Zustimmung, die Vertreter der Freikirchen für das Hochhalten strukturkonservativer Wertvorstellungen in der neuen Mittelschicht erreichen. Dennoch bilden die evangelikalischen Kirchen dank ihrer Präsenz in den Favelas ein Gegengewicht in einem soziopolitischen Umfeld, das seine Bewohner täglich mit Gewalt und Drogen konfrontiert. Dort übernehmen die Kirchen mitunter die Rolle geistiger Führungspersonen von Gemeinschaften, die sich von Staat und Gesellschaft verlassen fühlen. Zudem bieten ihre Einrichtungen Ersatz für die oft brüchigen sozialen Strukturen der Binnenmigranten und ein neues vermeintlich stabiles Umfeld.



Der Kongressabgeordnete Marco Feliciano ist Pastor der größten evangelikalischen Kirche in Brasilien. Seine teils christlich-fundamentalen Forderungen sorgten mehrfach für Wirbel in der Öffentlichkeit. | Quelle: Jose Cruz, Agência Brasil ©📷

Durch den tragischen Unfalltod des brasilianischen Präsidentschaftskandidaten und ehemaligen Gouverneurs des nordöstlichen Bundesstaates Pernambuco, Eduardo Campos, tritt wie bereits vier Jahre zuvor, dessen Vize Marina Silva zur Wahl an. Sie beeindruckt durch eine außergewöhnliche Vita und arbeitete sich von einer einfachen Kautschuksammlerin aus dem Amazonasgebiet bis hin zur Umweltministerin unter der Präsidentschaft Lulas hoch. Sie erreichte 2010 überraschend fast ein Fünftel der Stimmen. Seit ihrer Nominierung durch die PSB sind ihre Zustimmungswerte stark gestiegen. Obschon eine ökologische

Aktivistin, die sich für das Ökosystem des Amazonas einsetzte und sich dafür landesweiten Respekt verdiente, ist Marina Silva seit 2004 Mitglied der Assembleia de Deus. Sie wäre die erste Präsidentin Brasiliens gewesen, die einer evangelikalen Pfingstkirche nahe steht. Dies hätte eine Zäsur in der politischen Geschichte des Landes bedeutet, zeigt jedoch das allgemeine Wachstum dieser Bewegungen bis hinein in höchste politische Ämter. Stets waren die Präsidenten – in unterschiedlichem Ausmaße – der katholischen Kirche verbunden. Ihr schwindender Einfluss könnte sich nun gar bis ins höchste Staatsamt fortsetzen.



Aufstieg aus armen Verhältnissen: Für die Präsidentschaftswahl am 5. Oktober zeigt sich Marina Silva, hier auf einer Wahlveranstaltung, als aussichtsreiche Kandidatin. Bei einem Sieg wäre sie die erste evangelikale Präsidentin des Landes. | Quelle: Leo Cabral, BrasileRede, flickr ©©©.

Trägt Marina Silvas Mitgliedschaft in der Versammlung Gottes sie also in die Präsidentschaft? Solch eine Behauptung wäre übertrieben. Dennoch ist der Einfluss der Evangelikalen³⁴ – und somit eines Großteils der brasilianischen Mittelschicht – allgegenwärtig. Die Stimmen der evangelikalen

34 | Die Igreja Universal do Reino de Deus (Universalkirche des Königreich Gottes, IURD) – mit geschätzten drei bis sechs Millionen Mitgliedern ist sie nach der Versammlung Gottes die zweitgrößte evangelikale Kirche – weihte Ende Juli 2014 mit dem Salomontempel in São Paulo ein monumentales wie pompöses Gotteshaus ein, bei dem sich zur regionalen Politikpräsenz auch gleich die nationale hinzugesellte – inklusive der Präsidentin Dilma Rousseff höchstpersönlich.

Anhängerschaft werden gebraucht. Nun verfügt Silva nicht automatisch über eine Mehrheit unter den evangelikalen Wählern. Die evangelikale Bewegung ist sehr heterogen, es existieren unzählige Kirchen, sodass sich ein breitgefächertes wie buntes Mosaik an Strömungen ergibt. Silva wird trotzdem der Vorteil zugeschrieben, eben die meist strukturkonservativen Gesellschaftswerte der Pfingstkirchler zu teilen. Hier steht insbesondere die ethische Frage der Abtreibung im Raum.³⁵ Da sie in diesem Zusammenhang wie auch zu anderen gesellschaftspolitischen Fragen Plebiszite befürwortet, ist ihr das Wohlwollen insbesondere der traditionellen Evangelikalen nicht automatisch sicher.

AUSBLICK

Marcelo Neri fasste die Entwicklung Brasiliens bezüglich seiner aufstrebenden Mittelschicht mit der Feststellung zusammen, dass Brasilien in den letzten Jahren den Armen

Zugang zum Markt verschafft habe. Nun müsse das Land auch dem Markt Zugang zu den Armen verschaffen. Dreh- und Angelpunkt eines nachhaltigen Wachstums der Mittelschicht kann nur der Arbeitsmarkt sein.

Dreh- und Angelpunkt eines nachhaltigen Wachstums der Mittelschicht kann nur der Arbeitsmarkt sein. An massiven Verbesserungen des Bildungssystems führt dabei kein Weg vorbei.

Denn dort ist für sie die Möglichkeit vorhanden, den ausschlaggebenden Anteil ihres Einkommens selbst zu erwirtschaften. An massiven Verbesserungen des Bildungssystems führt dabei kein Weg vorbei. Nicht nur die Grundbildung, auch weiterführende Ausbildungsmöglichkeiten sind Voraussetzungen, damit Brasilien die Rolle einer aufstrebenden Volkswirtschaft ausbauen und der Konkurrenz anderer Länder dieser Kategorien standhalten kann. Das bisher auf Binnenkonsum und Rohstoffexport basierende Modell scheint bereits an seine Grenzen gelangt. Um die Errungenschaften der neuen Mittelschicht abzusichern, bedarf es großer struktureller Anstrengungen wie etwa der Produktivitätssteigerung.

Auch für die Stärkung der Demokratie sind Investitionen in Bildung notwendig. Eine mündige Bürgerschaft kann die Bedeutung von gesellschaftlichem Zusammenhalt und Solidarität über die Klassen hinweg als Voraussetzung für

35 | Vgl. Raphael Di Cunto, „Pauta polêmica pode levar Marina a perder apoio de evangélicos“, *Valor*, 30.08.2014, <http://valor.com.br/eleicoes2014/3674516> [18.09.2014].

ein friedliches Zusammenleben weiter festigen. Die neue Mittelschicht sollte ermuntert werden, ihre Bedürfnisse konstruktiv zu artikulieren und selbst Verantwortung für die Gestaltung der Gesellschaft zu übernehmen. Nur so kann diese neue Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung zu einer tragenden Säule nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der gesellschaftlichen Entwicklung werden.

Die Regierung von Fernando Henrique Cardoso hatte in den 1990er Jahren mit der Stabilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorgelegt. Und auch die Regierungen der Arbeiterpartei unter Lula da Silva und Amtsinhaberin Dilma Rousseff bewirkten Fortschritte, vor allem über die soziale und ökonomische Inklusion der neuen Mittelschicht. Nun liegt es an der nächsten Regierung, die Rahmenbedingungen für eine weitere Entwicklungsstufe zu schaffen. Neben besseren Bildungsmöglichkeiten und Schutz gegen Lebensrisiken über ein effizienteres System sozialer Sicherung gehört dazu die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Erst diese Schritte zusammengenommen würden der neuen Mittelschicht helfen, sich ökonomisch zu festigen und zu einer politischen Stimme zu finden.



Amuzweni Ngoma absolviert einen Master-Studiengang in Soziologie an der University of the Witwatersrand in Johannesburg.

SCHWARZE FACHKRÄFTE UND DER ANC BEI DER WAHL 2014

LOCKERUNG DER PARTEIBINDUNG?

Amuzweni Ngoma

Südafrikas wachsende schwarze Mittelschicht¹ gewinnt für die politischen Parteien zunehmend an Bedeutung. Bei der Parlamentswahl 2014 warben deutlich mehr politische Parteien um Stimmen aus dieser Bevölkerungsgruppe als zuvor.² Interessanterweise beharrt der regierende African National Congress (ANC) darauf, die schwarze Mittelschicht als das Resultat des eigenen Erfolgs zu betrachten und daher auch als loyale Wähler. Im Licht dieser Entwicklung wächst die politische Aufmerksamkeit für die schwarze Mittelschicht.

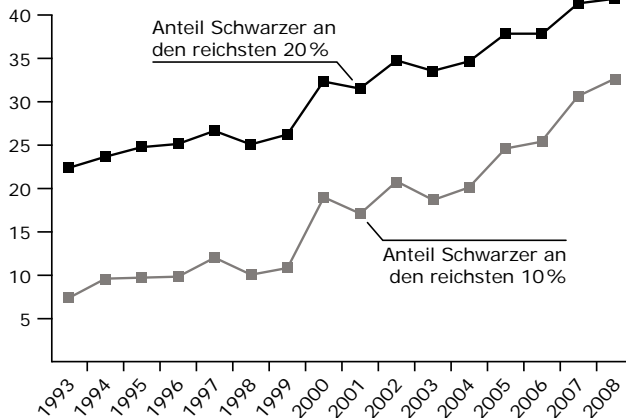
Seit 1994 war die Unterstützung der schwarzen Mittelschicht für den ANC groß, was über die Jahre weiter zunahm.³ Vor den nationalen Wahlen 2014 gab es jedoch Grund zur Annahme, dass diese Unterstützung für den ANC abnehmen und dies ein wahlbeeinflussender Faktor sein würde. So erwartete zum Beispiel die ANC-Führung in Gauteng eine Spaltung ihrer Anhängerschaft in der Provinz, die sie auf schwindenden Rückhalt der schwarzen Mittelschicht zurückführte.⁴ Tatsächlich gewann der ANC bei

- 1 | Schwarz bezeichnet die afrikanische Bevölkerungsgruppe.
- 2 | Zu den südafrikanischen Wahlen 2014 siehe auch: Holger Dix, „20 Jahre Demokratie und fünfte Parlamentswahlen in Südafrika“, *KAS-Auslandsinformationen*, 6/2014, 76, <http://kas.de/wf/de/33.38101> [30.09.2014]; Collette Schulz-Herzenberg und Roger Southall (Hrsg.), *Election 2014 South Africa. The Campaigns, Results and Future Prospects*, Auckland Park, Jacan Media, Konrad-Adenauer-Stiftung, 2014.
- 3 | Vgl. Collette Schulz-Herzenberg, *Towards a silent revolution? South African voters during the first years of democracy 1994-2006*, Dissertation, University of Cape Town, 2009, 139.
- 4 | Vgl. „ANC’s 45% Poll Panic“, *City Press*, 09.03.2014, <http://citypress.co.za/politics/anc-fears-will-get-45-votes-gauteng> [22.09.2014].

den Wahlen zum Provinzparlament 54 Prozent der Stimmen in Gauteng – ein Rückgang um zehn Prozent gegenüber seinem Abschneiden im Jahre 2009. Darüber hinaus zeigten die Resultate, dass die Unterstützung für die Partei in allen städtischen Ballungsräumen und Städten, mit Ausnahme von Buffalo City, erheblich gesunken war. Malusi Gigaba, der ANC-Wahlkampfleiter, erklärte, dass die Partei das Wahlverhalten der weißen Wählerschaft und das der schwarzen Mittelschicht untersuchen werde, um ihr Abschneiden besser zu verstehen.⁵

Abb. 1

Anteil Schwarzer an der südafrikanischen Oberschicht



Quelle: Eigene Darstellung nach „Household Income and Expenditure Patterns in South Africa, 2011“, The Bureau of Market Research (BMR) of the University of South Africa (UNISA), 2, <http://unisa.ac.za/contents/faculties/ems/docs/Press429.pdf> [02.10.2014] mit Zahlen der All Media and Products Study (AMPS).

Daher werden hier verschiedene Darstellungen dieses offenkundigen Verlusts an Unterstützung der schwarzen Mittelschicht für den ANC untersucht. Die Verfasserin zieht unterschiedliche Quellen als Forschungsgrundlage für die Bewertung heran, um die politische Orientierung der schwarzen Fach- und Führungskräfte (*black professionals*) bei der Wahl 2014 abzubilden. Hierzu wurden zahlreiche Interviews geführt, vor allem mit Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten, Ärzten und Ökonomen in staatlichen

5 | Vgl. „ANC to look at voter patterns among whites“, *News24*, 12.05.2014, <http://news24.com/elections/news/anc-to-look-at-voter-patterns-among-whites-20140511> [24.03.2014].

Dienststellen sowie Organisationen des Unternehmenssektors in den Provinzen Gauteng und Limpopo. Die Verfasserin bezieht sich auch auf drei Fokusgruppen (insgesamt 52 befragte Personen) mit leitenden Staatsangestellten, Unternehmern und Führungskräften des Unternehmenssektors in Johannesburg und East London im Juli 2013 und in Cape Town im September 2013. Nicht zuletzt greift die Untersuchung auf Hinweise aus politischen Debatten in den (sozialen) Medien zurück.⁶

Tabelle 1

Vergleich der Mittelschicht zwischen 1993 und 2012

	1993	2012
Insgesamt (in Zahlen)	3.562.874	7.243.596
Bevölkerungsanteil (in Prozent)	8,19	13,86
Schwarze (in Zahlen)	340.874	2.991.143
Anteil der schwarzen Bevölkerung (in Prozent)	10,73	41,29
Ländliche Bevölkerung (in Prozent)	9,04	10,63
Durchschn. Pro-Kopf-Haushaltseinkommen (in Rand)	4.530	5.523
Jahre der Ausbildung	11,34	12,38

Quelle: „The emergent South African middle class“, Universität Stellenbosch, Research on Socio-Economic Policy (ReSEP), 2, http://resep.sun.ac.za/wp-content/uploads/2013/10/The-emergent-SA-middle-class_.pdf [02.10.2014].

Die sozio-politische Bedeutung der schwarzen Mittelschicht ist seit Langem ein Gegenstand wissenschaftlichen Interesses. Während der letzten Jahre der Apartheid unternahm der Staat (wenn auch in kontrolliertem Ausmaß) Anstrengungen, eine Bantustan- und Township-basierte schwarze Mittelschicht zu entwickeln. Der Apartheid-Staat hoffte, diese Bevölkerungsgruppe kooptieren zu können und so die weiße Minderheitsherrschaft zu stützen. Diese schwarze Mittelschicht sollte als „Pufferzone“ dienen zwischen der weißen Bevölkerung, dem von Weißen beherrschten Staat und dem „weißen“ Kapital auf der einen Seite sowie der Be-

6 | Zwar sind die Daten der Verfasserin nicht statistisch repräsentativ, es gibt jedoch keinen Grund anzunehmen, dass die Meinungen der Mitglieder der Fokusgruppen vom Durchschnitt ihrer Klasse abwichen.

freiungsbewegung, bestehend aus Arbeitern, Gewerkschaften und politischen Organisationen, auf der anderen Seite. Dieses Vorhaben erwies sich letztlich als kontraproduktiv, da die entstehende schwarze Mittelschicht seit Langem mit dem ANC verbündet war. Der ANC war die Befreiungspartei, die Einzelpersonen aus genau dieser Schicht gegründet hatten. Diese Tatsache begründete eine emotionale Verbundenheit, die sowohl die Partei als auch Außenstehende während der frühen Jahre der Demokratie Südafrikas für gegeben hielten.

Tabelle 2

Verteilung der Einkommensgruppen 2011

Gruppe	Jahreseinkommen in Euro	Anteil in Prozent
Arm	0 – 3.794	9,9
Untere aufstrebende Mittelschicht	3.795 – 10.606	18,7
Aufstrebende Mittelschicht	10.607 – 25.403	22,4
Mittelschicht	25.404 – 44.053	17,7
Höhere Mittelschicht	44.054 – 60.301	10,7
Aufstrebend wohlhabend	60.302 – 92.957	10,5
Wohlhabend	> 92.957	10,1

Quelle: BMR, Abb. 1.

Die Bedeutung dieser Verbindung wurde verstärkt durch die Ergebnisse der ersten drei allgemeinen Wahlen, bei denen der ANC maßgeblich von der schwarzen Mittelschicht unterstützt wurde. Nach den Wahlen von 2009 mehrten sich die Hinweise, einige sogar aus den Reihen des ANC, die auf eine Lockerung der Verbindung zwischen Schicht und Partei hinwiesen. Dies wurde besonders offenkundig bei der Gründung des Congress of the People (COPE), einer Partei, die weitgehend von enttäuschten Anhängern des ehemaligen Präsidenten Mbeki geschaffen wurde, die den ANC verlassen hatten, nachdem Mbeki durch die regierende Partei im September 2008 zum Rücktritt bewegt worden war. Im Vorfeld der Wahl von 2009 sagten viele Beobachter voraus, dass die Anhängerschaft von COPE sich aus der schwarzen Mittelschicht rekrutieren würde. Obwohl die Partei ungefähr sieben Prozent der Stimmen

erhielt, stammten die meisten tatsächlich von Arbeitslosen und Angehörigen der Arbeiterschicht.⁷ Dennoch hat sich gezeigt, dass es bei der schwarzen Mittelschicht zu einer schrittweisen, wenn auch langsamen Abnahme der Unterstützung für den ANC gekommen ist. Selbst wenn die Auswirkungen auf die Vertretung im Parlament gering sind, so stellt dies doch eine bemerkenswerte politische und moralische Herausforderung für den Inklusionsanspruch des ANC dar.

WER IST DIE SCHWARZE MITTELSCHICHT?

Ethnische Kategorisierungen haben in Südafrika eine lange und umkämpfte Geschichte. In der vorliegenden Studie wird die „schwarze“ Mittelschicht so definiert, dass sie nur schwarze Afrikaner einschließt. Farbige, Inder und Chinesen bleiben unberücksichtigt. Im Gegensatz

Die schwarze Mittelschicht umfasst Ingenieure, Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Wirtschaftsprüfer, Ökonomen und Fachkräfte im Finanzdienstleistungssektor.

dazu fasst die Gesetzgebung zur Black Economic Empowerment (BEE) jene Gruppen ebenfalls als „Schwarze“ auf. Dieses Kapitel richtet den Fokus auf die schwarzen Fach- und Führungskräfte im öffentlichen und privaten Sektor, die zum Großteil die weiter gefasste schwarze Mittelschicht bilden. (Sie gehören zu der Schicht, die von manchen als obere Mittelschicht bezeichnet wird). Diese Gruppe umfasst Ingenieure, Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Wirtschaftsprüfer, Ökonomen und Fachkräfte im Finanzdienstleistungssektor, d.h. Fachkräfte, die eine starke Position auf dem Arbeitsmarkt haben, einen hohen Status genießen und mitunter beträchtlichen gesellschaftlichen Einfluss ausüben. Viele von ihnen sind beruflich wie geografisch äußerst mobil. Selbst innerhalb Südafrikas schenkt ihnen ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit ein hohes Maß an persönlicher und politischer Selbständigkeit. Sowohl die Disaggregation als auch die Detailgenauigkeit dieser Studie erlauben es, die schwarze Mittelschicht nicht einfach als homogene Gruppe zu betrachten. Dadurch ist eine tiefer gehende Analyse von Ausmaß, Art, Intensität und Qualität der politischen Wertvorstellungen und Aktivitäten schwarzer Fach- und Führungskräfte möglich.

7 | Vgl. Susan Booyen, „Congress of the People: Between Foothold of Hope and Slippery Slope“, in: Roger Southall und John Daniel (Hrsg.), *Zunami! The 2009 South African Elections*, Auckland Park, Jacana, 2009, 85-113.

Schwarze Fach- und Führungskräfte haben historisch betrachtet eine hoch angesehene und einflussreiche Position in der schwarzen Gesellschaft eingenommen. Vielleicht ist ihre symbolische Bedeutung für diese und die Politik Südafrikas größer als je zuvor, denn sie sind eine sichtbare Manifestation der erfolgreichen demokratischen Transformation. Durch ihren Zugang zu Information, Wissen, Status und Ressourcen ist die schwarze Mittelschicht jetzt (im Vergleich zur Apartheid-Ära) in einer stärkeren Position, wichtige Entscheidungen zu beeinflussen und – vielleicht noch bedeutsamer – diese Entscheidungen selbst zu treffen. Ihre Mitglieder sind dank ihrer sozialen Nähe, ihrer Glaubwürdigkeit als Schwarze sowie ihrer wirtschaftlichen Eigenständigkeit in einer günstigen Position, wenn es darum geht, politische Amtsträger und Institutionen zur Rechenschaft zu ziehen. Damit unterscheiden sie sich von weißen Führungskräften, deren Kritik am ANC nicht die gleiche politische Legitimität genießt.

Selbst wenn man die hier gegebene relativ enge Definition zugrunde legt, variieren die Annahmen über die Größe der schwarzen Mittelschicht. Subjektive Definitionen scheinen inklusiver zu sein, während objektive Definitionen, die Einkommen oder Beschäftigungskategorien heranziehen, weniger inklusiv sind. Der Human Sciences Research Council, den Laurence Schlemmer zitiert,⁸ schätzte die Schicht im Jahre 2004 auf 2,5 Millionen Personen. Die auf den Beschäftigungsdaten basierende Schätzung von Roger Southall kommt dieser Zahl nahe, sie zählt 950.000 bis 1,5 Millionen Fach- und Führungskräfte zur oberen Mittelschicht sowie 870.000 bis 1,2 Millionen Angestellte und Verkaufspersonal in der unteren schwarzen Mittelschicht in 2004.⁹ Wenn es auch nur relativ wenige schwarze Fach- und Führungskräfte in Südafrika gibt, so repräsentieren diese dennoch eine einflussreiche Bevölkerungsgruppe innerhalb der schwarzen Gesellschaft. Viele von ihnen treffen wichtige gesellschaftliche Entscheidungen. Darüber hinaus

Schwarze Fach- und Führungskräfte in Südafrika repräsentieren eine einflussreiche Bevölkerungsgruppe innerhalb der schwarzen Gesellschaft.

8 | Vgl. Lawrence Schlemmer, „Lost in transformation? South African’s emerging African middle class“, *CDE Focus*, Nr. 8, 2005, 10, <http://cde.org.za/images/pdf/Lost%20in%20transformation.pdf> [22.09.2014].

9 | Vgl. Roger Southall, „Political change and the Black middle class in democratic South Africa“, *Canadian Journal of African Studies*, 2009, 521-542.

erreichen ihre politische Stimme und ihr Aktivismus nicht nur die Meinungen anderer Segmente der schwarzen Bevölkerung, sondern die gesamte südafrikanische Gesellschaft.

DAS WAHLVERHALTEN DER SCHWARZEN MITTELSCHICHT

Der Employment Equity Act (Gesetz über die Gleichstellung in der Beschäftigung) von 1998 und der verstärkte Eintritt in den öffentlichen Dienst haben den Umfang der schwarzen Mittelschicht erheblich erweitert, wobei auf Grundlagen aus der Zeit vor dem Ende der Apartheid aufgebaut werden

konnte. Gegenwärtig neigt die Forschung zu der Ansicht, dass politische Stärke und Bedeutung der schwarzen Mittelschicht auf deren Fähigkeit beruhen, der Hegemonie des ANC entgegenzuwirken und sie zu stören.

Der ANC beansprucht das Verdienst für die Ausweitung der schwarzen Mittelschicht. Er beruft sich auf den Erfolg seiner Entschädigungs- und Transformationspolitik.

Dadurch würde sie demokratischen Pluralismus fördern, indem sie ihre Loyalität gegenüber der Partei aufgibt und für andere Parteien stimmt.¹⁰ Auch die Rhetorik des ANC belegt diese Vermutung, selbst wenn die Partei diese Gruppe politisiert. Der ANC beansprucht das Verdienst für die Ausweitung der schwarzen Mittelschicht, er beruft sich auf den Erfolg seiner Entschädigungs- und Transformationspolitik und erklärt es könne „keine Mittelschicht ohne Quoten und gezielte Fördermaßnahmen [*affirmative action*]“ geben.¹¹ So hat zum Beispiel ANC-Sprecher Jackson Mthembu eine Presseerklärung zur schwarzen Mittelschicht herausgegeben, die verkündete: „Der African National Congress feiert die Erfolge unserer bewussten und entschiedenen sozio-ökonomischen Transformationspolitik, die Wirkung zeigt.“¹² Ähnlich erklärte Präsident Zuma 2013: „Aufgrund dieser und anderer Entwicklungen, die das Ergebnis progressiver Regierungspolitik sind, ist die schwarze Mittelschicht in beeindruckendem Maße gewachsen.“¹³

10 | Vgl. Schulz-Herzenberg, Fn. 3.

11 | Aussagen von Enoch Gondongwana bei einem ANC-Gespräch mit Fachkräften am 10.04.2014. Persönliche Notizen.

12 | Mthembu Jackson, „ANC welcomes findings on expansion of the black middle class“, *politics web*, Pressemitteilung, 30.04.2013, <http://politicsweb.co.za/politicsweb/view/politicsweb/en/page71654?oid=373342&sn=Detail&pid=71616> [22.09.2014].

13 | Jacob Zuma, „Black middle class has more than doubled in eight years – Zuma“, *Acts Online*, 06.10.2013, <http://news.acts.co.za/blog/2013/10/black-middle-class-has-more-than-doubled-in-eight-years-zuma> [22.09.2014].



Soziale Grenzen werden dynamischer, Muster der Vergangenheit bleiben: Angehörige der wachsenden schwarzen Mittelklasse haben auch zwei Jahrzehnte nach Ende der Apartheid Probleme, ihre Identität zu finden. Dies fällt leichter mit dem beruflichen Status. |
Quelle: ign11, flickr ©

DER ZUSAMMENHANG VON „SCHWARZ“ UND MITTELSCHICHT

Die Schnittstellen von Rasse¹⁴ und Schicht sind wichtige Variablen zum Verständnis des politischen Charakters der schwarzen Mittelschicht. Eine ethnisch bezogene Identität, die das Mittelschicht-Bewusstsein überlagert, hat eine andauernde Unterstützung für den ANC bewirkt. Grace Khunou und Detlev Krige vertreten die Ansicht, dass Mitglieder der schwarzen Mittelschicht sich schwer tun damit, sich mit ihrem Status und ihrer sozialen Position zu identifizieren.¹⁵ Diese Einschätzung bestätigten viele schwarze Fachkräfte nachdrücklich, die für diese Studie interviewt wurden. Schwarz zu sein wurde als eine unveränderliche und sichtbare Identität angesehen, die in der immer noch ethnisch orientierten Politik Südafrikas starken und häufig unabwendbaren Druck mit sich bringt. Demgegenüber wurde Mittelschicht-Identität als wandelbar und biegsam betrachtet. Sie kann zwar erworben werden, doch die Zugehörigkeit erschien unsicher und gefährdet, ungewiss und

14 | Die Verwendung des Begriffs „Rasse“ ist in Südafrika gängig.

15 | Vgl. Khunou, Grace und Krige, Detlev, „Why is it difficult to be black and ‚middle class?“, *Mail & Guardian*, 08.11.2013, <http://mg.co.za/article/2013-11-07-why-is-it-difficult-to-be-black-and-middle-class> [22.09.2014].

neu. Infolgedessen ist bei schwarzen Fach- und Führungskräften die ethnisch bestimmte Identität stärker als die Schichtzugehörigkeit. Daher hielten schwarze Führungskräfte oftmals an ihrer Unterstützung für den ANC fest und schätzten das Engagement der Partei für die ökonomische Transformation sehr. Ein im Unternehmenssektor tätiger Ökonom formuliert es so: „Inzwischen denke ich, das einzige Ziel, das mir noch bleibt, ist Mitglied der Oberschicht zu werden.“¹⁶

Viele Führungskräfte strebten danach, ihren Status zu konsolidieren und suchten nach Gelegenheiten zum Aufstieg in die Oberschicht. Sie betrachteten die Unterstützung des ANC als ein Mittel, ihren sozialen Rang zu stärken und weiter voranzukommen. Das zeigt die Stellungnahme eines Unternehmers aus dem Bereich Maschinenbau:

„Ich stimme für den ANC. [...] Ich bin ein Gewinner der Politik des ANC. Dies ist eine naheliegende Sicht der Dinge, wenn man im Unternehmenssektor Südafrikas arbeitet oder Unternehmer ist. Und wenn wir bedenken, wo wir herkommen, ich glaube nicht, selbst bei meiner Kombination von Geschick und Glück, dass mich dort eine weiße nationalistische Regierung herausgeholt hätte, wo ich war, mich ermutigt hätte mitzuwirken und die fördernden Rahmenbedingungen geschaffen hätte, in denen ich am formellen Wirtschaftsleben teilnehmen konnte.“

Der wahrgenommene Rassismus der Unternehmen in „weißem“ Eigentum war ein anderer Grund dafür, dass schwarze Fachkräfte, die sich immer noch strukturell ausgeschlossen fühlten, weiterhin dem ANC folgten. „Es gibt immer noch strukturelle Widerstände im formellen Wirtschaftssektor, die sich in rassistischer Ungleichheit manifestieren. Wenn ich mit den Banken zu tun habe, kann ich nicht umhin zu denken, dass manche Probleme, die ich mit ihnen habe, darauf beruhen, dass ich schwarz bin.“ Dennoch haben schwarze Fachkräfte den ANC nicht blindlings unterstützt, nur weil sie von der Gleichbehandlungspolitik (*employment equity*) und BEE profitiert hatten. Diese politischen Maßnahmen sind vielfach kritisiert worden. Im

Schwarze Fachkräfte haben den ANC nicht blindlings unterstützt, nur weil sie von der Gleichbehandlungspolitik profitiert hatten.

16 | Xhanti Payi, „Middle class panel discussion with Eusebius McKaiser“, *Powerfm Radio*, 19.03.2014.

Wesentlichen handelte es sich dabei um Aufrufe zur verbesserten Umsetzung und Kontrolle von *employment equity* und BEE. Eine schwarze Führungskraft erklärte, dass der ANC keinen Erfolg bei der Bekämpfung des Rassismus am Arbeitsplatz gehabt habe, insbesondere nicht im Unternehmenssektor. Dies wird gestützt durch eine neue Arbeit von Jeffrey Modisha,¹⁷ der argumentiert, dass es im Unternehmenssektor zwar einen erheblichen Zuwachs an schwarzen Managern gegeben habe. Dies habe aber nicht zu einer qualitativen Mitbestimmung der Schwarzen geführt und es existiere nach wie vor eine gleitende, die Ethnien trennende Schranke (*floating colour bar*).

Viele Führungskräfte im Unternehmenssektor klagten, sie müssten härter arbeiten als ihre weißen Kollegen und würden bei Beförderungen übergangen. Sie beschrieben die Unternehmenskultur in der Wirtschaft als eine Bastion ethnisch determinierten Verhaltens. Einerseits empfanden schwarze Fachkräfte das Niveau von Professionalität im Unternehmenssektor als extrem hoch und fester etabliert als im staatlichen Sektor. Dementsprechend müssen schwarze Fachkräfte – wenn sie einmal angestellt sind – schon etablierte Regeln und Normen von Professionalität erfüllen. Andererseits empfanden sie, dass die Regeln von Professionalität für Schwarze und Weiße nicht die gleichen wären.¹⁸ Eine schwarze Führungskraft berichtet, es habe ein Spannungsverhältnis zwischen der Rolle einer anerkannten schwarzen Fachkraft gegeben und der Art, wie die Aufgaben ausgeführt werden. So gab es die implizite Erwartung innerhalb der Unternehmenskultur, dass eine schwarze Fachkraft ihren Platz kennen sollte; wenn sie zum Beispiel „Äußerungen hinterfragte oder widersprach, so ist dies Ungehorsam. Denn auf dieser Ebene wird von dir erwartet,

17 | Vgl. Jeffrey Modisha, *The contradictory class location of black managers explored the capacity of African managers*, Magisterarbeit, University of the Witwatersrand, 2012.

18 | In den Worten eines Befragten: „Fachkraft sein bedeutet pünktlich zur Arbeit zu erscheinen, den Anweisungen zu folgen und Termine einzuhalten. Da besteht schon eine bestimmte Kultur, diese Kultur bestimmt, wie du ankommst. Ich komme zum Beispiel zu spät zu einer Besprechung. ‚Oh, tut mir leid, Leute, das war mein Kindermädchen.‘ [...] Wenn ein Weißer so etwas sagt, ist es nicht dasselbe. Zunächst einmal erwartet man von mir nicht, dass ich ein Kindermädchen habe. [...] Also, wie professionell wir uns verhalten, vor allem als Schwarze, ist sehr relevant. Es hängt davon ab, was für einen Vorgesetzten ich habe.“

dass du weißt, wer wer ist, du musst die Rängebenen kennen und deine eigene Position darin.“ Die Unternehmenskultur förderte auch formelle politische Neutralität.

Ein Bericht von *Independent Online* von Piet Rampedi stellte fest, dass frustrierte schwarze Führungskräfte sich gegenüber den Economic Freedom Fighters (EFF) Dali Mpofu und Floyd Shivambu beschwert hätten, in Firmen von weißen Eigentümern oder in von Weißen geführten Unternehmen müssten sie doppelt so hart arbeiten wie ihre weißen Kollegen, um anerkannt zu werden.¹⁹ Dies wurde

Schwarze Unternehmer haben sich über den Rassismus im weißen Unternehmenssektor beschwert und darauf hingewiesen, dass der Großteil ihrer Aufträge durch die Regierung erteilt sei.

als politisches Versagen des ANC betrachtet und als ein potenzieller Pluspunkt für die EFF als schwarze Oppositionspartei. Schwarze Unternehmer haben sich ebenfalls über den Rassismus im weißen Unternehmenssektor

beschwert und darauf hingewiesen, dass der Großteil ihrer Aufträge durch die Regierung erteilt sei. Diese Befunde zeigen deutlich, dass die Distanz der schwarzen Fachkräfte zum Staat nicht zu einer abnehmenden Unterstützung für den ANC oder eine andere schwarze Oppositionspartei geführt hat, wie von Southall angenommen.²⁰ Stattdessen hat der wahrgenommene Rassismus innerhalb des Unternehmenssektors tatsächlich bewirkt, dass schwarze Fachkräfte ihre Unterstützung für den ANC aufrechterhalten haben, weil sie damit Schutz vor Diskriminierung erwarteten. Es wurde allgemein angenommen, dass sich die schwarze Mittelschicht nicht von der EFF angezogen fühlen würde, da dies eine Ablehnung ihres Mittelschicht-Status bedeutete hätte. Dies beruhte auf der Annahme, dass schwarze Fachkräfte gebildet sind und eine Partei bevorzugen, deren Wahlprogramm einige der allgemein anerkannten Prinzipien einer stabilen und produktiven Wirtschaft befürworten würde, insbesondere den Schutz und die Förderung privater Eigentumsrechte. Ein kleiner Teil der schwarzen Fachkräfte sah jedoch die EFF als eine Partei, die sie in der Hoffnung unterstützen könnten, damit „den ANC aufzurütteln“.

19 | Piet Rampedi, „We’re oppressed, say black professionals“, *IOL News*, 18.11.2013, <http://www.iol.co.za/news/-1.1608420> [02.10.2014].

20 | Vgl. Roger Southall, „Political change and the Black middle class in democratic South Africa“ (Publikation in Vorbereitung).

Im Vergleich zu ihrer durchgehenden Unterstützung für den ANC zögerten die schwarzen Fachkräfte merklich, auf die liberale Democratic Alliance (DA) zuzugehen. Dies beruhte im Wesentlichen auf der unklaren Haltung der DA gegenüber dem BEE. Ein Ökonom erklärte: „Ich würde für die DA stimmen, wenn sie eine korrektere Haltung zur Transformation hätte, leider tut sie dies nicht.“ Für solche Fachkräfte würde ein Votum für die DA bedeuten, dass sie ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verlieren und damit auch ihren Mittelschicht-Status gefährden. Soweit es Sympathie für die DA gab, beruhte sie auf der Wahrnehmung, dass diese Partei sich für gute Regierungsführung engagierte und daher fähig wäre, soziale Dienstleistungen besser zu gewährleisten als der ANC. Dennoch nahmen die schwarzen Fachkräfte die DA als eine Partei wahr, die in der Western Cape Provinz ethnisch bezogene Ungleichheit aufrechterhielt. In gewisser Hinsicht zeigt sich in der Ablehnung der DA, deren Regierungsleistung besser schien als die des ANC, eine gewisse Distanzierung der schwarzen Fachkräfte von der schwarzen Arbeiterklasse. Sie erkannten zwar die besseren Dienstleistungen der DA für die Armen, waren aber nicht bereit, die Partei auf dieser Basis zu unterstützen. Andererseits beschwerten sich schwarze Fachkräfte häufig über ihre Verschuldung aufgrund der fortwährenden Notwendigkeit zur Unterstützung ärmerer Familienmitglieder, trotz der Entwicklungsprogramme des ANC.



Schwindende Unterstützung: Lange galt der ANC unter Staatspräsident Jacob Zuma, hier bei der Eröffnung eines Wasserprojekts, als erste Wahl für die schwarze Mittelschicht. Doch durch Skandale und Unzufriedenheit verliert die Partei zunehmend an Unterstützung. | Quelle: Siyabulela Duda, Government Communication and Information System (GCIS), flickr ©110.

Ein Mitglied der untersuchten Fokusgruppe, ein Maschinenbauunternehmer, sagte interessanterweise, dass die DA bei genauerer Betrachtung die Interessen und Bedürfnisse der schwarzen Bevölkerung vertritt. Dies ergab sich für ihn aus der Tatsache, dass in einer Demokratie eine Minderheit nicht über eine Mehrheit herrschen könne. Daher würde sich die DA veranlasst sehen, beim Regieren besser zu sein als der ANC, aus Angst vor dem Zorn der schwarzen Bevölkerungsmehrheit: „Die weiße Regierung würde härter daran arbeiten, um der möglichen Unzufriedenheit der schwarzen Mehrheit entgegenzuwirken.“ Allerdings zeigt ein Vergleich von DA und ANC ein erhebliches Misstrauen gegenüber der DA, weshalb sich viele wieder dem ANC zuwandten. Die Erfolgsbilanz der DA wurde zwar als positiver Aspekt anerkannt, der politische Unterstützung verdiente. Jedoch wurde dieses Potenzial dadurch entwertet, als Bilder von demonstrierenden Schwarzen

Schwarze und junge Führungsfiguren in der DA werden mit dem Vorwurf konfrontiert, Marionetten zur Förderung „einer weißen Agenda“ zu sein.

kursierten, die für die DA warben, sowie Bilder der DA-Vorsitzenden Helen Zille in traditioneller afrikanischer Tracht, was als plumper Versuch gewertet wurde, die schwarze Bevölkerung irrezuführen. Darüber hinaus wurden die schwarzen und jungen Führungsfiguren in der DA als Marionetten zur Förderung „einer weißen Agenda“ betrachtet. Als nach den Parlamentswahlen die Fraktionsführerin der DA, Lindiwe Mazibuko, zurücktrat, um in Harvard zu studieren, soll Helen Zille gesagt haben, sie habe Lindiwe zum Aufstieg verholfen. Dies sorgte für einen Aufschrei in den Medien und den sozialen Netzwerken. Viele zitierten dies als Beweis dafür, dass Zille sowohl Mazibuko wie Mmusi Maimane²¹ zynisch benutzt habe, um die Unterstützung der DA bei der schwarzen Bevölkerung zu steigern.

Schwarze Fachkräfte favorisieren den ANC nicht nur wegen ihrer Ambitionen und der erhofften Möglichkeit zur Konsolidierung des eigenen Status, sondern auch wegen der symbolischen Bedeutung für die schwarze Bevölkerung. Nach den Worten eines interviewten Ökonomen zeige der ANC, dass Schwarze „gut, klug, anständig“ seien. Eine Unternehmerin stellte fest, ihre fortdauernde Unterstützung für den ANC beruhe nicht auf dessen Leistung, die sie als problematisch betrachtete, sondern vielmehr auf einer „emotionalen

21 | DA Kandidat für die Gauteng Provinz und jetzt neuer Fraktionsvorsitzender der DA im nationalen Parlament.

Bindung“, die sie am Ende „für die Wirtschaft“²² stimmen ließ. Kurz gesagt, die Geschichte des ANC als Partei, die den Befreiungskampf erfolgreich führte, erwies sich als einer der Hauptgründe für den andauernden Rückhalt.

Es gab auch schwarze Fachkräfte, die sich früher vom ANC abgewandt hatten, nun aber zu ihm zurückkehrten. „Die Entscheidung, jetzt für den ANC zu stimmen, auch wenn ich vielleicht beim letzten Mal nicht für ihn gestimmt habe, beruht darauf, dass meiner Meinung nach der ANC unter Druck steht. [...] Ich bin ein Mitglied der schwarzen Mittelschicht und kann sagen, dass sich meine Verhältnisse durchaus verbessert haben. Ich denke, dass der ANC im Großen und Ganzen viel getan hat, um die Lebensbedingungen der schwarzen Bevölkerung zu verbessern. Der ANC muss weiterhin für die ärmere Bevölkerung arbeiten und für uns alle, um die noch vorhandene Ungleichheit in Angriff zu nehmen.“ In ihrer überwiegenden Mehrheit definiert sich also die schwarze Mittelschicht entschieden als schwarz und verbindet diese Identität mit parteipolitischen Präferenzen. Mitglieder dieser Gruppe fragen „Wer setzt sich für meine Bedürfnisse als Schwarzer ein?“ und erst danach „Wer setzt sich für meine Bedürfnisse als Angehöriger der schwarzen Mittelschicht ein?“

In ihrer überwiegenden Mehrheit definiert sich die schwarze Mittelschicht entschieden als schwarz und verbindet diese Identität mit parteipolitischen Präferenzen.

SCHWARZE FACH- UND FÜHRUNGSKRÄFTE: BRÖCKELNDE UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN ANC

Konsolidierung der Zugehörigkeit zur Schicht und Aufstiegsambitionen waren die wichtigsten Ursachen für die andauernde Unterstützung für den ANC durch manche schwarzen Fachkräfte. Für andere Befragte erschien dies eher als eine Verpflichtung, während sie beschäftigt waren, ihren Mittelschicht-Status zu sichern. Darüber hinaus betrachteten die besonders Ehrgeizigen die Unterstützung des ANC als eine Gefahr für ihren weiteren sozialen Aufstieg und fürchteten, die schwache Regierungsleistung des ANC werde zu höheren Kosten für die schwarze Mittelschicht führen.

22 | Die Aussage „Ich habe für die Wirtschaft [*for business*] gestimmt“ bedeutete im Kontext dieser Diskussion, dass der Aussagende für den ANC gestimmt hat, denn dieser unterstützt die BEE-Politik.

Scharfe Kritik brachten Präsident Zuma seine zahlreichen verbalen Entgleisungen ein, besonders seine Beschreibung der schwarzen Mittelschicht als „schlaue Schwarze“.

Ein anderer Grund für den schwächer gewordenen Rückhalt gegenüber dem ANC war dessen Führung. Ein beratender Ingenieur erklärte, die Amtsenthebung von Mbeki während des ANC-Parteikongresses 2007 in Polokwane und die Amtseinsetzung von Jacob Zuma kämen einer Abkehr von der Mittelschicht-Agenda innerhalb des ANC gleich. Darüber hinaus war Zuma in verschiedene aufsehenerregende Skandale verwickelt.²³ Diese markierten für manche Fachkräfte einen Wendepunkt in ihrem Verhältnis zum ANC. Scharfe Kritik brachten Zuma auch seine zahlreichen verbalen Entgleisungen ein, besonders seine Beschreibung der schwarzen Mittelschicht als „schlaue Schwarze“. Darüber hinaus waren es sein Mangel an Bildung, sein Traditionalismus, sein Hang zu Gesang und Tanz und seine vielen Ehefrauen, die allesamt die Empfindsamkeiten und Wertvorstellungen der Mittelschicht verletzt haben. Diese Kritik erhielt noch dadurch Nahrung, dass der ANC als arrogant wahrgenommen wurde und, wegen seiner Orientierung an den Interessen der Armen, als desinteressiert gegenüber den Anliegen der Mittelschicht. Ein Befragter erklärte: „Ich finde die Hybris des heutigen ANC widerlich und abstoßend und ich denke, die EFF kann ihn aufrütteln.“ In einem Versuch, solche Ansichten zu widerlegen, konzentrierte sich der ANC in den Wahlkämpfen von 2009 und 2014 auf schwarze Fachkräfte sowie Berufsverbände und organisierte Empfänge und Gespräche, bei denen die Partei ihre fortdauernde Unterstützung und ihr Engagement für die Gleichstellung bei der Beschäftigung und BEE bekräftigte.

Die Parteien COPE und Agang South Africa standen für diese verpasste Gelegenheit, dem ANC die politische Unterstützung der schwarzen Mittelschicht abzurufen und eine schwarze Oppositionspartei aufzubauen. Mit einem Wahlergebnis von sieben Prozent im Jahr 2009 hatte COPE die Chance, die Unterstützerbasis in der Mittelschicht zu vergrößern. Doch die Partei vergeudete ihre Kräfte durch innerparteiliche Machtkämpfe. Da sie ihre Stimme für COPE 2009 als verschwendete Stimme ansahen, suchten viele Angehörige der Mittelschicht, die die Partei gewählt hatten, 2014 nach einer Alternative und manche votierten wieder

23 | Vgl. Anthony Butler, „The ANC’s campaign in 2014“, in: Schulz-Herzenberg und Southall, Fn. 2.

für den ANC. Dementsprechend dürftig schnitt COPE auf nationaler Ebene ab (nur 0,67 Prozent der Stimmen), was Parteiführer Mosiuoa Lekota dazu zwang, in Erfüllung eines zuvor gegebenen Versprechens öffentlich seinen Hut zu essen. Er hatte vorhergesagt, dass die Partei ihr Resultat von 2009 übertreffen würde. Deren Scheitern brachte der United Democratic Movement (UDM) und der EFF zusätzliche Stimmen aus der schwarzen Mittelschicht, außerdem kehrten einige Wähler zum ANC zurück.

Agang scheiterte schon vor den Parlamentswahlen 2014. Bei der Parteigründung nahm man weithin an, die Partei würde um die schwarze Mittelschicht werben, insbesondere, da die Vorsitzende Mamphele Ramphele eine qualifizierte Fachkraft war, die die Ambitionen dieser Klasse repräsentierte. Aber nach kurzer Zeit wurde klar, dass Agang keinen Erfolg haben würde. Das Potenzial der Partei wurde durch den gescheiterten Zusammenschluss mit der DA schwer beschädigt, was ihr die Glaubwürdigkeit sowohl bei den Parteimitgliedern als auch bei den potenziellen Wählern in der schwarzen Mittelschicht nahm.

Jene schwarzen Fachkräfte, die unzufrieden waren mit dem ANC, enttäuscht von COPE und misstrauisch gegenüber der DA, tendierten zu UDM und EFF. Sie erklärten ihre Unterstützung für diese Parteien mit dem Argument, sie wollten zwar weiter den ANC am Ruder sehen, aber EFF und UDM seien notwendig, um die Macht des ANC zu begrenzen: „Ich wähle zwar die EFF, aber ich möchte nicht, dass sie regiert. Ich wünsche mir eine starke schwarze Oppositionspartei.“ Die EFF erhielt eine gewisse Unterstützung durch schwarze Fachkräfte, die sich gleichzeitig einig waren, dass die Partei ebenfalls kontrolliert werden müsse. Southall merkt an, dass die revolutionäre Fähigkeit der schwarzen Mittelschicht in der Apartheid-Ära immer in Abhängigkeit vom Potenzial der Arbeiterklasse oder der Armen gesehen werde.²⁴ Im Gegensatz dazu zeigt die Hinwendung der schwarzen Mittelschicht zu anderen politischen Parteien als dem ANC, dass diese Gruppe dabei ist, sich zu einem unabhängigen politischen Akteur zu entwickeln. Zudem zeigt die Suche dieser Bevölkerungsgruppe

24 | Vgl. Roger Southall, „The African Middle Class in South Africa 1910-1994: A Preliminary Overview“ (Publikation in Vorbereitung).

nach einer politischen Alternative, dass sie – obwohl nur eine Minderheit – zunehmend in der Lage ist, zur demokratischen Konsolidierung in Südafrika beizutragen.

BERUFLICHE IDENTITÄTEN UND AMBIVALENZ GEGENÜBER DEM ANC

Southall hat argumentiert, dass Nähe oder Distanz zum Staat ein entscheidender Faktor für die Bestimmung politischer Haltungen oder der Beziehung zu Parteien ist.²⁵ Eine Variante dieses Arguments wäre, dass schwarze Manager und Fachkräfte, die eng mit dem Staat zusammenarbeiten, zu einer Unterstützung des ANC tendierten. Aufgrund der Interviewdaten wird allerdings die Stichhaltigkeit dieses Arguments durch die Tatsache untergraben, dass schwarze Führungskräfte zunehmend verärgert sind angesichts der übertriebenen Art, wie ANC-Kader das Arbeitsumfeld politisieren.



Bonus der Geschichte: Die Geschichte des ANC als Partei, die den Befreiungskampf erfolgreich führte, erweist sich als einer der Hauptgründe für den andauernden Rückhalt auch in der schwarzen Mittelschicht. | Quelle: Romério Cunha, flickr ©📷.

Die berufliche Identität beginnt die parteipolitische Zugehörigkeit nachhaltig zu beeinflussen, was zu mehr Ambivalenz gegenüber dem ANC führt. Dies gilt vor allem für die Wirtschaftsprüfer, die als leitende Finanzbeamte in Kommunalverwaltungen auf lokaler und Distriktebene tätig sind. Die Hauptaufgaben der leitenden Finanzbeamten sind

25 | Vgl. Southall, Fn. 20.

die Verwaltung und Kontrolle der Kommunalfinanzen. In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, dass Kommunalverwaltungen, vor allem solche, die vom ANC regiert werden, eine höhere Anzahl schwarzer Beschäftigter auf allen Ebenen haben. Die befragten leitenden Finanzbeamten erklärten, sie müssten eine Balance finden zwischen der „korrekten technischen Fachkenntnis“ der kommunalen Finanzverwaltung einerseits und der Politisierung der Kommunalverwaltung andererseits. Der folgende Auszug aus einem Interview illustriert dies:

„Du bist bei einer Versammlung und hörst, wie der Bürgermeister sagt: ‚In zwei Monaten werden wir hier eine Brücke für euch bauen‘. Und du weißt, dafür ist kein Geld da. Der Bürgermeister spricht vor der örtlichen Bevölkerung, und Kinder ertrinken, wenn sie den Fluss auf dem Weg zur Schule überqueren. Du hörst zu und wenn du ins Büro zurückkommst, musst du dieses Geld aufreiben, Prioritäten neu ordnen und das Geld für den Brückenbau finden.“

Dieser Fall zeigt das Problem des Abwägens unterschiedlicher Prioritäten in einer schwierigen Situation. Kommunalverwaltungen müssen Steuereinnahmen erzielen, um Dienstleistungen für ihre Gemeinden erbringen zu können. Zugleich müssen die Bürger Vertrauen zu ihren Kommunalverwaltungen und deren Führung haben, damit sie Kommunalsteuern zahlen zu können.

Ein leitender Finanzbeamter erklärte, wie Beschäftigte von Kommunalbehörden sich in seiner Abteilung politisch organisierten: „Sie betreiben Lobbyarbeit nach innen und außen. Sie betreiben Lobbyarbeit. Sie beeinflussen leitende Beamte, leitende kommunale Angestellte und Ratsmitglieder, sie betreiben Lobbyarbeit beim Regionalbüro des ANC. Wenn der Vorschlag bei mir ankommt, ist schon alles geregelt, sie haben die Zustimmung von all diesen Seiten und ich muss es umsetzen, ich muss es absegnen.“ Diese Praxis und die Einmischung von Politikern beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltung und enden häufig in eingeschränkten Prüfbeanstandungen. Leitende Finanzbeamte erklärten, sie würden durch eine derartige Politisierung in ihrer Arbeit behindert, obwohl

Die Praxis und die Einmischung von Politikern des ANC beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltung.

Regierungsstrukturen und Vorschriften vorhanden seien. Darüber hinaus würde die Leistungsfähigkeit der Finanzverwaltung durch persönliches Fehlverhalten gefährdet, wenn Einzelne Kontrollen umgingen, um sich persönlich zu bereichern. Die politische Führungsebene der Kommunalverwaltungen wurde ebenso als problematisch beschrieben, weil Politiker „nicht wirklich meinen, was sie sagen, sie führen nicht durch beispielhaftes Verhalten. Wir müssen unsere Arbeitsweise ändern.“

Für die leitenden Finanzbeamten stellen „Integrität, Ehrlichkeit, Pünktlichkeit, Würde“ in Verbindung mit „korrekter technischer Fachkenntnis“ Formen von Professionalität dar. Diese Eigenschaften wurden jedoch konterkariert durch eine Kultur, die zu 50 Prozent professionell und zu 50 Prozent unprofessionell ist. Leitende Finanz-

Leitende Finanzbeamte kritisieren ANCKader dahingehend, dass diese sich als politische Aktivisten verstehen und weniger als Fachkräfte.

beamte führten den Mangel an Professionalität auf ANCKader zurück, die in hohem Maße gewerkschaftlich organisiert sind und die sich selbst eher als politische Aktivisten verstehen und weniger als Fachkräfte. Diese Kader wurden als eigennützig und korruptionsanfällig betrachtet.²⁶ Man warf ihnen vor, „einfach ihr Gehalt einzustreichen“ und „unantastbar zu sein“. Aus der Studie ergab sich, dass die berufliche Identität der leitenden Finanzbeamten stärker ausgeprägt war als ihre politische Identität.²⁷ Daraus resultierte ein Spannungsverhältnis zwischen politischen Vorgaben und professionellen Standards ordnungsgemäßer Buchführung. Die leitenden Finanzbeamten erklärten, sie hätten ihre beruflichen Qualifikationen nicht erworben, um Politiker zu werden. Aber sie sprachen darüber, wie sie ihre berufliche Identität handhaben, wenn diese durch falsche Politik in der Kommunalverwaltung bedroht sei. Ein leitender Finanzbeamter beschrieb seine Situation folgendermaßen: „Ich bin ein stiller Politiker, aber ich sage den Beratern meine Meinung. Ich lasse ihnen nichts durchgehen. Ich bin

26 | Ein leitender Finanzbeamter erklärte: „Ich denke, wir brauchen wirtschaftliche Freiheit. Aber das wird nicht passieren. Die Leute sind auf persönlichen Gewinn aus als Kader, sie möchten nur vom System profitieren.“

27 | Eine Fachkraft drückte es so aus: „Ich bin Akademiker. Rechnungslegung verträgt sich nicht mit Politik. Ich bin ein Mitglied von SAICA (South African Institute Chartered Accountants), und ich halte mich an die allgemein anerkannten Grundsätze ordnungsgemäßer Rechnungslegung. Ich kann nicht zwei Herren dienen.“

kein politischer Mensch, aber ich kümmere mich darum [Politik]. Ich muss verstehen, was politisch ist. Ich bin nie ein Politiker gewesen und werde nie einer sein.“

Die leitenden Finanzbeamten sind inzwischen verärgert über die politische Einmischung der ANC-Kader am Arbeitsplatz. Sie argumentieren, dass diese Einmischung das Erbringen von Dienstleistungen durch die Kommunalbehörden erschwert. Dies hat zwei Folgen für das parteipolitische Verhalten der leitenden Finanzbeamten. Manche haben dem ANC ihre Unterstützung entzogen und unterstützen jetzt EFF, während sich andere persönlich ambivalent gegenüber dem ANC verhielten. Sie hatten kein Interesse an einer anderen Partei und wahrten Stillschweigen über ihre Meinung. „Dieser widersprüchliche Impuls ist am offensichtlichsten bei jenen Südafrikanern, die sich vom African National Congress verraten sahen und sich zugleich ihm gegenüber zu Dank verpflichtet fühlten.“²⁸ Dementsprechend ist die fortdauernde Stimmabgabe der schwarzen Fachkräfte für den ANC ein widerwilliges Votum. Dies öffnet einen neuen Blick auf das Verständnis dafür, wie sich politische Haltungen herausbilden und wie sie zur Unterstützung für eine politische Partei führen. Das deutet ferner darauf hin, dass die Nähe zur Partei oder zum Staat die Unterstützung der schwarzen Fachkräfte für den ANC untergraben kann.

SCHLUSSFOLGERUNG

Die hier vorgestellte Argumentation geht über bekannte Erklärungsansätze hinaus, die sich auf die zahlreichen und aufsehenerregenden Skandale beziehen, in die die Regierungspartei und deren Führung verwickelt sind. Stattdessen wird aufgezeigt, dass die schwindende Unterstützung der Mittelschicht für den ANC einer weitaus grundlegenden sozio-politischen Entwicklung entspricht, die eine Positionsänderung sowohl der Mittelschicht als auch der Partei widerspiegelt. Festzuhalten bleibt, dass die schwarze Mittelschicht mit Blick auf ihre soziale Stellung innerhalb der südafrikanischen Gesellschaft selbstbewusster geworden ist. In der Konsequenz wird dadurch eine kritische

28 | Msimang Sisonke, „Requiem for a dream: On loving and leaving the ANC, South Africa“, *Daily Maverick*, 20.03.2014, <http://dailymaverick.co.za/opinionista/2014-03-19-requiem-for-a-dream-on-loving-and-leaving-the-anc> [22.09.2014].

Bewertung des politischen Umfelds möglich. In immer größerem Umfang kann die schwarze Mittelschicht damit zu einer Festigung der Demokratie beitragen.

Insgesamt orientiert sich die schwarze Mittelschicht weiterhin am ANC. Aber die Unbedingtheit der Parteinahme hat in dieser Bevölkerungsgruppe abgenommen, politisch Andersdenkende bewegen sich in unterschiedliche politische Richtungen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Ober- und die Mittelschicht in Südafrika ethnisch gemischer werden. An diesem Prozess hat zwar ganz entschieden die Politik des ANC ihren Anteil. Gleichwohl reichen die Ursachen zurück bis in die ökonomischen und politischen Entwicklungen vor 1994. Jedoch sind nach wie vor ethnisch determinierte Muster von Macht und Privilegien zu erkennen, die unter der Apartheid durchgesetzt wurden. Gleichzeitig haben die anschließenden Versuche des ANC einer Wiedergutmachung nach Rassekriterien diese Muster verfestigt. Dies zeigt, dass „Rasse“ immer noch ein wichtiger Faktor bei der Formierung von „Schichten“ ist. Daher ist es auch heute noch sinnvoll ist, die Interessen der jeweiligen Bevölkerungsschichten entlang der ethnischen Sollbruchlinien der südafrikanischen Geschichte nachzuzeichnen.

Die schwarze Mittelschicht stellt das Zentrum der politischen Klasse in Südafrika dar. Je mehr ihre Angehörigen sich in unterschiedliche politische Richtungen bewegen, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich die politische Elite uneinig zeigen wird. Das eröffnet die Chance für eine größere politische Vielfalt, wodurch die Demokratie weiter gefestigt werden kann. Eine starke und gut entwickelte berufliche Identität hat das Potenzial, die ethnisch determinierte Spaltung der Parteibindungen zu vernachlässigen oder aufzuheben. Berufliche Identitäten führen so zu anderen und unerwarteten Wechselbeziehungen zwischen Ethnie und Schicht. Die Konsolidierung dieser Identitäten könnte der wichtigste Einflussfaktor für mehr Pluralismus werden. Kurz gesagt, die Wahl von 2014 war ein Moment, in dem die Loyalität der schwarzen Mittelschicht dem ANC gegenüber auf die Probe gestellt wurde wie nie zuvor.

Für ihre wertvolle Unterstützung danke ich meinen Mentoren Roger Southall und Loren Landau.

REGIERUNGSWECHSEL IM GRÖSSTEN MUSLIMISCHEN LAND

**JOKO WIDODO WIRD SIEBTER STAATSPRÄSIDENT
INDONESIENS**

Jan Woischnik

Nach dem Ende der Suharto-Ära 1998 fanden im nach Bevölkerungszahl viertgrößten Land der Welt am 9. Juli 2014 die dritten direkten Präsidentschaftswahlen statt. Mehr als 190 Millionen Wählerinnen und Wähler waren aufgerufen, über die Nachfolge des scheidenden Staatspräsidenten Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) abzustimmen, der nach zwei Amtszeiten nicht mehr kandidieren durfte. In Indonesien ist der Präsident zugleich Regierungschef und Staatsoberhaupt. Am 22. Juli gab die für die Durchführung der Wahlen zuständige Behörde KPU (Wahlkommission) das amtliche Endergebnis bekannt: Joko Widodo („Jokowi“), bisher Gouverneur der Hauptstadt Jakarta, und sein Vize Jusuf Kalla erhielten 53,15 Prozent der Stimmen. Damit gewannen sie die Wahlen klar und deutlich. Hingegen erzielte das rivalisierende Tandem aus Ex-General Prabowo Subianto und Vize Hatta Rajasa 46,85 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 71 Prozent. Das Ergebnis ist eine Bestätigung der vorangegangenen Parlamentswahlen vom 9. April 2014, die Jokowi's Partei, die bisherige Oppositionspartei PDI-P, mit einem Stimmenanteil von 18,95 Prozent gewonnen hatte. Zur Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten waren allerdings mindestens ein Viertel der Stimmen notwendig, sodass auf allen Seiten Koalitionsgespräche geführt werden mussten.

Trotz des klaren Vorsprungs von 6,3 Prozent der Stimmen, was rund 8,4 Millionen Wählern entspricht, hat sich Prabowo bislang geweigert, seine Niederlage anzuerkennen und Jokowi zu gratulieren. Er bat am Wahltag zunächst darum, die Verkündung des Endergebnisses am 22. Juli abzuwarten.



Dr. Jan Woischnik leitet das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Indonesien.

Staatspräsident SBY rief parallel dazu beide Lager auf, vor der Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses öffentliche Siegesfeiern zu unterlassen. Dieser Bitte kamen beide Seiten nur bedingt nach. Doch auch nach der amtlichen Bestätigung der Resultate sah sich Prabowo nicht in der Lage, dem Wahlsieger zu gratulieren. Unter Berufung auf unseriöse und völlig unbekannte Umfrageinstitute behauptete er vielmehr, er selbst habe die Wahlen gewonnen. Da die KPU „andere“ Zahlen veröffentlicht habe, sei von „Wahlfälschung“ auszugehen und „er trete deshalb vom Wahlprozess zurück“ – was auch immer dies bedeuten mag. Am 25. Juli reichte Prabowo, vertreten durch ein 95 Anwälte umfassendes Team, eine Wahlklage vor dem indonesischen Verfassungsgericht ein, begleitet von mehreren Tausend Seiten Beweismaterial und – zum Teil offenbar manipulierten – Zeugenaussagen.



Joko Widodo, „Jokowi“, der bisherige Gouverneur der Hauptstadt Jakarta, ist neues Staatsoberhaupt in Indonesien. Er gilt als volknahe und unbestechlich. Besonders bei jungen Wählern ist er sehr beliebt. | Quelle: Øystein Solvang, NHD-INFO, flickr ©©.

Am 21. August verkündete das Verfassungsgericht einstimmig seine rechtskräftige Entscheidung. Damit war Prabowos Klage abgewiesen, pikanterweise auf den Tag genau 16 Jahre, nachdem der Ex-General unehrenhaft aus dem Militär entlassen worden war. Die Stimmung in Jakarta war angespannt und nervös. Viele befürchteten Ausschreitungen und Chaos wie 1998, als das Suharto-Regime von Demokratieaktivisten gestürzt wurde. Schon zu Beginn der Gerichtsverhandlung am 6. August hatten Prabowo-Anhänger

vor dem Gerichtsgebäude demonstriert, Reifen verbrannt und sich gewaltbereit gezeigt. Über einen Anwalt ließ Prabowo verlauten, man könne für eventuelle Übergriffe enttäuschter Prabowo-Anhänger „keine Verantwortung übernehmen“. Irgendwie müssten diese ja Dampf ablassen, und „dürften dies in der Demokratie auch, wo ja alles erlaubt“ sei. Der Vorsitzende des Kreisverbands Jakarta von Prabowos Partei GERINDRA drohte, den Leiter der Wahlkommission zu entführen. Der bekannte Fernsehsender Metro TV, dessen Eigentümer Surya Paloh mit seiner Partei NasDem dem Jokowi-Lager beigetreten war, „gehöre abgefackelt“, hieß es aus Prabowos Umfeld. Gerüchte gingen um, dass auch ausländische bzw. internationale Institutionen wie das renommierte Center for Strategic and International Studies (CSIS) von der aufgebrauchten Menge ins Visier genommen werden könnten. Dementsprechend groß war am 21. August das Sicherheitsaufgebot in Jakarta. Die Nationalpolizei war mit 51.000 Mann auf den Straßen vertreten, das Militär stellte zusätzlich 32.000 Soldaten. Prabowo indes forderte seine Anhänger kein einziges Mal zur Mäßigung auf. Angesichts dieses Verhaltens des Wahlverlierers mag man sich nicht ausmalen, welchen Weg die Demokratie in Indonesien gegangen wäre, hätte er die Präsidentschaftswahlen gewonnen.

ZEITENWENDE IN INDONESIA

Angesichts der Bestätigung des Wahlergebnisses durch das Verfassungsgericht wird Jokowi am 20. Oktober 2014 sein Amt aufnehmen. Der neue Präsident, dessen Vier-Parteien-Koalition im Nationalparlament auf Unterstützung anderer Parteien angewiesen sein wird, steht für eine protektionistische Wirtschaftspolitik, Korruptionsbekämpfung, Reformen im Bereich Rechtsstaat und Bürokratie sowie die Forderung nach einer geistig-moralischen Wende. Jokowi's Sieg ist jedoch vor allem als eine Zustimmung zu seiner Person und weniger zu der hinter ihm stehenden Parteienkoalition oder gar deren Programmatik zu werten. Zur Wahl standen zwei völlig unterschiedliche Charaktere: zum einen der als impulsiv und cholerisch geltende sowie der Menschenrechtsverbrechen bezichtigte Ex-Militär Prabowo Subianto, zum anderen der integre und volksnah auftretende Senkrechtstarter Jokowi.

Jokowis Sieg ist vor allem als eine Zustimmung zu seiner Person und weniger zu der hinter ihm stehenden Parteienkoalition oder gar deren Programmatik zu werten.

Letzterer hat keine Militärvergangenheit, gehört auch keiner der typischen Politikdynastien an und ist damit gleichsam der Antityp der indonesischen Politik. Deshalb kann durchaus von einer Zeitenwende gesprochen werden: Zum ersten Mal wird ein Mann das Land führen, der nicht der Oligarchie entstammt, sondern sich aus eigener Kraft im Rahmen des demokratischen Systems nach oben gearbeitet hat. Diese Tatsache wird auch in den anderen Ländern der Region Beachtung finden.



Logistische Meisterleistung: Die Parlamentswahlen wurden auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene durchgeführt. Insgesamt traten mehr als 19.000 Kandidaten an. | Quelle: Sarah Tzinieris, flickr ©.

Mit den Wahlen hat Indonesien seine bereits 16 Jahre währende demokratische Erfolgsgeschichte fortgeschrieben, auch wenn der Wahlprozess dank Prabowo etwas holpriger verlief als gewohnt. Auch darüber hinaus ist dieses Mal vieles anders gewesen, zu lange hatte es in Politik und Gesellschaft gebrodelt: Der Sieg Joko Widodos ist mehr als eine turnusgemäße Ablösung des scheidenden Susilo Bambang Yudhoyono, der das regional wie international aufstrebende G20-Land in den letzten zehn Jahren vor allem wirtschaftlich vorangebracht hat. Vielmehr ist der 53-jährige Jokowi und sein Aufstieg Ausdruck des großen Verlangens nach einer rundum erneuerten politischen Kultur fernab von Korruption, Patronage, Nepotismus, Willkür und Machtmissbrauch. Es bleibt abzuwarten, ob sich die mit seinem Sieg

verbundenen Hoffnungen vieler Indonesier auf einen tief greifenden politischen und gesellschaftlichen Wandel sowie die Lösung sozioökonomischer Probleme ihres Landes erfüllen. Jokowi fehlende Machtbasis in Regierungspartei und Nationalparlament, unausgereifte Politikentwürfe und die chronisch ineffiziente Bürokratie stellen die größten Herausforderungen dar.

TREND DER PARLAMENTSWAHLEN BESTÄTIGT

Jokowis als links-liberal und gleichzeitig nationalistisch geltende Partei war bislang in der Opposition und hatte bereits die Parlamentswahlen gewonnen. Im Gegensatz zur vorangegangenen Wahl 2009 konnte sich die Partei von Megawati Sukarnoputri, Tochter des ehemaligen Präsidenten und Staatsgründers Sukarno, um mehr als fünf Prozentpunkte auf 18,95 Prozent steigern und ist damit neue stärkste Kraft im Nationalparlament. Dort finden sich wie in der Vergangenheit traditionell viele Parteien, diesmal schafften zehn von ihnen den Sprung über die 3,5-Prozent-Hürde. Prabowoos Partei, die nationalistische GERINDRA, wurde erst 2008 gegründet und landete im April auf dem dritten Platz. Sie kam auf fast zwölf Prozent der Wählerstimmen und verbesserte damit ihr Ergebnis gegenüber 2009 (4,46 Prozent) um über sieben Prozentpunkte.

Dass die Parlamentswahlen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene ohne nennenswerte Probleme verliefen, darf als Erfolg für die Organisatoren der Wahl und die Wähler gelten. Stimmzettel, Unterlagen und Wahlurnen rechtzeitig in alle Winkel des riesigen Archipels – mehr als 6.000 der 17.000 indonesischen Inseln sind bewohnt – zu befördern war eine logistische Meisterleistung. Dabei fanden gleichzeitig Lokal- und Provinzwahlen statt. Insgesamt wurden in 545.000 Wahlstationen, also 523 Volksvertretungen, auf den unterschiedlichsten Ebenen gewählt. Dafür angetreten waren mehr als 19.000 Kandidaten. Die dafür erforderlichen 750 Millionen Stimmzettel in 2.450 verschiedenen Formaten wurden von mehr als vier Millionen Wahlhelfern betreut.

Insgesamt wurden in 545.000 Wahlstationen 523 Volksvertretungen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene gewählt. Dafür angetreten waren mehr als 19.000 Kandidaten.

Tabelle 1

**Ergebnisse der Parlamentswahlen in Indonesien,
1999 bis 2014 (in Prozent)**

		2014	2009	2004	1999
Nationalistischer Block	PDI-P	18,95	14,03	18,53	33,74
	GOLKAR	14,75	14,45	21,58	22,44
	GERINDRA	11,81	4,46	—	—
	PD	10,19	20,85	7,45	—
	NasDem	6,72	—	—	—
	HANURA	5,26	3,77	—	—
Islamischer Block	PKB	9,04	4,94	10,57	12,61
	PAN	7,59	6,01	6,44	7,12
	PKS	6,79	7,88	7,34	1,36
	PPP	6,53	5,32	8,15	10,71

PDI-P	Partai Demokrasi Indonesia Perjuangan (Kämpferische Demokratische Partei Indonesiens)
GOLKAR	Partai Golongan Karya (Partei funktioneller Gruppen)
GERINDRA	Partai Gerakan Indonesia Raya (Partei der Bewegung Großes Indonesien)
PD	Partai Demokrat
NasDem	Partai Nasional Demokrat
HANURA	Partai Hati Nurani Rakyat (Partei des Volksbewusstseins)
PKB	Partai Kebangkitan Bangsa (Nationale Erweckungspartei)
PAN	Partai Amanat Nasional (Nationale Mandatspartei)
PKS	Partai Keadilan Sejahtera (Gerechtigkeits- und Wohlfahrtspartei)
PPP	Partai Persatuan Pembangunan (Vereinigte Entwicklungspartei)

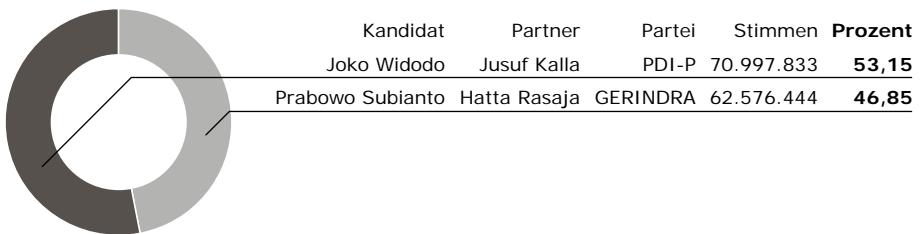
Quellen: Iggried Diwi Wedhaswary, „PDI-P Pemenang Pemilu Legislatif 2014“, 10.05.2014, Kompas, <http://nasional.kompas.com/read/2014/05/10/0014480/PDI-P> [07.10.2014]; General Election Commission, „BAB II. HASIL PEMILU 2009 (DPR-RI)“, http://kpu.go.id/dmdocuments/angka_26_30.pdf [07.10.2014]; People's Representative Council, <http://dpr.go.id/id/tentang-dpr/fraksi> [07.10.2014]; Aris Ananta, Evi Nurvidya Arifin und Leo Suryadinata, *Emerging Democracy in Indonesia*, Institute of Southeast Asian Studies, Singapur, 2005, 14, 22.



Stimmzettel, Unterlagen und Wahlurnen rechtzeitig in den letzten Winkel des riesigen Archipels zu befördern, war eine große Herausforderung. In unwegsamem Gebieten mussten Lasttiere eingesetzt werden, um die Stimmzettel zur Auszählung zu bringen. | Quelle: © Seno, ANTARA.

Abb. 1

Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 9. Juli 2014



Quelle: General Election Commission, http://kpu.go.id/koleksigambar/PPWP_-_Nasional_Rekapitulasi_2014_-_New_-_Final_2014_07_22.pdf [08.10.2014].

ANALYSE DES WAHLSIEGS VON JOKO WIDODO

Traditionell spielen Personen in Indonesiens Politik eine weitaus größere Rolle als Parteien oder deren Programmatik. 2004 gewann Susilo Bambang Yudhoyono vor allem deshalb, weil er sich erfolgreich als Saubermann in einer von Korruptionsaffären gezeichneten politischen Klasse darstellen konnte. Mit der Präsidentschaftswahl 2014 erreichte das personenzentrierte Wahlverhalten eine neue Qualität, da mit Jokowi und Prabowo zwei äußerst unterschiedliche Kandidaten zur Auswahl standen.

Jokowis Vorliebe für Heavy-Metal-Musik und rot-blaue Karohemden machten ihn vor allem bei der jüngeren Bevölkerung sehr beliebt.

Gewonnen haben aus indonesischer Perspektive Ehrlichkeit, Bescheidenheit und Zurückhaltung eines gewöhnlichen Muslims von der Hauptinsel Java. Jokowi's Vorliebe für Heavy-

Metal-Musik und rot-blaue Karohemden machten ihn vor allem bei der jüngeren Bevölkerung sehr beliebt. Seitdem der ehemalige Möbelhändler aus Surakarta 2012 Gouverneur von Jakarta wurde, ging es für ihn steil nach oben, innerhalb weniger Monate stieg er zum Medienliebling der indonesischen Politik auf. Er selbst hatte sich lange Zeit nur vage zu einer möglichen Präsidentschaftskandidatur geäußert und auf die Parteichefin der PDI-P Megawati Sukarnoputri und deren Entscheidungsbefugnis verwiesen. Die Tochter des Staatsgründers Sukarno, die von 2001 bis 2004 selbst Präsidentin war, hatte sich von den hohen Zustimmungswerten Jokowi's in allen Umfragen überzeugen lassen und ernannte diesen kurz vor den Parlamentswahlen zum Spitzenkandidaten ihrer Partei.

Auf der gegnerischen Seite stand Prabowo Subianto, hochrangiger Ex-Militär und einstiger Schwiegersohn des langjährigen Staatschefs Suharto. Prabowo werden im Zusammenhang mit dem Verschwinden von Studenten bei den Unruhen 1998 sowie mit seiner Militärzeit in Ost-Timor Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Am 21. August 1998 wurde er unehrenhaft aus der Armee entlassen. Obwohl seine fragwürdige Vergangenheit im Wahlkampf immer wieder zur Sprache gebracht wurde, tat sie seiner Beliebtheit bei 46 Prozent der Wähler keinen Abbruch. Als ehemaliger General konnte er sich leicht als entscheidungsstarken und durchsetzungsfähigen Führer inszenieren. Faszination übte er auf viele Indonesier auch deshalb aus, weil der bisherige Staatspräsident Yudhoyono in seiner zweiten Amtszeit mit Entscheidungsschwäche und Unentschlossenheit assoziiert wurde. Kritiker werfen ihm vor, dass er zwar die Wirtschaftskraft des Landes – unter seiner Regierung wuchs das BIP um durchschnittlich fünf bis sechs Prozent – vorangebracht, jedoch zentrale politische Reformen und etwa die Durchsetzung gesetzlich garantierter Rechte für religiöse Minderheiten sträflich vernachlässigt habe.

VOR DEM WAHLTAG: FEILSCHEN UM MACHTOPTIONEN, KOALITIONSPARTNER UND DEN POSTEN DES VIZE- PRÄSIDENTEN

Seit 2004 wählt in Indonesien das Volk den Präsidenten und seinen Stellvertreter direkt.

Für eine Kandidatur um das höchste Staatsamt muss die entsprechende Partei eines Bewerbers in den vorausgegangenen Par-

lamentwahlen 20 Prozent der Sitze oder 25 Prozent der Wählerstimmen erhalten haben. Das ist im indonesischen Mehrparteiensystem ohne ausgeklügelte Koalitionsbildung eine kaum überwindbare Hürde. Zudem lassen sich die Parteien nur schwerlich in einem Rechts-Links-Schema verorten. Stattdessen sind sie in der Regel entweder national oder religiös ausgerichtet, üblich ist die Unterteilung in einen nationalistischen Block auf der einen und einen islamischen Block auf der anderen Seite, wobei auch hier die Unterschiede immer kleiner werden. Ohnehin weisen die wenigsten Parteien eine klare programmatische Ausrichtung auf oder lassen sich eindeutig einer Ideologie zuordnen. Daher ist die Popularität der Kandidaten wahlentscheidend und weniger sind es die inhaltlichen Positionen der Parteien.

Für eine Kandidatur um das höchste Staatsamt muss die Partei eines Bewerbers in den letzten Parlamentswahlen 20 Prozent der Sitze oder 25 Prozent der Stimmen erhalten haben.

Entsprechend ergebnisoffen wurden die Koalitionsverhandlungen nach dem Ausgang der Parlamentswahlen geführt. Bereits wenige Tage nach diesen verkündete der Medienmogul Surya Paloh, Jokowi's Präsidentschaftskandidatur zu unterstützen. Palohs Partei NasDem konnte einen Stimmenanteil von 6,8 Prozent einfahren. Somit war Jokowi's Nominierung bereits zu diesem frühen Zeitpunkt verfassungsrechtlich abgesichert. In den folgenden Wochen erklärten zudem die gemäßigte islamische PKB sowie HANURA, eine von Ex-Militärchef Wiranto geführte Partei, ihre Unterstützung für Jokowi.

Indonesiens politische Kultur ist traditionell stark von Aushandlungsprozessen und machtpolitisch motivierten Zugeständnissen gekennzeichnet. Umso bemerkenswerter war es, dass weder NasDem noch PKB oder HANURA von Jokowi eine offensichtliche Gegenleistung wie beispielsweise das Amt des Vize-Präsidenten für ihre Unterstützung verlangten. Dieser Posten ging schließlich an Jusuf Kalla. Der

Unternehmer, Politik-Veteran und ehemalige Vorsitzende der Partei GOLKAR genießt im Volk großes Ansehen und hat einst entscheidend zu den erfolgreichen Friedensverhandlungen in der nun semi-autonomen Provinz Aceh im Westen des Landes beigetragen. Er ist Vorsitzender des indonesischen Roten Kreuzes und sozial sehr engagiert. Zudem verfügt er in seiner Heimatprovinz Sulawesi sowie auf Java über beachtlichen politischen Rückhalt. Darüber hinaus hatte er als Vize-Präsident von SBY in dessen erster Amtszeit von 2004 bis 2009 bewiesen, dass er ein durchsetzungsstarker Politstrategen ist. Denn obwohl mittlerweile auch die Parteien HANURA und PKB ihre Unterstützung für Jokowi erklärt hatten, war klar, dass die Koalition um Jokowi insgesamt nur 207 von 560 Sitzen und damit lediglich rund 40 Prozent der Abgeordneten im Nationalparlament umfassen würde.



Angesehener Vize-Präsident: Der Unternehmer und Politik-Veteran Jusuf Kalla genießt im Volk großes Ansehen und ist sozial engagiert. Er soll die Unerfahrenheit von Präsident Jokowi auf nationaler Ebene ausgleichen. | Quelle: Sebastian Müller, flickr ©©©.

Für Kalla sprach deshalb auch, dass er in Erwartung eines mehrheitlich oppositionellen Nationalparlaments über die nötigen Verhandlungs- und Überzeugungsqualitäten verfügt, um für die Politik einer möglichen Jokowi-Regierung die entsprechenden Mehrheiten zu schaffen. Genau diese Eigenschaften waren es, die manche innerhalb der PDI-P allerdings an Kallas Eignung als Jokowi's Vize zweifeln ließen. Ob sich ihre Befürchtungen als richtig herausstellen,

er könnte aufgrund seines Erfahrungsschatzes, seines persönlichen Charismas und der parteiübergreifenden Beliebtheit gleichsam zum eigentlichen Präsidenten avancieren, bleibt abzuwarten. Auf den ersten Blick erscheint Kalla als geschickte Wahl, da er die strukturellen Defizite des auf nationaler Ebene unerfahrenen Jokowi kompensieren kann.

Prabowo hingegen hatte bereits Anfang Mai eine Koalition mit den islamischen Parteien PPP, PKS und PAN angekündigt, obwohl er und seine Partei GERINDRA

in der Vergangenheit als besonders nationalistisch aufgefallen waren. Im indonesischen Parteienspektrum sind die Grenzen zwischen eher nationalistischen und religiösen Parteien

in den letzten Jahren zusehends verschwommen.

Hinzu kommt, dass ideologische und programmatische Überzeugungen immer schwächer werden, je näher der Griff nach politischer Macht rückt. Damit sicherten ihm drei der vier Parteien des islamischen Blocks, die bereits unter Yudhoyono Teil der Regierungskoalition waren, ihre Unterstützung zu. Allerdings verliefen auch diese Koalitionsverhandlungen nicht widerspruchsfrei: Während der damalige Vorsitzende der PPP, Suryadharma Ali, beispielsweise von Anfang an für eine Koalition seiner Partei mit Prabowo plädierte, äußerte die Parteibasis lange Zeit Sympathien für Jokowi. Ob nach dessen Amtsantritt die PPP doch noch in sein Lager überwechseln würde, war bis zuletzt offen.

Im indonesischen Parteienspektrum werden ideologische und programmatische Überzeugungen schwächer, je näher der Griff nach politischer Macht rückt.

Auch Prabowo holte sich einen auf nationaler Ebene äußerst erfahrenen Politiker als Vize-Präsidentschaftskandidaten an die Seite. Hatta Rajasa, zuletzt koordinierender Minister für Wirtschaft und damit eine der Schlüsselpersonen in Yudhoyonos Kabinett, ist Vorsitzender der gemäßigt islamischen Partei PAN und blickt auf 13 Jahre Regierungsverantwortung in unterschiedlichen Positionen zurück. Er gilt als dezidierter Wirtschaftsfachmann und stellte dies unter Beweis, als er die von Prabowo im Wahlkampf propagierte Verstaatlichung des Bergbausektors kommentierte und darauf hinwies, dass es sich um langfristige Verträge mit internationalen Kooperationspartnern und Firmen handle, deren Aufkündigung für Indonesien gerichtliche Folgen haben könnte.

„HORSE TRADING“ VOR DER WAHL

Dass am Ende nur zwei Kandidatenduos zur Wahl stehen würden, war keineswegs von vornherein klar. GOLKAR, die ehemalige Staatspartei Suhartos und zentrale Säule seiner autoritären Herrschaft, ging aus den Parlamentswahlen im April mit fast 15 Prozent als zweitstärkste Kraft hervor. Entsprechend machtbewusst trat Parteichef Aburizal Bakrie, einer der reichsten Männer des Landes, auf. Allerdings waren seine Zustimmungswerte nie besonders hoch, parteiintern und in der Öffentlichkeit ist der ehemalige Minister umstritten. Bakrie hatte sich anfangs an die Regierungspartei Partai Demokrat (PD) gewandt und versucht, den PD-Politiker Pramono Eddie Wibowo als Vize zu gewinnen, um selbst als Präsident antreten zu können. Als ihm die PD eine Absage erteilte und sich – zumindest vorläufig – für Neutralität entschied, war klar, dass GOLKAR erstmals in der Geschichte keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufstellen würde. Anschließend ging Bakrie auf die PDI-P zu und bot sich als Vize-Präsident für Jokowi an. Allerdings berichten Beobachter, er habe als Gegenleistung für seine Unterstützung zu viele politische und personelle Zugeständnisse von Parteichefin Megawati gefordert, sodass diese ihn nicht in ihre Koalitionsüberlegungen einbeziehen wollte.

Letztendlich war Bakrie bei GERINDRA erfolgreich. Prabowo versprach ihm im Falle eines Wahlsieges ein *Menteri Utama*, eine Art koordinierendes Ministeramt. Dies war insofern von Bedeutung, als Prabowo's Koalition mit Unterstützung Bakries und GOLKAR auf nominell

Einige prominente GOLKAR-Politiker nahmen von ihrem Vorsitzenden und dessen Unterstützung für Prabowo Abstand und machten sich stattdessen für Jokowi stark.

49 Prozent der Parlamentssitze und damit die parlamentarische Mehrheit kommen würde. Bakries Suche nach Koalitionspartnern war aber selbst für die parteipolitisch traditionell flexiblen GOLKAR-Mitglieder zu viel. Es folgten innerparteiliche Auseinandersetzungen, die darin gipfelten, dass einige prominente GOLKAR-Politiker von ihrem Vorsitzenden und dessen Unterstützung für Prabowo Abstand nahmen und sich für Jokowi stark machten. Als Jusuf Kalla, ehemaliger GOLKAR-Vorsitzender und noch immer eine Ikone der Partei, als Jokowi's Vize feststand, war der interne Bruch vollzogen. Bis zuletzt wurde darüber diskutiert, ob GOLKAR nach Jokowi's Amtsantritt nicht ebenfalls in sein Lager

wechseln könnte. Anfang 2015 soll nun ein Sonderpartei-tag abgehalten werden, auf dem Bakrie als Parteivorsitzender abgesetzt werden könnte. Dann bestünde die Möglichkeit eines Übertritts von GOLKAR ins Jokowi-Lager.

Eine besondere Rolle spielte auch die bisherige rechtsliberale und nationalistische Regierungspartei PD. Die von Yudhoyono gegründete Partei stellte seit 2004 die Regierung und verbuchte nach einer erfolgreichen ersten Legislaturperiode bei den Wahlen 2009 einen Erdrutschsieg. Fünf Jahre später war sie allerdings aufgrund massiver Korruptionsskandale im engsten Umfeld Yudhoyonos die große Verliererin der Wahlen und rutschte auf knapp zehn Prozent ab. Yudhoyono entschied sich trotz eines aufwendig inszenierten, internen Parteikonvents zur Kür eines Spitzenkandidaten angesichts niedriger Zustimmungswerte gegen einen eigenen Präsidentschaftskandidaten. Auch wollte er sich bis zuletzt nicht für die Unterstützung eines der beiden Lager aussprechen, sodass sich die PD bis kurz vor dem Wahltag für keines der beiden Lager einsetzte. Dann sagte sie in letzter Sekunde dem Prabowo-Lager ihre Unterstützung zu, allerdings ohne eine eigene Äußerung SBYs in diese Richtung. Ob die PD nach der Wahlniederlage Prabowos im alltäglichen Parlamentsbetrieb in der Opposition verharren wird, lässt sich noch nicht absehen. Ihre 61 Abgeordneten könnten dem künftigen Regierungschef Jokowi wertvolle parlamentarische Unterstützung geben. Dagegen sprächen lediglich die engen persönlichen Bande ins Prabowo-Lager, denn einer der Söhne Yudhoyonos ist mit der Tochter von Vize-Präsidentschaftskandidat Hatta Rajasa verheiratet.

DER FAKTOR ISLAM IM WAHLKAMPF

Indonesien ist das größte muslimische Land der Welt, 88 Prozent der rund 250 Millionen Einwohner bekennen sich zum Islam. Obwohl das Land keine islamische Staatsform besitzt, spielen die muslimische Religion, deren

Wert- und Moralvorstellungen sowie einzelne Rechtsvorschriften beispielsweise in Form von *bylaws* auf regionaler Ebene in der Politik eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Seit der *reformasi* genannten demokratischen Transition von 1998 und der Gründung zahlreicher Parteien fungieren

In Indonesien spielen die muslimische Religion, deren Wert- und Moralvorstellungen sowie einzelne Rechtsvorschriften in der Politik eine nicht zu vernachlässigende Rolle.

zudem islamische Parteien in vielen Wahlen als Zünglein an der ausgefeilten indonesischen Koalitionswaage. Auch im Wahlkampf 2014 versuchten beide Spitzenkandidaten, sich die Unterstützung der verschiedenen Parteien des islamischen Blocks wie PKS, PPP, PAN und PKB zu sichern.

Noch stärker wirkt der Faktor Islam allerdings in der Gesellschaft selbst, gerade in West-Java, dem bevölkerungsreichsten und oftmals wahlentscheidenden Landesteil. Dementsprechend groß waren die Anstrengungen der Spitzenkandidaten, die jeweilige Zustimmung der konservativen muslimischen Wählerschichten zu erhöhen. Jokowi, der immer wieder als *abangan*, d.h. als nicht-strenggläubiger Muslim bezeichnet wird, traf sich bereits kurz nach den Parlamentswahlen mit Funktionären der Nahdatul Ulama (NU), der mit 40 Millionen Mitgliedern größten muslimischen Massenorganisation des Landes. Die Gespräche schienen sich wenig später bereits auszuzahlen, als die gemäßigte muslimische Partei PKB, die der NU nahesteht, ihre Unterstützung für Jokowi erklärte. Auch die Entscheidung für Jusuf Kalla als Vize dürfte nicht zuletzt vor dem Hintergrund des gewünschten Zugehens auf religiöse Wähler gefällt worden sein. Kalla ist in mehreren islamischen Verbänden engagiert und unter anderem Vorsitzender der indonesischen Moscheenvereinigung, er genießt vor allem bei gläubigen Muslimen auf dem Land hohe Wertschätzung.

Prabowo versuchte muslimische Wählerstimmen zu gewinnen, indem er die muslimischen Parteien PAN, PPP und PKS ins Boot holte.

Prabowo hatte ebenfalls die Mitglieder der muslimischen Massenorganisation NU im Blick, als er Mahfud MD, der lange Zeit als eigener Präsidentschaftskandidat der PKB bzw. Jokowi's Vize gehandelt wurde, zum Wahlkampfmanager ernannte. Als ehemaliger Vorsitzender des Verfassungsgerichts, Verteidigungsminister und Abgeordneter genießt Mahfud MD bei vielen Muslimen Indonesiens große Wertschätzung. Überdies versuchte Prabowo muslimische Wählerstimmen zu gewinnen, indem er die übrigen muslimischen Parteien PAN, PPP und PKS in sein Koalitionsboot holte. Dabei hinderte ihn nicht, dass er und seine Partei GERINDRA eher für Nationalismus und weniger für religiösen Wertebezug bekannt sind. Wenn es um politischen Einfluss und reale Machtoptionen geht, werden die ohnehin geringen ideologischen und programmatischen Unterschiede der Parteien oftmals zur Makulatur. (Selbst Jokowi,

der sich für eine Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverbrechen des indonesischen Militärs stark gemacht hatte, äußerte keine Einwände, als HANURA, die Partei des ehemaligen Armee-Chefs Wiranto, ihre Unterstützung für den Hoffnungsträger bekanntgab.)




Mit umfangreichen Reformen will Jokowi die soziale Ungleichheit im Land bekämpfen. Unter anderem plant er die Anhebung des Mindestlohns und die Einschränkung von Importen. So könne sich beispielsweise die heimische Lebensmittelindustrie verbessern. | Quelle: Joe Coyle, flickr ©📷📷.

Der gleiche machtpolitische Instinkt erklärt, weshalb sich Prabowo und Hatta im Wahlkampf nicht ausdrücklich von den Hardlinern der Front zur Verteidigung des Islams (Front Pembela Islam, FPI) und anderen gewaltbereiten Gruppen distanzieren. Den teilweise beachtlichen politischen und gesellschaftlichen Einfluss solcher immer wieder gewalttätigen Gruppierungen sollte man nutzen, so das Kalkül. Zwar machten weder Prabowo noch Hatta sich deren fundamentalistische Tendenzen zu eigen, ein Verzicht auf mögliche Wählerstimmen aus diesem Umfeld kam für sie aber auch nicht in Frage.

JOKO WIDODOS PROGRAMM: WIRTSCHAFTLICHER NATIONALISMUS, AUSSENPOLITISCHE KONTINUITÄT UND MENTALE REVOLUTION

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes standen die unterschiedlichen Persönlichkeiten der Präsidentschaftskandidaten. Nur vereinzelt kam es zur (meist oberflächlichen) Diskussion von Sachfragen, hauptsächlich zu den Themen Wirtschaft und Entwicklung. Jokowi, dessen Partei PDI-P als moderat links und zugleich nationalistisch gilt, leugnete nicht, dass er die Wirtschaftspolitik seines Vorgängers Yudhoyono als zu „neoliberal“ einschätzt. Kritiker werfen dem scheidenden Staatschef vor, er habe das Land zwar in den Club der G20-Staaten geführt, gleichzeitig aber die Schere zwischen Arm und Reich erheblich vergrößert. Um die gestiegene soziale Ungleichheit zu bekämpfen, will Jokowi den Mindestlohn anheben.



Nach zwei Amtszeiten durfte Präsident Susilo Bambang Yudhoyono nicht mehr antreten. Er hat Indonesien in die G20 geführt, doch wichtige Reformen ließen auf sich warten. | Quelle: Dita Alangkara, Center for International Forestry (CIFOR), flickr .

Die Abhängigkeit Indonesiens vom Ausland müsse ebenfalls verringert werden; in der Lebensmittel- und Energieversorgung müssten Importe eingeschränkt und inländische Firmen unterstützt werden. So sollen bis spätestens 2018 Reis- und Weizenimporte überflüssig werden. Indonesische Öl- und Gas-Unternehmen sollen zusätzlich Anreize erhalten, um die heimische Energieproduktion voranzutreiben. Ausländische Firmen dürften nicht länger primär zur

Ausbeutung indonesischer Rohstoffe beitragen, sondern müssten verstärkt auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze abzielen. Deshalb werde er das unter Yudhoyono beschlossene Exportverbot für unverarbeitete Rohstoffe aufrechterhalten. Damit könne ein erster Schritt hin zu einer verarbeitenden und produzierenden Industrie getan werden, um eine der größten Herausforderungen – die niedrige Wertschöpfungskette der indonesischen Wirtschaft – anzugehen. Alle diese Vorhaben haben auf den ersten Blick eine ausgesprochen protektionistische Komponente. Allerdings betonte Jokowi vor Vertretern ausländischer Investoren, er werde an einer Verbesserung des Investitionsklimas durch den Abbau bürokratischer Hürden arbeiten. Hinzu kommt, dass sich die protektionistischen und gegen das Ausland gewandten Aussagen Prabowos im Wahlkampf im Vergleich weit extremer ausnahmen.

Die staatlichen Subventionen des Benzinpreises hatten in den letzten Jahren den Staatshaushalt stark belastet. Jokowi hat angekündigt, die Zuschüsse über einen Zeitraum von fünf Jahren graduell zu verringern. Damit ließen sich jährlich 30 Milliarden US-Dollar einsparen, die in die Verbesserung der maroden Infrastruktur und den Bau neuer Straßen, Flughäfen und Häfen fließen sollen. 2.000 Straßenkilometer, zehn neue Flughäfen und zehn neue Seehäfen sollen so entstehen. In den Bereichen Bildung und Gesundheit blieb Jokowi den aus seiner bisherigen politischen Tätigkeit bekannten Grundideen treu. Alle Indonesier sollten die Möglichkeit auf eine staatlich finanzierte, zwölfjährige Schulausbildung erhalten (*Indonesia Pintar*, „Schlaues Indonesien“). Vor dem Hintergrund des Verfalls moralischer Werte, so Jokowi und sein Wahlkampfteam, sollen zukünftig Staatsbürgerkunde, Geschichte, Patriotismus und Charakterbildung stärker unterrichtet werden. Für die Gesundheitsversorgung sollte ebenfalls der Staat aufkommen und jedem Zugang zu ärztlichen Leistungen garantieren (*Indonesia Sehat*, „Gesundes Indonesien“). Bereits während seiner Amtszeit als Gouverneur von Jakarta hatte Jokowi eine kostenlose Krankenversicherung für Bedürftige eingeführt.

Vor dem Hintergrund des Verfalls moralischer Werte sollen zukünftig Staatsbürgerkunde, Geschichte, Patriotismus und Charakterbildung stärker unterrichtet werden.

Reformieren will der künftige Präsident ferner die Bereiche Rechtsstaat und Bürokratie, wo zukünftig strengere Qualitätskriterien bei der Personalauswahl gelten und öffentliche Dienstleistungen verbessert werden sollen. Religiöse Intoleranz soll bekämpft, der Minderheitenschutz soll ausgebaut werden. Außerdem setzt er sich für die Aufarbeitung von Menschenrechtsverstößen sowie eine umfassende Vergangenheitsbewältigung ein. So sind Untersuchungen der Unruhen im Mai 1998 und des Verschwindens mehrerer Studenten vorgesehen. Dazu zählen ferner die bislang nie nachhaltig aufgearbeiteten Ereignisse von 1965, als mehrere 100.000 Kommunisten oder vermeintliche Kommunisten ermordet wurden. Hierzu soll eine Commission on Truth and Reconciliation die Arbeit aufnehmen.

Die Außen- und Sicherheitspolitik seines Vorgängers will Jokowi offenbar fortsetzen. Er scheint für eine starke und konstruktive Rolle Indonesiens in der ASEAN sowie in regionalen und globalen Foren zu stehen. Er kündigte an, die Zusammenarbeit etwa mit Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds fortzuführen, die Herausforderer Prabowo zurückfahren wollte. Indonesien soll ferner zu einer

Angesichts des sich abzeichnenden Rüstungswettlaufs in Südostasien ist die beabsichtigte Anhebung der Militärausgaben Indonesiens keine Überraschung.

Seemacht ausgebaut werden, das Archipel ist laut Jokowi hierzu prädestiniert. Beabsichtigt ist schließlich auch die Anhebung der Militärausgaben auf 1,5 Prozent des BIP in den kommenden fünf Jahren. Angesichts des

sich abzeichnenden Rüstungswettlaufs in Südostasien ist das keine Überraschung. Bereits unter Yudhoyono wurden Schritte zu einer umfangreichen Erneuerung der Streitkräfte eingeleitet und dazu Rüstungsgüter aus dem Ausland (auch aus Deutschland) gekauft.

Im Wahlkampf versprach Jokowi nicht nur wirtschafts- und sozialpolitische Programme, sondern propagierte auch eine geistig-moralische Wende. Teil seiner Agenda war ein Manifest, das zu einer „mentalen Revolution“ (*revolusi mental*) und einem Umdenken in den Köpfen der Menschen aufrief. Er lobte die vielen Reformen der letzten 16 Jahren und die Errungenschaften im Zusammenhang mit der demokratischen Verfassung inklusive freier und gleicher Wahlen sowie die fortschreitende regionale Autonomie und Dezentralisierung. Gleichzeitig betonte er, alle demokratischen, rechtsstaatlichen und zivilen Errungenschaften seit

der *reformasi* blieben begrenzt, wenn nicht „mentale Reformen“ in den Köpfen der Menschen stattfänden. Problematische Angelegenheiten wie Korruption, Intoleranz und Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien dürften nicht weiter ignoriert werden.

Korruption, Intoleranz und Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien dürften nicht weiter ignoriert werden. Entscheidungsträger müssen verantwortungsbewusst und unbestechlich arbeiten.

Er selbst werde den ersten Schritt tun, damit die politischen und staatlichen Entscheidungsträger des Landes ab sofort verlässlich, verantwortungsbewusst und unbestechlich arbeiten. Den Anfang soll die Besetzung hoher politischer und öffentlicher Ämter anhand von Kompetenz und Qualifikation machen.

Alter Wein in neuen Schläuchen?

Der Aufstieg Jokowi und dessen für Indonesien ungewöhnliche politische Vita dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele seiner politischen Empfehlungen, Vorhaben und Pläne nicht gänzlich neu oder gar revolutionär sind. Seit seiner Unabhängigkeit schwankte das Land stets zwischen sozialistisch-protektionistischen und marktliberalen Politikentwürfen. Während Staatsgründer Sukarno zu den Initiatoren der „Bewegung der Blockfreien Staaten“ gehörte und gleichzeitig eine sozialistische Wirtschaftspolitik beispielsweise im Bereich Landreform verfolgte, orientierte sich sein Nachfolger Suharto – zumindest wirtschaftspolitisch – enger an den USA und den Westen. Unter Yudhoyono schließlich öffnete sich das Inselreich besonders weit für ausländische Investitionen, Privatisierung und marktwirtschaftliche Reformen. Jokowi Politik der gemäßigten Beschränkung ausländischer Einflussnahme auf wichtige Wirtschaftszweige gleicht also eher einer Rückbesinnung auf Altbekanntes als einer völlig neuen politischen Idee.

Selbst im Vergleich mit seinem Kontrahenten wirkten Jokowi Ideen nicht immer konträr. Obwohl ihre Persönlichkeiten nicht ungleicher hätten sein können, unterschieden sich die Ideen und Konzepte Jokowi und Prabowo oftmals nur geringfügig. Beide versuchten zunächst, sich im Wahlkampf als legitime Nachfolger des Staatsgründers Sukarno darzustellen und die große Sehnsucht der Bevölkerung nach einem neuen Nationalbewusstsein zu befriedigen. Während Jokowi Kandidatur öffentlichkeitswirksam in der Nähe des Geburtsorts von Sukarno bekanntgegeben

wurde, nutzte Prabowo viele prestigeträchtige Symbole der Unabhängigkeit sowie die Sukarno- und Indonesientypischen Farben weiß und rot. Sein Lösungsvorschlag für wichtige Fragen wie die Lebensmittel- und Energieversorgung war der Kauf gigantischer Landflächen, die den Indonesiern zur freien Verfügung gestellt werden sollten. Insgesamt sind seine wirtschaftspolitischen Ideen, von ihm als *ekonomi kerakyatan* (*people's economy*) bezeichnet, nicht weit von derjenigen Jokowi entfernt. Er bezog sich explizit auf nationalistische Experimente der Sukarno-Zeit, die unter Artikel 33 der Verfassung von 1945 verwirklicht wurden. Danach soll die Wirtschaft nach einem Kooperationsprinzip organisiert werden und der Staat soll die wichtigsten Industrien führen. Bereits im Parlamentswahlkampf erregte der Ex-General wiederholt mit protektionistisch-nationalistischen Aussagen Aufmerksamkeit. Der Einfluss internationaler Unternehmen und die damit einhergehende Ausbeutung Indonesiens müsse unbedingt gestoppt werden, so Prabowo. Auch die Zielgruppe teilte er sich mit Jokowi: vor allem „kleine Leuten“, die sich nach der institutionellen und demokratischen Stagnation unter Yudhoyono eine signifikante Verbesserung der sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse wünschen.

Bei der Personalauswahl geht Jokowi nicht gänzlich neue Wege. Prabowo und Hatta beriefen aufgrund der schier GröÙe ihrer Sechs-Parteien-Koalition zwar fast ausschließlich bekannte Köpfe der beteiligten Parteien sowie zahlreiche Angehörige aus dem Sicherheitsapparat in ihr Wahlkampfteam. Allerdings berücksichtigte auch Jokowi, der

Interessant wird sein, ob Jokowi bei der Ressortverteilung seiner Aussage treu bleibt und Ministerämter nicht nach Parteiproporz, sondern anhand fachlicher Eignung besetzen wird.

im Wahlkampf betont hatte, wichtige Ämter nicht anhand des Parteibuchs besetzen zu wollen, Parteifunktionäre der PDI-P, HANURA und PKB. Gleichzeitig holte er unverbrauchte Persönlichkeiten in sein Team, unter ihnen etwa Anies Baswedan, Bildungsexperte und

Rektor der angesehenen Privatuniversität Paramadina, sowie Rizal Sukma, Exekutivdirektor des Think Tanks CSIS und einer der profiliertesten Außen- und Sicherheitspolitikexperten des Landes. Interessant wird sein, ob Jokowi bei der Ressortverteilung seiner Wahlkampfaussage treu bleiben und Ministerämter nicht nach Parteiproporz, sondern anhand fachlicher Eignung besetzen wird. Auch seine Forderungen nach einer Erneuerung der politischen Kultur

klingen bekannt. Die Themen Transparenz, Verantwortungsbewusstsein und Korruptionsbekämpfung stoßen in der Bevölkerung traditionell auf große Zustimmung, werfen aber immer auch die Frage nach deren Realisierbarkeit auf.

AUSBLICK: HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN

Trotz des von vielen ersehnten Sieges des politischen Antityps Jokowi ist keineswegs sicher, dass sich die mit seiner Präsidentschaft verbundenen Hoffnungen der Bevölkerung auf einen tief greifenden Wandel der politischen Kultur und eine substantielle Weiterentwicklung der indonesischen Demokratisierung mittel- bis langfristig in allen Bereichen erfüllen werden. Die *reformasi*-Zeit war nach der Suharto-Ära 1998 der Auftakt für eine weitreichende Demokratisierung, Dezentralisierung sowie viele zivilgesellschaftliche Freiheiten. In den letzten Jahren ist die positive Entwicklung nach Meinung vieler Bürger ins Stocken geraten. Die Korruptionsbekämpfung kommt trotz einiger spektakulärer Erfolge nicht ausreichend voran, die unvollständige Dezentralisierung zeigt ihre Schattenseiten und die Durchsetzung rechtsstaatlicher Standards erfolgt oftmals nur halbherzig. Hinzu kommt das öffentliche Ansehen der politischen Klasse, das nach zahlreichen Korruptions- und Machtmissbrauchsfällen auf einen neuen Tiefpunkt zusteuert. All diese Entwicklungen haben den Wahlsieg Joko Widodos maßgeblich ermöglicht, der mittel- und langfristige Erfolg des neuen Präsidenten bleibt indes abzuwarten.

Die Korruptionsbekämpfung kommt trotz einiger spektakulärer Erfolge nicht ausreichend voran und die Durchsetzung rechtsstaatlicher Standards erfolgt oftmals nur halbherzig.

Zur Durchsetzung des ambitionierten Reformkurses bedarf es zuallererst parlamentarischer und innerparteilicher Macht. Beides hat Jokowi bislang nur bedingt. Seine aktuell vier Parteien umfassende Koalition verfügt über lediglich knapp 40 Prozent der Sitze im Parlament, was für alle politischen Vorhaben neue Mehrheiten erfordert. Darüber hinaus kann die Prabowo-Koalition die Regierung mit eigenen politischen Projekten angreifen bzw. ihren demokratischen Reformkurs torpedieren. Dies zeigte sich in dramatischer Weise bereits rund vier Wochen vor Jokowi's Amtseinführung. Am 26. September billigte das Nationalparlament ein zwischen beiden Lagern stark umstrittenes Gesetz, das die

direkte Wahl von Bürgermeistern, Distriktvorstehern und Provinzgouverneuren abschafft. Diese sollen in Zukunft wieder – wie zu Zeiten von Suhartos New Order-Regime – von den jeweiligen Lokal- und Regionalparlamenten (bzw. den dort vertretenen Parteien) bestimmt werden. Jokowi hatte sich deutlich für die Beibehaltung von Direktwahlen ausgesprochen, ihm folgten nur 135 der 560 Abgeordneten.

Prabowo und seinem Lager gelang damit eine Machtdemonstration. Die Direktwahlen wurden 2004 eingeführt und stets als wichtige demokratische Errungenschaft der Post-*Reformasi*-Ära gefeiert. Im selben Jahr wurde mit Yudhoyono erstmals ein Staatspräsident direkt gewählt. Jokowi musste eine deutliche Niederlage einstecken, noch bevor er den Präsidentenpalast bezog. Die Schuld hieran wird vor allem (dem am 26. September noch amtierenden Staatspräsidenten) Yudhoyono zugewiesen, dessen Partai Demokrat sich vor der Abstimmung ebenfalls klar gegen die Gesetzesvorlage positioniert hatte. Am Abstimmungstag hielt sich der Parteichef jedoch anlässlich der VN-Vollversammlung in New York auf. Wegen Unstimmig-

Zu befürchten ist, dass die jetzt vorherrschende Konstellation des geteilten Regierens einen weiteren Abbau demokratischer Errungenschaften nach sich zieht.

keiten zu Detailfragen der Gesetzesvorlage verließen die PD-Abgeordneten – offenbar entgegen Yudhoyonos Anweisung – vor der Abstimmung das Parlament, weshalb das Prabowo-Lager diese gewann. Zu befürchten ist, dass die jetzt vorherrschende Konstellation des geteilten Regierens – einerseits die Mehrheit Jokowi in der Exekutive, andererseits die Mehrheit Prabowos in der Legislative – in Zukunft ähnliche Ereignisse hervorbringen und einen weiteren Abbau demokratischer Errungenschaften nach sich zieht. Dies könnte bis hin zur Abschaffung der direkten Wahl des Staatspräsidenten gehen, ohne die ein Newcomer wie Jokowi niemals ins Amt gekommen wäre. Für ihn bleibt deshalb zu hoffen, dass sich insbesondere PD und GOLKAR am Ende doch noch in sein Lager schlagen werden. Staatspräsident Yudhoyono von der PD hatte sich hier zuletzt nicht eindeutig verhalten, und GOLKAR steht vor einem Sonderparteitag.

Jokowi hat mit Jusuf Kalla auf nationaler Ebene einen klugen politischen Kopf, ehemaligen Vize-Präsidenten, Minister und Vermittler zur Seite. Wie schwierig die parlamenta-

rische Durchsetzung politischer Vorhaben sein kann, zeigte die zweite Amtszeit von SBY, als dieser in einer Sechs-Parteien-Koalition jedes Mal mühsam um Zustimmung ringen musste. Prabowo ließ bereits mitteilen, dass die künftige Opposition im Parlament *alle* Vorhaben der neuen Regierung blockieren werde. Doch auf Jokowi dürften auch innerhalb seiner PDI-P Herausforderungen warten. Die starke Frau im Hintergrund ist und bleibt Parteichefin Megawati Sukarnoputri, sie ist die Königmacherin, die Jokowi erst – und nach einigem Zaudern – auf den Kandidatenstuhl setzte. Kritiker behaupten deshalb, dieser werde nur so stark sein, wie Megawati es für richtig erachte. Über ihren Reformwillen ist allerdings wenig bekannt.



Königmacherin: Die ehemalige Präsidentin und jetzige Parteichefin der PDI-P, Megawati Sukarnoputri, ernannte Jokowi kurz vor den Parlamentswahlen zum Spitzenkandidaten der Partei. Sie hat weiterhin großen Einfluss auf die Politikgestaltung. | Quelle: © KAS Indonesien.

Hinzu kommt, dass Jokowi weder Präsidiumsmitglied noch Vorsitzender eines einflussreichen Provinzverbandes oder einer anderen Parteiorganisation ist. Diese fehlende Machtbasis könnte in den kommenden fünf Jahren seiner Amtszeit zu einer ernsten Herausforderung werden. Ohne absolute Loyalität seiner Partei, einem bedingungslosen Rückhalt der Verbände im ganzen Land und ohne politische Netzwerke aller Art scheinen die Durchsetzung seiner Reformagenda, die Einführung eines neuen Politikstils und die Lösung nationaler Herausforderungen keineswegs gesichert. Dass Jokowi's Unterstützung in der PDI-P nicht grenzenlos ist, haben bereits die Parlamentswahlen vom

April gezeigt. Analysten waren im Vorfeld von einem Wahlsieg der Partei mit mindestens 25 Prozent ausgegangen, erreicht wurde aber nur ein knappes Fünftel der Stimmen. Grund dafür war nicht zuletzt, dass einige Kader nicht mit ihrem prominenten Spitzenkandidaten werben wollten. Dieses machtpolitische Defizit wird auch die im Übrigen durchaus kluge Ergänzung Jusuf Kalla nicht ausgleichen können. Er selbst hat durch seine Kandidatur als Vize-Präsident seine Partei GOLKAR gespalten; uneingeschränkter Rückhalt in der Partei genießt auch er nicht mehr.

Das gesellschaftlich, ethnisch und politisch komplexe und geografisch zerklüftete Indonesien lässt sich nicht wie die Provinzstadt Solo oder die Hauptstadt Jakarta regieren.

Abgesehen davon dürfte Jokowi bei all seinen visionären Ideen von einer „mentalen Revolution“ des Landes vor allem sich selbst neu erfinden müssen. Das riesige, gesellschaft-

lich, ethnisch sowie politisch komplexe und geografisch zerklüftete Indonesien lässt sich nicht wie die Provinzstadt Solo oder die Hauptstadt Jakarta regieren. Die so genannten *blusukan*, unangekündigte Besuche bei den Menschen und ihren Problemen vor Ort, die ihn besonders als Gouverneur von Jakarta auszeichneten und beliebt machten, werden bei einem 17.000 Inseln umfassenden Land mit drei Zeitzonen und schwer zugänglichen Regionen nicht möglich sein. Wenn er die große Wandlungsbereitschaft, die er von der Bevölkerung erwartet, nicht selbst vorleben kann, könnte früher oder später seine Glaubwürdigkeit darunter leiden.

Abzuwarten bleibt zudem, ob Jokowis oftmals provisorisch wirkende Ideen in umsetzbare Konzepte münden und damit zu einer Verbesserung der sozialen, ökonomischen und politischen Situation beitragen können. Im Zusammenhang mit seiner Forderung nach einer geistig-moralischen Wende und der Verbesserung des Bildungssystems forderte er etwa, in den Grundschulen müsse größerer Wert auf Charakterbildung gelegt werden, und kündigte gleichzeitig an, 80 Prozent der Zeit für die Ausbildung der Persönlichkeit der Schüler und lediglich 20 Prozent für inhaltliche Fächer wie Naturwissenschaften verwenden zu wollen. Angesichts der zahlreichen bildungspolitischen Herausforderungen wie der hohen Anzahl unzureichend ausgebildeter und schlecht bezahlter Lehrer sowie veralteter Unterrichtsmethoden stellt sich die Frage, ob Charakterbildung das geeignete Mittel ist, damit Indonesien bei zukünftigen

PISA-Tests der OECD im Bereich Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften nicht erneut am Ende der 65 untersuchten Länder steht. Dabei wird das Thema Bildung in den kommenden Jahren an Brisanz gewinnen, wenn 2015 in der ASEAN ein gemeinsamer Binnenmarkt entsteht, umfangreiche Freizügigkeit für Arbeitnehmer herrscht und der indonesische Arbeitsmarkt mit qualifizierten Arbeitnehmern benachbarter Staaten konfrontiert wird.

Sollte Jokowi seine wirtschaftspolitischen Ankündigungen umsetzen, hat dies auch Implikationen für die Zusammenarbeit mit der EU und Deutschland. Indonesien ist unter Yudhoyono in den Kreis der G20-Staaten aufgestiegen. Für die stetig wachsende, kauf- und konsumorientierte Mittelschicht spielt der Import ausländischer Produkte eine zunehmend große Rolle. Innerhalb der EU ist Deutschland der wichtigste Handelspartner Indonesiens. Bei einer womöglich eher protektionistischen Wirtschaftspolitik wäre unsicher, ob sich die beidseitigen ökonomischen Beziehungen weiter positiv entwickeln können.

Ungeachtet all dieser Herausforderungen besteht die Hoffnung, dass sich das *Jokowimentum* tatsächlich aufrechterhalten lässt und in eine Politik mündet, die Indonesien in den nächsten Jahren weitere wichtige Schritte gehen lässt. Seit dem Beginn der Demokratisierung 1998 waren die Aufbruch- und Wechselstimmung und das Verlangen nach einem politischen und gesellschaftlichen Wandel nie so virulent wie heute. Die Tatsache, dass nach den Parlamentswahlen im April knapp 60 Prozent der Abgeordneten dem Nationalparlament neu angehören, lässt hoffen, dass die Wende hin zu einer neuen politischen Kultur auch von einer breiteren Basis politischer Entscheidungsträger getragen wird. Hinzu kommt, dass Indonesien – gemessen an der Bevölkerungsstruktur – ein sehr junges Land ist. Knapp 30 Prozent der Wähler bei den Parlamentswahlen waren jünger als 30 Jahre. Besonders in dieser Altersgruppe genießt Jokowi großen Rückhalt. Beides zusammen – die junge Bevölkerung sowie deren Unterstützung – könnte eine wichtige Voraussetzung dafür sein, dass Jokowi und seinen Ideen die Zukunft des Landes gehört.

Das Manuskript wurde am 30. September 2014 abgeschlossen. Der Autor dankt Herrn Philipp Müller für die Mitarbeit.



AUSLANDSINFORMATIONEN AKTUELL ÜBER DIE KAS-APP

Aktuelle und vergangene Ausgaben der Auslandsinformationen können Sie kostenfrei im Kiosk der KAS-App herunterladen.

Mit der App der Konrad-Adenauer-Stiftung für Smartphones und Tablets haben Sie stets aktuelle Vorträge, Konferenzen, Seminare oder Diskussionen in Ihrer Nähe sowie Neuigkeiten aus der KAS im Blick.



Für iPhone:



Für Android:



Konrad
Adenauer
Stiftung

GROSSBRITANNIEN WEITER VEREINT, ABER WAS NUN?

DAS SCHOTTLAND-REFERENDUM UND SEINE FOLGEN

Hans-Hartwig Blomeier

Am 18. September 2014 stimmten 55,3 Prozent der Wähler in Schottland gegen die Unabhängigkeit des Landes vom Vereinigten Königreich. Alles deutet darauf hin, dass damit zwar diese punktuelle Frage (vorläufig) beantwortet ist, die Diskussion über die politische Neuordnung des Landes aber gerade erst begonnen hat.

HISTORISCHER HINTERGRUND

Das Königreich Schottland, oder Alba, wie es im Gälischen heißt, entstand im frühen Mittelalter und existierte formal bis 1707. Bereits im Jahr 1603 wurde der schottische König James VI. zum König von England gekrönt, nachdem dort Königin Elisabeth I. ohne Nachkommen verstorben war. Im Jahr 1707 wurden beide Parlamente und die Königshäuser aus Schottland und England mit der Gründung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien zusammengeführt.

Am 1. März 1979 kam es erstmals zu einem Referendum in Schottland, bei dem sich eine knappe Mehrheit (51,6 Prozent) für ein eigenes Parlament aussprach. Auf Grund der niedrigen Wahlbeteiligung (nur 32,9 Prozent) wurde dieses Referendum jedoch für ungültig erklärt. 18 Jahre später, am 11. September 1997, kam es erneut zu einem Referendum, bei dem sich nun eine überwältigende Mehrheit von 74,3 Prozent für ein solches Regionalparlament aussprach. In diesem Zuge sollte das Land auch weitgehende Selbstbestimmungsrechte bezüglich öffentlicher Gesundheitspolitik, Erziehung, Umwelt und innere Sicherheit bekommen.



Hans-Hartwig Blomeier leitet das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in London.

Bereits in den 1960er Jahren schlug das politische Herz der meisten Schotten eher links (im Gegensatz zu England). Davon profitierte in erster Linie die Labour Party. Dies verstärkte sich in den Zeiten der Thatcher-Regierung. Mit der Irak-Intervention unter der Labour-Regierung von Tony Blair erhielt die Scottish National Party (SNP)

Nach dem Wahlsieg der Scottish National Party 2011 verstärkte der schottische First Minister Alex Salmond den Druck auf London und erreichte die Zusage über ein Referendum.

vermehrten Zulauf, die sich seit 2007 explizit die schottische Unabhängigkeit zum Ziel gesetzt hat. Mit dem eindeutigen Wahlsieg 2011 im Rücken, bei dem die SNP die absolute Mehrheit im schottischen Parlament erzielen konnte,


verstärkte der schottische First Minister und SNP-Vorsitzende Alex Salmond den Druck auf die Regierung in London und erreichte im Rahmen des Edinburgh Agreement, das Salmond und der britische Premier David Cameron am 15. Oktober 2012 unterzeichneten, die formale Zusage über ein Referendum, das vor Ende des Jahres 2014 stattfinden sollte.

Strittig waren zu diesem Zeitpunkt die Frage der Wahlberechtigung und die zur Abstimmung gestellten Fragen bzw. Optionen. Letztlich einigte man sich auf ein Ja/Nein-Votum zur Frage: „Soll Schottland ein unabhängiges Land werden?“ und verzichtete von britischer Seite auf die ursprünglich von Salmond vorgeschlagenen drei Optionen („Ja“, „Nein“ und das so genannte *devolution max*, also weit reichende Autonomiezugeständnisse). Dieser Verzicht erfolgte vor dem Hintergrund der (vermeintlichen) Gewissheit, dass es ohnehin eine breite Mehrheit gegen die Unabhängigkeit geben werde und man auf diese Zugeständnisse verzichten könne – eine Fehleinschätzung, die beinahe mit einer Spaltung des Landes geendet hätte.

Hinsichtlich der Wahlberechtigung herrschte lange Unklarheit. Erst im März 2013 wurde das Wahlgesetz dahingehend geändert, dass bereits 16- und 17-Jährige abstimmen konnten. Ebenfalls wurde festgelegt, dass analog zum Kommunalwahlrecht alle in Schottland lebenden und wahlberechtigten Bürger (also Schotten, Engländer, Nordiren und Waliser sowie Bürger aus EU-Mitgliedsländern und dem Commonwealth mit einer Aufenthaltsgenehmigung in Schottland) beim Referendum wahlberechtigt sein würden. Demgegenüber waren Schotten mit Wohnsitz außerhalb Schottlands (also auch im übrigen Großbritannien) von

der Wahl ausgeschlossen. Im März 2013 wurde schließlich das Datum festgelegt: Am 18. September 2014, exakt 700 Jahre nach der Schlacht von Bannockburn von 1314, bei der Robert the Bruce die Unabhängigkeit Schottlands vom übermächtigen England erkämpft hatte, wollte nun der schottische Ministerpräsident Alex Salmond dieses historische Ereignis auf friedliche und demokratische Weise per Volksentscheid wiederholen. Für die geschichtsbewussten und ob ihrer langen Historie stolzen Schotten war dies sicher ein zusätzlicher emotionaler Anreiz, den Salmond geschickt in seiner Kampagne einsetzte.



Angespanntes Verhältnis: Premierminister David Cameron (l.) traf den schottischen Ministerpräsidenten Alex Salmond (r.) 2012 zu Gesprächen in Edinburgh, um den Weg für das Referendum frei zu machen. | Quelle: Gordon Terris, Scottish Government, flickr .

DIE KAMPAGNE

Im Mai 2012 starteten die Befürworter der Unabhängigkeit mit Alex Salmond an der Spitze öffentlich mit ihrer YES-Kampagne. Dazu legten sie im November 2013 ein 670 Seiten umfassendes Weißbuch vor, das eine detaillierte Blaupause für ein unabhängiges Schottland darstellte.¹ Im Juni 2013 begann formal die NO-Kampagne mit dem Motto

1 | Vgl. The Scottish Government, *Scotland's referendum on 18 September 2014 is a choice between two futures*, Edinburgh, 11/2013, <http://scotland.gov.uk/Publications/2013/11/9348/0> [30.09.2014].

„Better-Together“ unter dem ehemaligen Labour-Finanzminister Alistair Darling. Sichtbar und wirklich spürbar war diese jedoch nicht vor Beginn des Jahres 2014. Mit den bis Ende 2013 nahezu gleich bleibenden Umfragewerten

Erst als sich der Abstand zwischen Befürwortern und Gegnern langsam aber konstant verringerte, zeigte die „Better-Together“-Kampagne stärkere Präsenz.

(mit einer 60:40-Mehrheit gegen die Unabhängigkeit) im Rücken fühlte sich die Regierung in London ihrer Sache offenbar sicher und schenkte der NO-Kampagne kaum Aufmerksamkeit. Fast entstand der Eindruck,

das Thema sollte ganz bewusst so unauffällig wie irgend möglich behandelt werden. Erst als Anfang 2014 die Umfragewerte in Bewegung gerieten und sich der Abstand zwischen Befürwortern und Gegnern langsam aber konstant verringerte, begann die „Better-Together“-Kampagne stärkere Präsenz zu zeigen. Angesichts der tiefen, noch aus der Thatcher-Regierung herrührenden Abneigung in Schottland gegen die Konservative Partei (die lediglich einen nationalen schottischen Abgeordneten stellt) hatte die konservative Regierung in London sinnvollerweise einen Labour-Politiker an die Spitze des NO-Lagers gebeten.

Während es der YES-Kampagne gelang, eine hohe und positive Emotionalität zu vermitteln (oftmals auch unter Ausschaltung rationaler Argumente und Sachfragen), versuchte die „Better-Together“-Kampagne mit rationalen und wirtschaftspolitischen Argumenten zu überzeugen, die gelegentlich emotional (allerdings negativ) wirkten, indem sie bedrohliche Szenarien im Falle einer Unabhängigkeit heraufbeschworen und zum Teil überzeichneten. Der *Economist* kommentierte treffend: „The No campaign is a machine, the Yes campaign is a carnival.“² Ebenso verwies das Nachrichtenmagazin darauf, dass die „Better-Together“-Kampagne auf Grund ihres Kernziels mit dem Referendum enden würde, während die YES-Kampagne den Charakter einer politischen Bewegung aufweise, die auch im Falle einer Niederlage fortbestehen würde. Diese bereits im August geäußerte Einschätzung hat sich in der Nachbetrachtung als nur allzu richtig herausgestellt.

2 | „Aye'll be back“, *The Economist*, 16.08.2014, <http://econ.st/1C1fH1k> [30.09.2014].



Alex Salmond, Erster Minister und Anführer der Nationalisten: Durch seine strategisch kluge Kampagne blieb der Ausgang des Referendums lange offen. Unmittelbar nach der Niederlage der YES-Kampagne erklärte er seinen Rücktritt. | Quelle: Ewan McIntosh, flickr @@.

Höhepunkt im Vorfeld des Referendums waren zwei TV-Duelle im August, in denen Alex Salmond dem eher blasen Alistair Darling rhetorisch und medial weit überlegen war, obwohl Salmond bei der Diskussion um die britische Währung klare Antworten schuldig blieb. Allerdings hielt dieser Punktgewinn für Darling (laut anschließender Blitzumfrage 56 Prozent zu 44 Prozent) nur bis zum zweiten Duell. Gewohnt locker und souverän ließ der schottische Ministerpräsident alle Sachfragen an sich abprallen und beschwor immer wieder das Bild eines glücklichen und wohlhabenden Schottlands, sofern dieses nur die englische Vormundschaft überwinden könne. Er entschied dieses Aufeinandertreffen sehr klar mit 71 zu 29 Prozent für sich.

Bei der Suche nach Gründen für die ab August deutlich gestiegenen Zustimmungswerte für das YES-Lager lieferte eine ICM-Umfrage Anfang September³ interessante Anhaltspunkte. Hier wurde deutlich, dass bei den Befürwortern der Unabhängigkeit als Motivation an erster Stelle die Missbilligung der Politik aus Westminster (51 Prozent) stand, erst dann mit 41 Prozent die „Gefühle über Schottland“ und mit 40 Prozent die „Hoffnungen auf eine wohlhabendere Zukunft“. Bei den NO-Wählern hingegen lag klar die Sorge um das Vereinigte Königreich (53 Prozent) – also

3 | Siehe *The Guardian* vom 13.09.2014.

die eigentliche Referendumsfrage – vorn. Die YES-Kampagne und Salmond selbst argumentierten dementsprechend auch konstant eben nicht nur mit der Forderung nach der Unabhängigkeit Schottlands, sondern auch mit einer Kritik am „Westminster-Establishment“.

Damit wird eine Parallele zur Kampagne der United Kingdom Independence Party (UKIP) bei der letzten EU-Wahl im Mai deutlich. Sie gewann ebenfalls analog zu einem Europa-weiten Trend Proteststimmen mit ihrer Anti-Establishment-Kampagne. In diesem Kontext waren Ankündigungen wie die einer zehn-prozentigen Gehaltserhöhung

für die Abgeordneten des House of Commons

Ein weiterer Pluspunkt der YES-Kampagne lag bei den handelnden Personen: Auch Prominente aus TV, Film und Sport schlugen sich überwiegend auf die Seite der YES-Kampagne.

inmitten einer rigorosen Sparpolitik und Kürzung von Sozialleistungen der britischen Regierung zusätzliches Wasser auf die Mühlen der YES-Kampagne. Ein weiterer Pluspunkt

derselben lag bei den handelnden Personen: Nicht nur war Alex Salmond die charismatischere Führungsfigur, er hatte dank seines Status als mit großer Mehrheit gewählter First Minister auch Legitimität und Autorität im Rücken. Damit war er dem aus London eingesetzten ehemaligen Labour-Politiker Darling haushoch überlegen. Zudem schlugen sich Prominente aus TV, Film und Sport überwiegend auf die Seite der YES-Kampagne.⁴

Bei aller emotionaler und physischer Überlegenheit der YES-Kampagne (sie hatte eine größere Sichtbarkeit, mehr freiwillige Helfer und Präsenz in der Öffentlichkeit sowie in den sozialen Medien) hinterfragten einige Beobachter auch die Konsequenzen. Die Vision der schottischen Unabhängigkeit ist sicher nicht kausal das Ergebnis einer Kampagne und sicher auch keine Erfindung von Salmond. Vielmehr ist zu hinterfragen, inwieweit die abnehmenden Bindekräfte in Großbritannien nicht auch ein wesentlicher Katalysator für die Unabhängigkeitsdiskussion waren, sind und bleiben werden. Janan Ganesh stellt diesbezüglich in seinem Leitartikel in der *Financial Times*⁵ zutreffend fest, dass von den

4 | Beispielhaft sei hier Sean Connery erwähnt: „Sean Connery wirbt für Unabhängigkeit Schottlands“, *Cicero*, 27.08.2014, <http://cicero.de/weltbuehne/schottische-unabhaengigkeit-sean-connery-ermahnt-schotten/58130> [30.09.2014].

5 | Janan Ganesh, „A bad campaign is not the real unionist problem for Scotland“, *Financial Times*, 08.09.2014, <http://on.ft.com/1vzvLOH> [30.09.2014].

vier traditionellen gesellschaftspolitischen Bindekräften im Vereinigten Königreich (Empire, Bedrohung durch Kontinentaleuropa, Protestantismus und Streitkräfte) die ersten beiden nicht mehr existierten und die anderen beiden wesentlich schwächer geworden seien. Dem wäre hinzuzufügen, dass offenbar lediglich die Queen als gemeinsames Staatsoberhaupt und die Monarchie als solche zumindest bisher nicht nur nicht in Frage gestellt werden, sondern tatsächlich ein zentrales Bindeglied für den Zusammenhalt des Königreichs darstellen.⁶

Hinzu kommen die wirtschaftlichen Argumente: Schottland ist mittlerweile der wohlhabendste Teil des Königreiches (mit der Ausnahme Londons) und das nährt die Überzeugung, man könne es „alleine“ auch oder gar besser schaffen. Die Tatsache, dass die Erdölreserven in der Nordsee zu mehr als 90 Prozent in schottischen Gewässern liegen, trägt nicht unwesentlich zu dieser Einschätzung bei. Dabei wird gerne ausgeklammert, dass ein nicht geringer Teil dieses Wohlstands durch Subventionen der Regierung in London – egal welcher politischer Couleur – zustande gekommen ist.

Vierzehn Tage vor dem Referendum stürzte dann jedoch eine aktuelle YouGov-Umfrage die Regierung Cameron in Panik und löste im Salmond-Lager Euphorie aus. Während Anfang August die Umfragewerte noch bei 61 zu 39 Prozent gegen die Unabhängigkeit lagen, schlug dies am 8. September erstmals um. Mit 51 zu 49 Prozent lag die Unabhängigkeitsbewegung erstmals vorn. „Pro Union Campaign in chaos“⁷ titelte die *Financial Times* vergleichsweise emotional. Endlich wachgerüttelt reagierte nun die britische Regierung: Über der Downing Street wurde die schottische Fahne gehisst und der Premier wandte sich nahezu

6 | Letztmalig äußerte sich die Queen anlässlich ihres Silbernen Thronjubiläums 1977 zu dieser Frage, indem sie darauf verwies, dass unter ihren Vorfahren zahlreiche schottische Könige und Königinnen seien, sie aber als Königin des Vereinigten Königreichs gekrönt worden sei und ihr damit das Wohlergehen aller Untertanen gleichermaßen wichtig sei.

7 | George Parker, Mure Dickie und Alistair Gray, „Pro-union camp ‚in chaos‘ as poll puts nationalists ahead“, *Financial Times*, 07.09.2014, <http://on.ft.com/1rS2wal> [30.09.2014].

flehend an die Schotten.⁸ Personalpolitisch kam es zu einer Auswechslung in letzter Minute: Der ehemaligen Labour Premier Gordon Brown (selbst ein Schotte) ersetzte den glücklosen Alistair Darling.⁹ Das war ein deutliches Zeichen, dass die politischen Parteien in London nun alles daran setzten, gemeinsam für den Verbleib Schottlands zu kämpfen. Dem sonst eher als phlegmatisch geltenden Brown gelang es tatsächlich, der bis dahin blutleeren „Better-Together“-Kampagne Leben einzuhauchen, dem sich auch Cameron anschloss mit seinem emotionalen Plädoyer („it would break my heart if Scotland leaves“).



Plädoyer für die Einheit: Premierminister David Cameron äußert sich zum Referendum. Spalte Schottland sich vom Vereinigten Königreich ab, bräche sein Herz. | Quelle: © Arron Hoare, MoD/Crown.

Selbst die Nachricht einer erneuten Schwangerschaft im britischen Königshaus wurde Gegenstand der Schottland-Debatte. Es wurde gemutmaßt, dass die frühzeitige Ankündigung bewusst lanciert wurde, um den königstreuen Schotten einen emotionalen Grund zum Verbleib im Königreich zu liefern. Aber auch hier bewies Salmond Cleverness:

8 | Peter Dominiczak, Peter Spence und Simon Johnson, „Stay with us: David Cameron’s desperate plea to Scots“, *The Telegraph*, 09.09.2014, <http://telegraph.co.uk/news/uknews/scottish-independence/11086060/Scots.html> [30.09.2014].

9 | Vgl. Jochen Buchsteiner, „Der unwahrscheinliche Retter“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.09.2014, <http://faz.net/-i27-7tqh1> [30.09.2014].

Er gratulierte dem Thronfolgerpaar als Earl und Countess of Strathearn, einen ihrer schottischen Titel, und nicht wie allgemein üblich als Duke and Dutchess of Cambridge. Die Queen selbst hielt sich bis zum Tag des Referendums wie erwartet öffentlich zurück, lediglich ein kurzer Kommentar nach dem Kirchgang am Sonntag vor dem Referendum ließ erkennen, dass auch ihr das Referendum nahe ging,¹⁰ obwohl nie in Frage gestellt worden war, dass auch ein unabhängiges Schottland an der Queen als Staatsoberhaupt festhalten wolle.

Als letzte Aktion sagte David Cameron schließlich sogar die traditionelle Fragestunde im Parlament ab (Prime Ministers Question Time), um gemeinsam mit den Parteivorsitzenden Ed Milliband von Labour und Nick Clegg von den Liberal Democrats nach Schottland zu reisen und dort für den Verbleib im Königreich zu werben.¹¹ Dabei versprachen sie gemeinsam weit reichende Zugeständnisse an die Schotten, sollten diese gegen die Unabhängigkeit stimmen. Damit kehrten sie de facto nahezu zur ursprünglichen Forderung Salmonds (*Devolution max*) zurück, die sie noch vor einem Jahr kategorisch abgelehnt hatten – ein Punktgewinn für Salmond noch vor dem Referendum.

Cameron versprach weit reichende Zugeständnisse an die Schotten. Damit kehrte er zur ursprünglichen Forderung Salmonds zurück, die er vor einem Jahr kategorisch abgelehnt hatte.

DAS AUSTRITTSZENARIO

Britische und internationale Medien kommentierten und analysierten in den Tagen vor dem Referendum jede nur erdenkliche Konsequenz¹² aus einem möglichen Sieg der Unabhängigkeitsbefürworter, sowohl für Großbritannien (inkl. der Frage des königlichen Staatsoberhauptes, der Neugestaltung der Flagge und der formalen Bezeichnung des dann

10 | Wörtlich sagte sie: „I hope the Scottish people will think very carefully about the future.“ Zit. in Nicholas Watt und Severin Carrell, „Queen hopes Scottish independence voters will ‚think carefully about future‘“, *The Guardian*, 14.09.2014, <http://gu.com/p/4xhe5> [30.09.2014].

11 | Siehe auch: „Last Minute Reise“, *Süddeutsche Zeitung*, 10.09.2014.

12 | „Der Schotten-Schock“, *Handelsblatt*, 09.09.2014; „Wetten auf den Ölschatz“, *Handelsblatt*, 09.09.2014; Peter Rásonyi, „Schottlands Schatten über Londons City“, *Neue Zürcher Zeitung*, 09.09.2014, <http://nzz.ch/wirtschaft/1.18379736> [30.09.2014].

verbleibenden Rest of United Kingdom, RUK) als auch für Europa (Auswirkung auf andere Unabhängigkeitsbestrebungen, Mitgliedschaft Schottlands in der EU, Auswirkungen auf das mögliche EU-Referendum in Großbritannien 2017). Das Vereinigte Königreich würde 8,33

Die britische Währung und zahlreiche Unternehmer und Investoren zeigten sich nervös, das Britische Pfund verlor in den Wochen vor dem Referendum sechs Prozent seines Wertes.

Prozent seiner Bevölkerung und 10,3 Prozent seiner Wirtschaftsleistung verlieren, um nur einige Zahlen zu nennen. Die britische Währung und zahlreiche Unternehmer und Investoren zeigten sich nervös, das Britische Pfund verlor in den Wochen vor dem Referendum sechs Prozent seines Wertes, zahlreiche öffentlich geäußerte Überlegungen über Standortverlagerungen von Unternehmen kursierten. Ebenso wurde in Bankerkreisen gemutmaßt, dass ein Austritt Schottlands den Austritt Großbritanniens aus der EU bei einem möglichen Referendum 2017 wahrscheinlicher machen würde mit den entsprechenden negativen Folgen für den Finanzplatz London. Die von der schottischen Regierung angeführten Erdölreserven als Eckpfeiler einer schottischen wirtschaftlichen Unabhängigkeit wurden hinsichtlich einer Nachhaltigkeit der Reserven und Schwankungsbreite der Preise kritisch hinterfragt. Mit den enger werdenden Umfragen wurde immer wieder auf das Quebec-Referendum von 1995 hingewiesen, bei dem nur ein hauchdünner Vorsprung von 50,6 zu 49,4 Prozent die Abspaltung von Kanada verhinderte. Die allgemein zunehmende Verunsicherung und Perplexität brachte ein Banker auf den Punkt: „Over the last two weeks we have come to terms with the unbelievable becoming the possible“.¹³

ERGEBNIS UND BEWERTUNG

Nach Schließung der Wahllokale am 18. September um 22.00 Uhr war die Spannung enorm und wohl jeder im ganzen Land sowie viele Menschen in Europa waren sich der Tragweite dieser Entscheidung bewusst. Doch war in den frühen Morgenstunden relativ rasch klar, dass das NO-Lager deutlicher als erwartet gewinnen würde. Mit einer Wahlbeteiligung von 84,5 Prozent lautete nach Auszählung aller 32 Wahlbezirke das Endergebnis: 2.001.926 Stimmen für NO (55,3 Prozent) und 1.617.989 (44,7 Prozent) für

13 | Zit. nach Jonathan Guthrie, „Eckxit could trigger Brexit and disaster for City“, *Financial Times*, 17.09.2014, <http://on.ft.com/ZzvEc0> [30.09.2014].

YES. Lediglich in vier Wahlbezirken (West Dunbartonshire, North Lanarkshire, Dundee und Glasgow) hatten die Unabhängigkeitsbefürworter gewonnen.




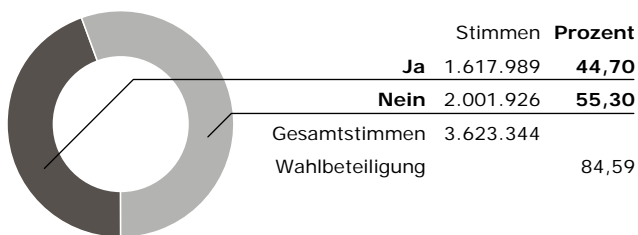
Streitpunkt Erdgas: Vor Schottlands Küste lagern Erdgas- und Erdölreserven. Ein Großteil der Einnahmen geht jedoch nach London. Der Wunsch, die Wirtschaft in Eigenregie zu gestalten, war ein Hauptargument der YES-Kampagne. | Quelle: Steven Straiton, flickr ©.

Abb. 1

Stimmen Sie zu, dass Schottland ein unabhängiger Staat sein sollte?



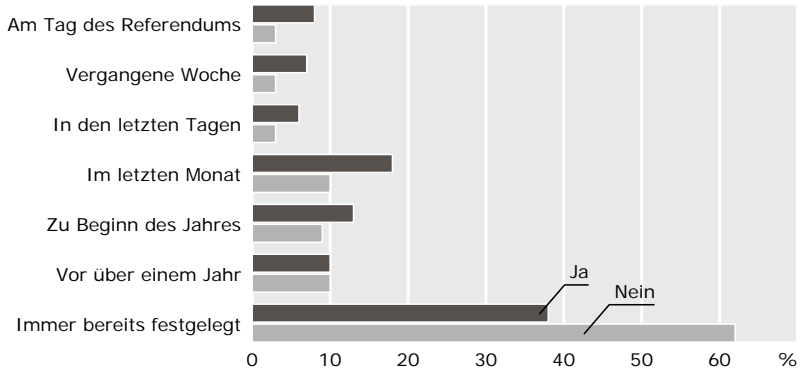
Quelle: „Scotland Decides“, *BBC News*, <http://bbc.com/news/events/scotland-decides/results> [08.10.2014].

Entsprechend früh erkannte Alex Salmond die Wahlniederlage an. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass laut einer Umfrage immerhin 72 Prozent der Wähler bereits vor mehr als einem Jahr ihre Entscheidung getroffen

hatten, lediglich neun Prozent vor weniger als einem Jahr.¹⁴ Auch diese Zahl hinterfragt die reale Wirkung der Kampagnen. Außerdem bedeutet das Endergebnis für die Umfrageinstitute selbst eine Schlappe, da nahezu alle ein knapperes Ergebnis prognostiziert hatten und nun eines Besseren belehrt wurden. Spekulieren lässt sich über die Faktoren, die den Ausschlag für das klare Votum gaben. Die Unsicherheit bezüglich Währung, Arbeitsmarkt und EU-Mitgliedschaft können ebenso eine signifikante Rolle gespielt haben wie die Gewissheit, dass durch die weit reichenden politischen Zugeständnisse schon vor dem Referendum Schottland mehr Selbstbestimmung erreicht wurde, ohne das Risiko eines Alleingangs eingehen zu müssen.

Abb. 2

Zeitpunkt der Wahlentscheidung



Quelle: Eigene Darstellung nach Fn. 14.

Das Ergebnis war in zweierlei Hinsicht deutlich: 55 Prozent der Stimmen für den Verbleib im Königreich haben die Frage nach der Unabhängigkeit Schottlands klar beantwortet. Aber genauso sind die 45 Prozent der Befürworter für die Unabhängigkeit (inklusive der darin auch enthaltenen Proteststimmen gegen die Parteien und Politik in Westminster) eine mehr als deutliche Botschaft, die sich schon bei der letzten Europawahl angekündigt hat. In der Tat ergeben sich daraus eine Reihe von Fragen und Herausforderungen für Schottland, Großbritannien, aber auch für Europa, die ernsthaft und konsequent in Angriff

14 | Vgl. „Scottish independence: poll reveals who voted, how and why“, *The Guardian*, 20.09.2014, <http://gu.com/p/4xmd2> [30.09.2014].

genommen werden müssen. Bei aller Erleichterung im Lager von „Better Together“ (und wohl auch mehrheitlich in Großbritannien und Europa) wäre ein *business-as-usual* eine gravierende Fehleinschätzung und vergebene Möglichkeit, Lehren aus dem Referendum zu ziehen.

In Schottland gilt es nun, die hoch emotionalisierte Stimmung zu deeskalieren und die zu Tage getretenen Konflikte zu beruhigen. Das wieder friedliche Zusammenleben der Schotten ist eine dringende Aufgabe für Familien, Verbände, Politik und Gesellschaft. Alex Salmond selbst zog unmittelbar nach der Wahl die politischen Konsequenzen aus der Niederlage und erklärte seinen Rücktritt als First Minister und Parteiführer der SNP. Bei seinem Abgang warnte er mit Nachdruck davor, die 1,6 Millionen Stimmen seiner Unterstützer zu ignorieren oder sie parteitaktischen Überlegungen im Kontext der Föderalismusdebatte zu opfern. Mit der bisherigen stellvertretenden Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon, die eine immer aktivere und sichtbarere Rolle während der Kampagne eingenommen hat, steht eine profilierte und engagierte Nachfolgerin bereit, die auf die Einhaltung der in den letzten Tage vor dem Referendum gemachten Versprechungen pochen wird. Damit würden die drei wichtigsten Parteien in Schottland nun von Frauen angeführt (auch ein Kontrast zur politischen Gender-Realität in London): Neben Nicola Sturgeon bei der SNP sind es Ruth Davidson bei den Konservativen und Johann Lamont von Labour.

Die seit Gründung des schottischen Parlaments geführte Debatte um Autonomie, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bedarf auch in Schottland einer rationalen Überprüfung. Die Schotten haben eine eigene Regierung, eine eigene Flagge sowie eine Rugby- und Fußballnationalmannschaft, sie kontrollieren ihre Rechts-, Bildungs- und Gesundheitspolitik, haben die Studiengebühren gestrichen und genießen weitestgehend Hoheit über ihren Gesundheitsdienst (National Health Service). Auch der Nationalismus treibt zuweilen sonderbare Blüten, wenn „schottische Nationalisten auch nach 15 Jahren Selbstverwaltung ohne mit der Wimper zu zucken Tories für Glasgows Elendsviertel verantwortlich machen, sogar wenn sie selbst in blühenden Edinburgher Satellitenstädten leben,

Die Schotten haben eine eigene Regierung, eine eigene Flagge sowie eine Rugby- und Fußballnationalmannschaft, sie kontrollieren ihre Rechts-, Bildungs- und Gesundheitspolitik.

deren Wohlstandsgrundlagen Thatcher mit der Demontage obsoleter Industriestrukturen legte.“¹⁵

Auf Seiten der britischen Regierung gilt es nun, rasch einen konkreten Verhandlungsvorschlag vorzulegen. So schnell sich die Parteien einig waren, den Schotten Zugeständnisse zu machen, so unterschiedlich sind diese Vorschläge im Detail (Höhe von Einkommens- und Unternehmenssteuer, Sozialversicherungswesen, Gesundheitssystem etc.). David Cameron hat bereits Lord Smith of Calvin mit der Ausarbeitung dieses Vorschlags beauftragt, der bis Ende November vorliegen und dann als „Scotland Act“ am 25. Januar 2015 (*Burns Night*) dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Unwahrscheinlich ist, dass das gegenwärtige Parlament die entsprechende Gesetzgebung noch vor den Wahlen 2015 verabschieden wird. Der eilig gezimmerte Konsens der Parteien vor dem Referendum droht im Angesicht von Detailfragen sowie der offensichtlichen Machtdebatte zu zerfallen.

Eine Konditionierung der Schottland-Zugeständnisse mit der Klärung der so genannten England-Frage¹⁶ lehnen sowohl die Schotten wie auch weite Teile der Labour-Partei ab. Der implizite Machtpoker erklärt sich mit einem Blick auf die Sitzverteilung: Die 59 schottischen Abgeordneten im Unterhaus gehören mit überwältigender Mehrheit (40)

Der schottische Einfluss in der Labour-Fraktion ist signifikant höher (rund 15 Prozent) als bei der Torie-Fraktion (einer von 304 Abgeordneten).

Labour an, die Liberal Democrats stellen elf, die SNP sechs und die regierenden Konservativen einen Abgeordneten, ein schottisches Mitglied im House of Commons ist unabhängig. Der schottische Einfluss in der Labour-Fraktion ist also signifikant höher (rund 15 Prozent) als bei der Torie-Fraktion (einer von 304 Abgeordneten). Die Diskussion und Kopplung der „England-Frage“ liegt den Tories also ungleich mehr am (Fraktions)Herzen als Labour, die bei einer Abspaltung Schottlands einen substanziellen Anteil ihrer Abgeordneten und damit die Aussicht auf Parlamentsmehrheiten verloren hätten. Der

15 | Matthias Thibaut, „Die Fliehkräfte bleiben“, *Handelsblatt*, 22.09.2014.

16 | „English votes for English laws“, d.h. die Beschränkung der Stimmberechtigung auf englische Abgeordnete im House of Commons, wenn es um Gesetze geht, die allein England betreffen oder gar die Einrichtung eines englischen Parlaments mit einem englischen First Minister.

Ausgang des Referendums ist somit nicht nur der Beginn einer verfassungsrechtlichen Debatte, sondern auch des Wahlkampfes für die Unterhauswahl 2015.

Premierminister David Cameron konnte mit diesem Ergebnis für sich persönlich einen Erfolg verbuchen. Ein Sieg der YES-Kampagne hätte seine Autorität in Frage gestellt und innerhalb der Konservativen Partei im Vorfeld des Parteitags Ende September und der Wahlen im Mai 2015 mehr als nur eine Führungsdebatte entfacht. Er bewies einmal mehr, dass er unter Druck (unter dem er zweifelsohne und wie er mit Hinweis auf seine Gesundheit zugab, stand) über machtpolitische Reflexe verfügt, die ihm bisher immer wieder aus der Bedrängnis geholfen haben. Als er am 19. September als erster um 7.00 Uhr morgens vor die Presse trat, fand er einerseits den richtigen Ton, indem er seine Freude und Erleichterung zum Ausdruck brachte, weiterhin in einem Vereinigten Königreich zu leben, andererseits gab er zu verstehen, dass die Sorgen und Wünsche der 45 Prozent Ja-Stimmen ernst zu nehmen seien und dass sich aus diesem Ergebnis Konsequenzen sowohl für Schottland als auch für Wales, Nordirland und England ergeben. Dadurch konnte er die Opposition mit seiner Forderung nach der Lösung der „England-Frage“ in die Defensive drängen. Dies war unmittelbar vor dem Labour-Parteitag besonders wichtig. Daran zeigte sich, dass Labour auf Camerons Äußerungen nicht vorbereitet war und parteiintern uneins ist.

Ferner gelang dem britischen Premier zumindest kurzfristig, Nigel Farage und UKIP Wind aus den Segeln zu nehmen sowie seine gefährlichsten parteiinternen Widersacher (die so genannten *backbenchers*), die mehrheitlich aus dem erzkonservativen Süden Englands stammen, auf seine Seite zu ziehen. Dies war aus folgendem Grund wichtig: Cameron steht seit dem Parteiübertritt des Torie-Abgeordneten Douglas Carswell zu UKIP und der dadurch notwendigen Nachwahl Anfang Oktober unter Druck; dabei könnte UKIP erstmals einen Parlaments-sitz gewinnen. Hinzu kommt die Ankündigung seines wichtigsten parteiinternen Widersachers, des Londoner Bürgermeister Boris Johnson, für das Unterhaus zu kandidieren, wodurch dieser seine Ambitionen auf das Amt des Premierministers unterstrich. Dieses Taktieren Camerons

Cameron steht seit dem Parteiübertritt des Torie-Abgeordneten Douglas Carswell zu UKIP und der dadurch notwendigen Nachwahl Anfang Oktober unter Druck.

kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine Regierung die Schottland-Frage lange falsch interpretiert und sich mit ihrer Zurückhaltung gehörig verschätzt hat.¹⁷ Es bleibt zu hoffen, dass er daraus insbesondere hinsichtlich des möglichen EU-Referendums seine Lehren zieht.

Für Großbritannien bedeutet dieses Ergebnis, dass sich das Land fundamentalen Fragen stellen muss, die seit Längerem schwelen und durch das Referendum offen zu Tage ge-

Obwohl eine territoriale Zersplitterung abgewendet wurde, ist die Frage nach der nationalen Identität Großbritanniens offen und bedarf eines Diskussions- und Klärungsprozesses.

treten sind. Obwohl eine territoriale Zersplitterung abgewendet wurde, ist die Frage nach der nationalen Identität Großbritanniens und damit die Frage, was das Königreich über die bestehenden Symbole, die gemeinsame Geschichte und das Königshaus hinaus zusammenhält, offen und bedarf eines Diskussions- und Klärungsprozesses, der langwierig und komplex sein wird. Jannah Ganesh bringt es auf den Punkt: „The UK has survived, comfortably; the UK in its present design is dead.“¹⁸ Das Land allein durch die „Emanzipation seiner Teile zusammenhalten zu wollen“,¹⁹ ist ohne Zweifel ein Trugschluss, der nicht fruchten wird. Darüber hinaus ist deutlich geworden, dass eine Debatte über die territoriale Struktur und die politische innere Ordnung des Landes in Gang gesetzt wurde.

Mit den nun angebotenen Zugeständnissen an Schottland entstehen berechnete Forderungen aus Wales, Nordirland und insbesondere England, die nur im Rahmen einer wie auch immer gearteten föderalen Neuordnung gelöst werden können. Dazu bedarf es einer seriösen verfassungsrechtlichen Debatte inklusive der Frage nach Sinn und Zweck der vorhandenen Institutionen wie beispielsweise des House of Lords. Medial inszenierte Schnellschüsse sind dazu ungeeignet, denn deren leicht durchschaubare taktische Erwägungen führen nur zu mehr Politikverdrossenheit im Land. Gut gemeinte Verweise auf andere föderale Ordnungen wie beispielsweise in Deutschland sind für die Debatte in Großbritannien angesichts der unterschiedlichen Geschichte und Mentalität nur bedingt tauglich. Die

17 | Siehe auch Bjoern Finke, „Cameron, der Zocker“, *Süddeutsche Zeitung*, 22.09.2014.

18 | Janan Ganesh, „The union lives on – but in its present design it may well be dead“, *Financial Times*, 19.09.2014, <http://on.ft.com/YW2qTC> [30.09.2014].

19 | Matthias Thibault, *Handelsblatt*, 22.09.2014.

jetzt in Gang gesetzten Diskussionen haben eine enorme Tragweite. Acht Monate vor einer Unterhauswahl mit ungewissem Ausgang und in einer politischen Landschaft, die durch das Erstarken der rechtspopulistischen UKIP ohnehin nervös geworden ist, hat diese Debatte durchaus explosiven Charakter. Dabei ist es alles andere als hilfreich, dass zwei schwächelnde und in sich zerstrittene Volksparteien im Mittelpunkt stehen, die zudem jeweils (unterschiedlich gelagerte) Führungsdebatten durchlaufen und unterschiedliche territoriale Präferenzen haben (Labour: Schottland, Tories: England).



Nach dem Referendum gilt es nun, die hoch emotionalisierte Stimmung zu deeskalieren und Konflikte zu beruhigen. Das Zusammenleben der Schotten zu stärken, ist Aufgabe der Familien, der Politik und der Gesellschaft. | Quelle: Gerard Ferry, flickr ©15.

Für die Europäische Union hat dieses Ergebnis ebenfalls weit reichende Folgen. Einerseits konnte die mit einer Unabhängigkeit Schottlands verbundene Unsicherheit vermieden werden (es gab zum Beispiel mehr als divergierende Aussagen und Positionen darüber, inwieweit und wie schnell Schottland Mitglied der EU nach der Unabhängigkeit werden könnte). Andererseits wäre eine Unabhängigkeit mit Sicherheit auch Wasser auf die übrigen Unabhängigkeitsbestrebungen in Europa (Katalonien, Baskenland, Venetien, Flandern) gewesen. Dennoch dürften die 45 Prozent der unterlegenen YES-Kampagne Motivation in den genannten Regionen sein und damit die Diskussion um eine interne Zergliederung innerhalb der EU sicher nicht verstummen lassen.

Was das mögliche EU-Referendum in Großbritannien (2017) angeht, so wäre durch eine Unabhängigkeit Schottlands die EU-Ablehnung im restlichen Großbritannien mit stärker nationalistischen Tendenzen vermutlich gestiegen. Mit der nun ausgelösten Föderalismusdebatte und den Forderungen nach stärkerer Selbstbestimmung des EU-kritischeren Englands ist damit das Problem aber nicht gelöst. Vielmehr drängen sich Lehren aus der Kampagne des Referendums für eine (ohne Zweifel notwendige) Kampagne dieses möglichen EU-Referendums auf. Die Vorwürfe aus Edinburgh bezüglich einer Bevormundung durch London wiesen eine bemerkenswerte Parallele zu den in London geäußerten Vorwürfen in Richtung Brüssel auf. Eine EU-Kampagne steht vor der gleichen Herausforderung, eine Negativ- und Drohkampagne (im Falle eines EU-Austritts) zu vermeiden und stattdessen ein auch emotionales Plädoyer für einen Verbleib Großbritanniens in der EU zu finden.

Die Vorwürfe aus Edinburgh bezüglich einer Bevormundung durch London wiesen eine bemerkenswerte Parallele zu den in London geäußerten Vorwürfen in Richtung Brüssel auf.

Die Schottland-Kampagne hat ferner gezeigt, dass dafür ein parteiübergreifender Konsens gut, aber nicht ausreichend ist, und dass die Politikverdrossenheit sowie eine Anti-Establishment-Kampagne mobilisiert und erfolgreich sein kann. Diese Faktoren hat sich Salmond 2014 zu Nutze gemacht. Nigel Farage wird diese sicher bereits 2015 und dann unter Umständen nochmals 2017 für sich instrumentalisieren wollen. Spannend dürfte schließlich die Frage sein, welche Persönlichkeiten in dieser EU-Debatte in den Vordergrund rücken können und wollen. Nationalität und Geburtsort sowie Schottenrock mögen in Schottland positiv gewirkt haben. Es ist jedoch schwer vorstellbar, wie dies bei einer EU-Kampagne umgesetzt werden soll und woher die glaubwürdigen und überzeugenden Pro-EU-Stimmen in Großbritannien kommen sollen.

Timothy Garton Ash, Professor an der Oxford University, plädiert als Zukunftsvision für ein föderales Großbritannien in einem konföderalen Europa.²⁰ Dazu bedürfe es einer seriösen verfassungsrechtlichen Debatte über die Neuordnung des Landes inklusive seiner Einbindung in

20 | Vgl. Timothy Garton Ash, „Let’s not fear the F-word or the C-word: we should move to a federal Britain in a confederal Europe“, *The Guardian*, 21.09.2014, <http://gu.com/p/4xmt7> [30.09.2014].

Europa. „Wie können wir ernsthaft eine föderale Ordnung für Großbritannien fordern, ohne zu diskutieren, welche Befugnisse nach Europa gehören?“, fragt Garton Ash weiter.

Das Ergebnis des Schottland-Referendums enthält eine deutliche Warnung an Europa. Die nicht unbeachtlichen Zustimmungsraten für die Unabhängigkeit waren zugleich Ausdruck für mehr Identität und Selbstbestimmung, die Ablehnung von Bevormundung und Fremdbestimmung sowie für die Verdrossenheit über eine allzu selbstherrliche und bürgerferne Politikerelite. Dies sind Elemente, die nicht nur für die Beziehung zwischen Edinburgh und London, sondern auch für diejenigen zwischen Mitgliedstaaten und der EU in Brüssel gelten. Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament waren bereits eine deutliche Warnung. Nun hat das Referendum in Schottland diese Warnung wiederholt, die Abstimmung sollte daher nicht auf das innerbritische Verhältnis reduziert werden. Schottland hat gewählt und letztlich nicht nur aus dem Bauch heraus, sondern mit Herz und Verstand abgestimmt. Für Großbritannien ergibt sich daraus die Chance und Herausforderung, zu erleben, dass „together“ in der Tat „better“ ist. Bleibt abzuwarten (und zu hoffen), dass sich diese Erkenntnis in der Frage der EU-Mitgliedschaft ebenfalls durchsetzt.



GEMEINSAM MEHR ERREICHEN

DER FREUNDKREIS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E. V.

Der Freundeskreis bietet all jenen eine Heimat, die sich den christlich-demokratischen Grundwerten im Sinne Konrad Adenauers verbunden fühlen und auf dieser Basis ihren Teil zur Weiterentwicklung der Gesellschaft leisten wollen.

Die Förderer des Freundeskreises gehören zur „KAS-Familie“ und stehen in regelmäßigem Kontakt mit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie erhalten kostenlos aktuelle Informationen über Arbeitsschwerpunkte und auf Wunsch erstellen die Experten der Stiftung individuelles Informationsmaterial zu ausgewählten politischen Themengebieten.

Exklusiv für den Freundeskreis bietet die Stiftung Seminare mit hochkarätigen Referenten an. Unterstützt vom internationalen Netzwerk der KAS ermöglichen politische Studienreisen den Förderern einmalige Einblicke und unvergessliche

Eindrücke der besuchten Länder und ihrer Politik, Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

Als Förderer im Freundeskreis tragen Sie dazu bei, die Leistungsfähigkeit und hohe Qualität des Angebots der Konrad-Adenauer-Stiftung langfristig zu sichern. Wir bedanken uns für Ihr Engagement!

Weitere Informationen über den Freundeskreis und den jährlichen Förderbeitrag finden Sie unter **www.kas.de/freundeskreis**

Ihr Ansprechpartner:
Marcus Derichs
Telefon: 02241/246 26 16
Telefax: 02241/246 25 39
marcus.derichs@kas.de

Freundeskreis
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12 | 53754 Sankt Augustin



FREUNDKREIS
DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

10 | 14



Konrad
Adenauer
Stiftung